BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Dezember 1961 **DM 2,–**

Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Die Lage S. 1079
- Prof. Dr. Anton Neuhäusler: Der Papst und das christliche Gewissen S. 1089
- Dr. Hermann Rauschning: Danzig, Berlin und die deutsche Frage S. 1095
- Alfons Vogel: Wohlstand für alle? — unter Atomgeschützen niemals S. 1109
- Bertil Svahnström, Stockholm: Die Kernwaffendebatte in Schweden S. 1118
- Julius Silverman, M. P.: Großbritanniens Wirtschaftskrise S. 1122
- Peter Hartmut Wittke: Die schwierige Mitte S. 1130
- Dokumente zum Algerienkrieg S. 1140
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 1148
- Buchbesprechungen S. 1155
- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 1161

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang **Heft 12**

Vorgesehen sind u. a.:

General a. D. Dr. jur. Franz Beyer:
Das Problem der Intervention

Fenner Brockway, M. P.:
Kolonialismus und Rassismus

Dr. Gustavo Davidson San Juan:
Die Erziehungsform in Kuba

Klaus Ehrler, M. A.:
Der Kongreß der KPdSU

Zur Geschichte der westdeutschen Aufrüstung (Eine Dokumentation)

In den letzten Heften u. a.:

Earl Bertrand Russell:
Sollte Großbritannien einseitig abrüsten (5/61)

Prof. Dr. Erich Kahler:
Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede (7/61)

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Prof. Dr. Erich Fromm:
Das neue kommunistische Programm (10/61)

Dr. Hermann Rauschning:
Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (9 und 10/61)

Prof. Dr. Linus Pauling:
Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung (11/61)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.

Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.

Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.

Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang **Dezember 1961** **Heft 12**

Die Lage

Die fatale Koalition

„Es war kein Kuhhandel, wie mancher jetzt vielleicht sagen möchte, um die Demokratie verächtlich zu machen. Es war kein Ämterschacher, wenn es auch um dieses oder jenes Ministerium Streit gegeben haben mag oder noch geben wird. Es war nichts als ein großes Herumgerede um die Ablösung Konrad Adenauers." Mit diesen Worten charakterisierte am 6. November die „Stuttgarter Zeitung" jenen nach der Wahl zum vierten Deutschen Bundestag sich sieben Wochen lang hinziehenden, bedrückenden Vorgang, der sich „Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung" nannte und doch in Wahrheit nichts weiter war als eben dieses große Herumgerede — übrigens nicht allein um die Ablösung Konrad Adenauers, sondern auch um das Votum des Wählers vom 17. September. Was am Ergebnis das Schlimmere gewesen sein wird, ob die Wiederwahl Adenauers (die außer ihm niemand mehr so recht wollte), ob deren ganze beschämende, unsere Demokratie weiter aushöhlende Vorgeschichte, ob der ausnahmslos alle enttäuschende „Koalitionsvertrag", das muß die Zukunft erweisen. Schon heute aber liegt offen zutage, daß Millionen von Wählern sich hintergangen oder zumindest ausmanövriert sehen. Der nach dem 13. August so besonders dringliche politische Fortschritt in Bonn aus eigener Kraft — der gerade bei der Neubildung der Regierung zwanglos zu manifestieren gewesen wäre — ist ausgeblieben; er kann nur noch unter Druck zustandekommen: unter dem Druck der Angelsachsen und der deutschen Öffentlichkeit.

Was war „aus den hochfliegenden Plänen geworden, mit denen die FDP als Schlüsselpartei maßgebenden Einfluß auf die Politik dieser neuen Koalitionsregierung nehmen wollte? Fünf Ministersessel ohne wirkliches politisches Gewicht und ein paar Pöstchen, ein Stück Koalitionspapier und sonst gar nichts. So billig hat diese Partei, die doch die Wahl gewonnen und eine Stellung erreicht hatte wie im Traum, sich selbst und ihr Ansehen bei den Wählern verkauft ... Die Art, wie die Partei diese Sternstunde fast mutwillig verspielt hat, weist sie für die Zukunft als Satelliten der CDU aus ... Die SPD aber kann bei der gegebenen sozialen und konfessionellen Struktur der Bundesrepublik auf absehbare Zeit nicht damit rechnen, mehr als die Hälfte der Wählerstimmen zu gewinnen. In Wahrheit haben wir also weder ein Dreiparteiensystem noch ein funktionieren-

des Zweiparteiensystem, sondern ein verbrämtes Einparteisystem. Eine Demokratie aber, in der nicht jederzeit die Möglichkeit eines Regierungswechsels besteht und damit die zweite staatstragende und vorwiegend auch die Arbeiterschaft vertretende Partei von der Verantwortung ausgeschlossen ist, die kann nicht wohl gedeihen" („Süddeutsche Zeitung", 8. 11. 61). Beklagenswerterweise trifft aber nicht einmal diese sonst so richtige Analyse ganz in's Schwarze, denn sie unterstellt, die Sozialdemokratische Partei hätte, an die Regierung gelangt, eine wesentlich andere Politik gemacht als die, die vorerst einmal zum 13. August geführt hat und von der niemand weiß, wohin sie uns noch führen wird; diese Unterstellung, wenn auch unausgesprochen, ist nicht nur nicht erwiesen, sondern im Gegenteil eher schon widerlegt, und zwar von der SPD selber, die sehr viel darum gegeben hätte, in die Koalition mit aufgenommen zu werden. Hätte es dann keinen das Parlament entrechtenden „Koalitionsausschuß" gegeben? Wäre dann im „Koalitionsvertrag" mehr von einer neuen, nach Entspannung und Abrüstung strebenden Ostpolitik die Rede gewesen als vom fatalen „Mitbestimmungsrecht der europäischen Partner" über die Atomsprengköpfe? Die SPD hat es sich selber zuzuschreiben, wenn wir das anzweifeln. Nachdem sie ihren eigenen Deutschland-Plan desavouiert und sich bis zur Selbstverleugnung an die Bonner Linie angenähert, ja in den ersten Tagen nach dem 13. August verschiedentlich ganz besonders scharfmacherische Töne angeschlagen hat, muß als sicher angenommen werden, daß auch unter ihrer Mitwirkung kein anderes Regierungspapier zustandegekommen wäre als das von der Londoner „Times" lapidar so kommentierte: „Die Koalitionsvereinbarung stellt kaum ein Programm dar, das sich verwirklichen läßt ..."

„Pannen" und Zeichen

Es nimmt nicht wunder, daß gerade in diesen Wochen die Legende, „Adenauer und seine Mannschaft" hätten „dem deutschen Volk" im Ausland wieder zu Ansehen verholfen, erneut deutlich im Schrumpfen begriffen ist. In Wahrheit haben gerade diese antiquierten Kräfte unserem politischen Ansehen in der Welt immer schon mehr geschadet als gedient. Ein Grundmotiv dafür deckt der liberale „Nieuwe Rotterdamse Courant" auf, wenn er schreibt: „Für sie (die Deutschen) ist die Politik nicht die Kunst des Möglichen, sondern des Idealen. Hierdurch blockieren sie jede Möglichkeit, eine praktische Lösung zu finden. Das ergibt sich aus Lemmers Worten, ‚Lieber noch eine neue Krise um Berlin, als die Sicherheit Berlins mit der Anerkennung einer Spaltung Deutschlands zu erkaufen' ..." Daß hier eine bestimmte Führungsschicht mit dem ganzen Volk gleichgesetzt wird, ist gewiß ungerecht; doch hat dieses Volk es bisher eben immer wieder versäumt, einer anderen repräsentativen Schicht an seine Spitze zu verhelfen. Die Restauration wird uns allen noch manche Suppe einbrocken.

Ein eindrucksvolles Beispiel aus jüngster Zeit ist der Fall des jugoslawischen Wirtschaftsmanagers Lazar Vračaric, der in München festgenommen und fünf Tage lang in Haft gehalten wurde, weil er vor zwanzig Jahren als Partisanenoffizier in seiner Heimat zwei deutsche Soldaten getötet hatte und seither bei uns auf der Fahndungsliste stand. In der Behandlung dieses Skandals durch unsere Presse fiel vor allem auf, wie schnell man damit zur Hand war, die niemandem näher bekannte Tat dieses Mannes einen „Mord" zu nennen, — während es doch umgekehrt schon oft genug, auch vor dem Kadi, bei „Totschlag" geblieben ist, wenn es sich um Untaten deutscher Okkupatoren während des Krieges im Ausland handelte. Davon aber abgesehen, erntete die mehr als peinliche Affäre auch in unserer Öffentlichkeit überwiegend Ablehnung. Deren Grenzen werden jedoch sichtbar, wenn man beispielsweise in der in letzter Zeit wieder

kritischer gewordenen „Stuttgarter Zeitung" liest: „Längst weiß man inzwischen, daß auf den Konstanzer Oberstaatsanwalt nur ein Teil der Schuld — und bei weitem nicht der größte — fällt. Das Bundeskriminalamt, der Generalbundesanwalt und der Bundesgerichtshof waren eingeschaltet, aber es besteht keine Neigung, den Verantwortlichen herauszustellen. Man verneint Zuständigkeiten, man spricht von verwaltungstechnischen Fehlleistungen, bedauerlichen bürokratischen Mißverständnissen und sogar von Hintergründen, die nicht unmittelbar mit dem Jahr 1941 in Verbindung stünden. Damit wird der Vorfall und das lädierte Ansehen der Justiz nicht aus der Welt geschafft ..." So weit, so gut, — nur will uns scheinen, daß es hier sehr viel weniger um das „lädierte Ansehen der Justiz" geht als um unseren lädierten politischen Ruf, vor allem in den Ländern, aus denen ein Mann wie Vračaric ebenso gut hätte stammen können wie aus Jugoslawien, und das sind gar nicht so wenige.

Zu diesen Ländern gehört auch Dänemark —: Verteidigungsminister Strauß schlug dänischen Journalisten gegenüber vor, man solle den Fall Vračaric „zwanzig Jahre danach" zum Anlaß einer allgemeinen wechselseitigen Annullierung von „Kriegsverbrechen" nehmen, — was dem Sinne nach bedeutet: Wir verzeihen den Jugoslawen ihre Partisanen, wenn sie uns unseren Überfall auf ihr Land und unsere Einsatzkommandos verzeihen ... Und zu diesen Ländern gehört auch Norwegen —: Dort erklärte ein Mitglied des bundesdeutschen diplomatischen Korps, man könne nicht garantieren, daß nicht auch norwegische Widerstandskämpfer beim Betreten deutschen Bodens verhaftet würden ... Wie es üblich ist, wurden solche Äußerungen schnell „erläutert", abgeschwächt, verkleinert, dementiert, aber es blieb doch ein recht katastrophaler Eindruck zurück. Im Ausland vergißt man nicht so schnell wie bei uns; und man zeigt sich dort wenig bereit, „Pannen" formaljuristisch zu erklären und als einmalige, bedauerliche „verwaltungstechnische Fehlleistungen" zu entschuldigen.

Minister Strauß' Dienstbesuch in Oslo kann ruhig auch zu diesen „Pannen" gezählt werden. Er stieß im Gastland auf wenig Sympathie, löste überall dort wo nicht NATO ist, kaum verhohlene Skepsis und im Osten ungeschminkte Besorgnis aus. Wir machen es uns zu leicht, wenn wir, ohne es beweisen zu können, behaupten, diese Reise habe den Sowjets nur zum Vorwand gedient, in Finnland zu intervenieren. Aus diesem beflissen an die Wand gemalten Interventions-Teufel sind inzwischen offenherzige Beratungen zwischen Kekkonen und Chrustschow in Novosibirsk geworden, und es entspricht ganz Chrustschows Abneigung gegen Radikalismen wie Kekkonens festem Sinn für Realitäten, wenn, wie es scheint, militärische Maßnahmen vorerst nicht in's Auge gefaßt wurden. Immerhin ist das kleine Finnland wieder stärker in den Strahlungsbereich des großen Rußland geraten, und wir in der Bundesrepublik müssen uns fragen, inwieweit die Entwicklung bei uns dazu beigetragen hat. Immerhin hat Kekkonen selbst erklärt, die Bundesrepublik habe Finnland mit der Entsendung ihres Verteidigungsministers nach Norwegen „einen Bärendienst" erwiesen. Ein weiteres Zwielicht fiel insofern auf Strauß' Oslo-Besuch, als dieser Repräsentant unseres Staates angesichts der gegen ihn gerichteten Demonstrationen zu der in solchen Fällen längst zu einer lieben Gewohnheit gewordenen fahrlässigen Erklärung Zuflucht nahm, er habe den Eindruck, sie seien „von Kommunisten gelenkt", — was ihm im Osloer „Dagbladet" aus der Feder des Bruders von Außenminister Lange die nicht eben schmeichelhafte Replik eintrug, er habe sich durch diese Äußerung „als Schüler des verstorbenen amerikanischen Senators McCarthy entpuppt."

Anderen Leuten wiederum, natürlich im Inland, scheint Strauß nicht mehr „radikal" genug zu sein, so etwa dem Wehrexperten der „Frankfurter Allgemei-

nen", Adelbert Weinstein, der ihm vor wenigen Tagen erst in's Stammbuch schrieb: „Der Aufbau der Bundeswehr macht Fortschritte; es gibt aber nicht die vielschichtige Basis aus Organisation, Bevorratung, technischer Zusammenarbeit und geistiger Bereitschaft, auf der eine mechanisierte Armee in einem modernen Staat ruhen muß. Wir haben kein Notstandsgesetz. Dabei ist zwar der Innenminister federführend, aber der Verteidigungsminister hat es nicht energisch genug gefordert. Darum gibt es auch kein Notdienstgesetz ..." Man beachte nicht zuletzt die als mangelhaft empfundene „geistige Bereitschaft" — in welches Horn auch der bekannte bundesrepublikanische Salazarist Winfried Martini stieß, als er jüngst vor dem „Rhein-Ruhr-Club" (!) „ein apokalyptisches Bild vom ‚inneren Ernstfall' in der Demokratie" zeichnete, „zu überlegen gab, ob die Bundeswehr nicht selbst im inneren Notstandsfall ‚die Demokratie hinüberretten' müsse" (das kann man auch Militärputsch nennen), und das Kunststück fertig brachte, nach dem 13. August, wo sogar noch die Luft, die wir zu atmen bekommen, von Abwehr geschwängert ist, zu behaupten, „die kommunistische Infiltration in der Bundesrepublik" habe „schon jetzt das Stadium erreicht, in dem die meisten Bundesbürger nur noch in Furcht und Schrecken leben" („Deutsche Zeitung", 15. 11. 61).

Wir führen das an, um zu zeigen, womit sich manche Leute bei uns die Zeit vertreiben, während Deutschland Europas kranker Mann ist, und mit welchen Kniffen sie die Welt davon ablenken wollen, daß ungezählte Millionenmassen aus ganz anderen Gründen als wegen der „kommunistischen Infiltration" „in Furcht und Schrecken leben", nämlich wegen der drohenden Kriegsgefahr, und daß man in Ost wie West nicht auf deutsche „Volk an's Gewehr"-Rufe wartet, nicht auf eine Stimmungslage der totalen Mobilmachung, nicht auf noch mehr und noch militanteren Antikommunismus, nicht auf Erhöhung der Militärdienstzeit, nicht auf Notstandsgesetze, nicht auf Atombomben in deutscher Verfügung oder auch nur Mitverfügung, nicht auf das blutige Märchen, im Atomkrieg habe „jeder eine Chance", sondern auf eine endlich zu leistende Tat der Entspannung, der Abrüstung, der Beruhigung.

Aber der neu ernannte Innenminister, Hermann Höcherl, hat, kaum im Dienst, schon erklärt, er wolle „unverzüglich eine neue Regelung für die im dritten Bundestag gescheiterte Notstandsgesetzgebung in Angriff nehmen" („Kölnische Rundschau"), und über den neu ernannten Außenminister, Gerhard Schröder, kann eine so weit verbreitete Zeitung wie die „Frankfurter Allgemeine" voll Gemütsruhe schreiben: „Für die Grundlinien der Außenpolitik werden Kontinuität und Konsequenz bestimmend bleiben. Schröder ist für diese Politik als Mitglied der Bundesregierung und des Bundesverteidigungsrates zu lange mitverantwortlich gewesen, als daß er eine Wende herbeizuführen wünschen könnte."

Wenig ermutigend war auch das Intermezzo um Botschafter Kroll in Moskau. Noch ehe in Bonn jemand wußte, was in Wirklichkeit geschehen war, ließ Herr v. Eckardt tadelnde Worte über Kroll vom Stapel, und das war, von wenigen rühmlichen Ausnahmen einer gewissen Zivilcourage abgesehen, für die meisten unserer Zeitungen schon Grund und Rechtfertigung genug, nun ebenfalls über Kroll herzufallen, noch bevor dieser seinen Fuß auf Bonner Boden gesetzt und noch bevor er die Möglichkeit hatte, seine Regierung darüber aufzuklären, daß im Grunde gar nicht er, sondern, wie üblich, auch diesmal wieder N. S. Chrustschow der Handelnde gewesen war. Und plötzlich war alles wieder gut: Herr v. Eckart tat von heute auf morgen so, als hätte er Kroll nie getadelt, und die gleichen Zeitungen, die dem eigenwilligen, furchtlosen Mann noch drei Tage zuvor einen unverzeihlichen Alleingang vorgeworfen hatten, fanden ihn nun wie-

der patent. Hätten sie sich nicht zurückhalten können, bis er Rede und Antwort gestanden hatte? Diese „Verurteilung eines Angeklagten noch vor der Verhandlung" war unheimlich; sie machte den ganzen schematisierten Konformismus des größten Teiles unserer Presse offenbar und mußte in jedem Demokraten schwermütige Meditionen über den Mangel an Fairneß in unserem öffentlichen Leben auslösen. Daß die Affäre in den Kanzleien unserer westlichen Verbündeten Unruhe ausgelöst und das Gespenst von Rapallo beschworen haben soll, wäre, wenn es wirklich stimmt, nur ein Beweis dafür, daß auch dort Beamte sitzen, denen sich vor Kommunistenangst zuweilen der Blick trübt. Botschafter Kroll scheint nicht zu diesem Schlag zu gehören; er ist nicht nur fähig, mit Chrustschow zu reden, sondern er tut es auch. Übrigens erinnert er uns daran, daß Deutschland in Moskau schon manchmal begabte, einfallsreiche Botschafter hatte, zum Beispiel die Grafen Brockdorff-Rantzau und Schulenburg (von Bismarck am Hof zu Petersburg zu schweigen); sie alle waren um eine Verständigung mit Rußland bemüht, und ihnen allen wurden von ihren Regierungen nicht zu knapp Knüppel zwischen die Beine geworfen ...

Und noch einen weiteren „Fall" müssen wir hier festhalten, einen scheinbar unpolitischen; wir möchten ihn einen strukturellen nennen: Gerhard Szczesny, seit 1947 Programm-Abteilungsleiter beim Bayerischen Rundfunk, Verfasser des vieldiskutierten, von der Heinrich-Droste-Literaturstiftung ausgezeichneten Buches „Die Zukunft des Unglaubens", in religions- und geschichtsphilosophischen Fragen öffentlicher Briefpartner Friedrich Heers, Mitglied des PEN-Clubs: dieser besonders in letzter Zeit viel genannte westdeutsche Publizist ist beim Bayerischen Rundfunk überraschend um seine Entlassung eingekommen, und er nannte als Grund „Meinungsverschiedenheiten im Funkhaus über die Prinzipien der Informations- und Meinungsfreiheit." Das ist gut gesagt. Denn während Meinungsverschiedenheiten an sich zum Wesen der Demokratie gehören, sind Meinungsverschiedenheiten „über die Prinzipien der Informations- und Meinungsfreiheit" direkt gegen das Wesen der Demokratie gerichtet. Es ging um einen Essay des Warschauer Philosophieprofessors Leszek Kolakowski über „Katholizismus in einem kommunistischen Land". Es versteht sich von selbst, daß auch ein so unvoreingenommener Redakteur wie Szczesny das Manuskript zur Sendung in einem westdeutschen Sender gar nicht erst angenommen hätte, wenn in ihm rein marxistische Ideen vertreten worden wären. Kolakowski gilt selbst in Polen, wo die marxistische Suppe bekanntlich lange nicht so heiß gegessen wird, wie sie gekocht ist, als nicht linientreu; freilich ist er Sozialist. Er sieht im Kommunismus ideell eine Bewegung des „laizistischen, sozialistischen Humanismus" und gibt sich Mühe, den Katholizismus in seinem Lande von seinen „primitiven, fanatischen, dunklen, kulturell sterilen" Gebundenheiten zu befreien. Sein vom verantwortlichen Abteilungsleiter Szczesny angenommenes und in das Programm eingesetztes Manuskript — übrigens nicht das erste — wurde auf das Betreiben gewisser katholischer Kreise hin wenige Stunden vor der Sendung von Intendant Wallenreiter vom Programm abgesetzt, und nun ging es im bayerischen Rundfunkrat in einer dreistündigen Diskussion (ein bißchen wenig, finden wir) um die Frage, ob der Intendant recht gehandelt habe. Ergebnis: Neunzehn Ja-, sieben Nein-Stimmen. Szczesny hatte eine verheerende Niederlage erlitten. Was bleibt einem Mann da schon übrig, als zu gehen. Doch hat hier weniger ein Mann als eine Idee eine Niederlage erlitten: Ein weiterer Test auf die Freiheit war negativ ausgefallen. Einer der Rundfunkräte, die gegen die Absetzung des als Diskussionsbeitrag hochinteressanten Manuskriptes waren, gab zu bedenken, daß der Schaden, der durch die Absetzung entstanden ist, größer sei als der, der durch die Sendung möglicherweise hätte entstehen können. „Es

mußte nämlich der Eindruck aufkommen", sagte er, „daß die Meinungsfreiheit in Gefahr war. Unsere Stärke aber ist unsere Freiheit." Allerdings nur die v o r h a n d e n e, möchten wir hinzufügen.

(Was weitere innenpolitische Gefahren betrifft, verweisen wir auf den Aufsatz von Alfons Vogel in diesem Heft.)

E n t s p a n n u n g i n B e r l i n

Ministerpräsident N e h r u traf vor Journalisten in der Zwischenzeit die Feststellung, die Lage in und um Berlin habe sich etwas beruhigt. Während dieses viel beachtete Wort in der Welt überwiegend auf Zustimmung stieß — denn nicht nur, daß es in Berlin nach der amerikanischen Panzerdemonstration tatsächlich ruhiger geworden war, w ü n s c h t e die Welt auch, es möchte ruhiger geworden sein und ruhig bleiben —, war man in Westberlin und in bestimmten Kreisen der Bundesrepublik wieder einmal anderer Meinung als Friedenssucher Nehru. Herr S c h ü t z vom „Kuratorium Unteilbares Deutschland" fürchtet geradezu, Nehru könnte recht behalten und es könnte „Gras über die Mauer wachsen — wie wir zugelassen haben, daß über die Zonengrenze Gras wächst". Dieses „Kuratorium", das im Grunde am 13. August ebenso liquidiert wurde wie Minister Lemmers Gesamtdeutsches Ministerium, hat für das bevorstehende Weihnachtsfest eine, inzwischen längst angelaufene, Gefühls- und Symboloffensive größten Ausmaßes gegen die Mauer in die Wege geleitet. Statt Verhandlungen zu fordern, wird hier immer noch jenem nach Osten gerichteten Missionierungskult gehuldigt, der inzwischen durchaus Geschichte geworden ist. Man könnte ihn deshalb ruhig auf sich beruhen lassen, wäre er nicht gleichwohl immer noch imstande, politisch unreflektierte und allein schon deshalb gefährliche Demonstrationen auszulösen. Auch über General C l a y ' s unter Umständen richtige, aber doch zumindest unbeweisbare Behauptung, es hätte keinen Krieg gegeben, wenn man am 13. August die entstehende Mauer sofort mit Gewalt niedergerissen hätte, kann man nur den Kopf schütteln. Was sollen solche Spekulationen auf dem nach wie vor hochbrisanten Boden Westberlins? Zu spät kommende Weisheiten sind keine Weisheiten mehr, wie zu spät kommende Hilfe keine Hilfe mehr ist. Aber vielleicht war das an jenem überrumpelten Sonntagmorgen im August Versäumte noch nachzuholen? — hatte man doch inzwischen erkundet, daß die Mauer rein physisch nicht von bester Qualität war. Kein Zweifel, daß Clays Wort in verschiedenen Köpfen genau auf diese Weise gezündet hatte. Und die Antwort folgte auf dem Fuße: U l b r i c h t ließ die Mauer verstärken, ließ aus ihr eine Doppel-Mauer mit Panzersperren machen, und nun ist wohl ein weiterer Traum ausgeträumt — was wir nicht hämisch, sondern nur nüchtern feststellen, denn so einfach ist das deutsche Problem nun einmal nicht mehr, daß man es hinwegträumen, hinwegrennen, hinwegdemonstrieren, hinweglamentieren könnte: Die Zellteilung in zwei deutsche Staaten und in zwei Berlin's i s t vollzogen.

Daß die Verstärkung der Mauer nicht von ungefähr erfolgte, sondern vielmehr als Versuch zu werten ist, gewisse Hasardpläne gewisser Leute in Westberlin zu durchkreuzen, ist in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 23. November nachzulesen: „Militärische Experten erklären, daß der Versuch eines Durchbruchs nach Ostberlin auf beträchtliche Schwierigkeiten stoßen würde. Man müßte damit rechnen, daß die Panzer an den verstrebten Eisenschwellen, die in den Boden einbetoniert wurden, hochgehen und den Grund unter den Raupen verlieren würden. Um die Weiterfahrt zu erzwingen, müßten Genietruppen eingesetzt und die Hindernisse weggeschossen werden. Eine blitzschnelle Besetzung des Regierungsviertels, wie sie vor dem 19. November noch möglich gewesen wäre, könnte jetzt

nicht mehr durchgeführt werden." Muß man sich da nicht fragen: Ist dem deutschen Volk und der Welt durch die Verstärkung der Mauer womöglich ein Krieg erspart worden? Sollten aber wirklich Pläne bestanden haben, die Mauer zu durchbrechen, dann bestehen sie auch heute noch, nur wird man sie jetzt revidieren und „verbessern". Nur Verhandlungen, an deren Ende ein klares, detailliertes, alle Seiten verpflichtendes Abkommen steht, können gewährleisten, daß aus dem Kalten Krieg — der in diesen Wochen um die Mauer mit nie dagewesener Heftigkeit tobt — nicht doch noch ein heißer werde. Des französischen Außenministers, Couve de Murville, Erklärung, „Ost-West-Verhandlungen über Berlin seien in nächster Zukunft unwahrscheinlich. Die Politiker des Westens hätten in den nächsten Monaten so viele Termine, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion unmöglich seien" („Deutsche Zeitung", 15. 11.), stellt, von ihrer mäßigen Glaubwürdigkeit abgesehen, einen Luxus dar, den sich die westliche Welt eigentlich nicht mehr leisten kann. Ein Minister der gegenwärtigen französischen Regierung sollte zudem besonders gut wissen, wie unaufschiebbar Lösungen werden können. Neuesten Meldungen zufolge erwägen die vier Berliner Stadtkommandanten, die Mauer für den Verkehr „durchlässig" zu machen; gelingt dies, haben die Scharfmacher eine weitere Niederlage erlitten.

Versuche, die abstoßend wirkende Mauer durch Berlin gedanklich zu bewältigen, sind bis jetzt in unserer Öffentlichkeit selten geblieben, doch haben wir den Eindruck, daß sie allmählich im Kommen sind. Als Beispiel seien hier die Äußerungen des jungen, schnell bekannt gewordenen, aus der DDR geflüchteten Schriftstellers Uwe Johnson während einer Diskussion in Mailand erwähnt; sie liefen unumwunden auf das Zugeständnis einer den Frieden fördernden Funktion der Mauer hinaus. Daß man nicht Kommunist sein muß, um die Mauer der Mühe für wert zu halten, sie mindestens verstehen zu lernen, belegt eindrucksvoll ein Aufsatz in der Londoner Wochenschrift „New Statesman" in der Ausgabe vom 24. November; wir lesen da unter anderem:

„In zweifacher Hinsicht erfüllt die Mauer eine positive Funktion. Seit 1945 geht die größte einzelne Bedrohung von der Instabilität in Zentraleuropa aus, die auf dem Fehlen eines unterzeichneten deutschen Friedensvertrages beruht. Eine Vereinbarung über einen Vertrag ist so weit entfernt wie je; aber mittlerweile unterstreicht die Mauer den Status quo. Sie riegelt das Niemandsland ab, in welchem Politiker kalkulierte Resiken einzugehen versucht sein könnten; und sie schafft einen allgemein anerkannten Stolperdraht, dessen Durchbrechung bestimmt Krieg bedeuten würde. Solange die Mauer steht, ist ein Krieg wegen Berlins unmöglich.

Zweitens, und paradoxerweise, kann die Mauer denen Hoffnung bringen, die hinter ihr leben. Durch die Verstärkung der Teilung Deutschlands und das damit anwachsende Sicherheitsgefühl Rußlands erlaubt sie Mr. Chrustschow größere Freiheit zu Experimenten in seinem Reich. Seine frühere Politik der Liberalisierung kam 1956 teilweise darum zum Scheitern, weil die ‚Revisionisten' in Ungarn eine offene Grenze zum Westen errichtet hatten — und ihn so vor die brutale Wahl stellten, entweder seinen Satelliten vollständig preiszugeben oder die sowjetische Herrschaft mit Gewalt wieder herzustellen ..."

Vor allem muß man in unser aller Interesse immer wieder daran erinnern, daß die Mauer als Folgeerscheinung eine Ursache haben mußte: diese Ursache war das Nichtverhandeln. Wer weiterhin nicht verhandeln will, will deswegen nicht schon unbedingt den Krieg; aber er riskiert in Permanenz die Schaffung neuer unangenehmer Tatsachen, — die dann zu akzeptieren oder, ein anderer Gordischer Knoten, mit dem Schwert der großen Bombe zu durchhauen wären, was nichts anderes bedeuten würde, als wenn ein wohlhabender Mensch aus falsch verstandenem Ehrbegriff sein ganzes Vermögen hinwirft, um einen Prestige-

prozeß zu gewinnen: Es träfe eine Katastrophe ein, die in keinem Verhältnis zum Streitobjekt stünde. Hingegen bieten Verhandlungen die Chance, daß die permanente Schaffung neuer unangenehmer Tatsachen gestoppt werden kann. „Verhandeln ist etwas anderes als sinnloses Nachgeben", schreibt Paul Sethe am 24. November in der „Zeit". „Die Deutschen haben mit Kaunitz, Metternich, Hardenberg, Bismarck, Wolff-Metternich, Stresemann bewiesen, daß sie sehr wohl der Kunst mächtig sind, auf dem schmalen Grat zu gehen, der zwischen törichtem Auftrumpfen und schwächlichem Rückzug liegt. Und noch zu unserer Zeit hat der österreichische Bundeskanzler Raab der Welt ein Beispiel dafür gegeben, wie mühsam, wie nervenzermürbend, wie langwierig, aber auch wie erfolgreich diese Kunst sein kann." Aus jüngsten Tagen liegt seitens des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen ein weiterer Beweis dafür vor, daß man mit „den Russen" verhandeln kann. Und daß und warum man mit ihnen verhandeln muß, sagt uns ein übriges Mal der weitsichtige Walter Lippmann: „Die Erfahrung hat uns gelehrt, wie teuer eine Politik verweigerter Verhandlungen sein kann. Als im Sommer Präsident Kennedy die grundlegende Entscheidung traf, selbst auf das Risiko eines Krieges hin fest auf unseren Verpflichtungen in Berlin zu bestehen und über weitreichende Fragen zu verhandeln, da legte General de Gaulle ein Veto gegen Verhandlungen ein. Kurze Zeit nach diesem Veto kam es zu der Aktion des 13. August ... Allen Wahrscheinlichkeiten nach wäre es zum Bau dieser Mauer nicht gekommen, wenn es dem Westen erlaubt gewesen wäre, die Probleme von Verhandlungen zu erkunden ... Wir können den Fehler des vergangenen Sommers nicht wiederholen. Denn dieser Fehler führte zur Mauer in Berlin. Noch ein solcher Fehler würde uns den Separatfrieden bescheren und damit die üble Aussicht, mit Herrn Ulbricht verhandeln zu müssen."

Wie lange noch ohne Friedensvertrag?

Die eingetretene relative Beruhigung in Berlin sollte niemanden zum Trugschluß verleiten, Verhandlungen seien jetzt nicht mehr so dringend. Sie sind schon deshalb dringlicher als je, weil sie zur Zeit praktikabler als je erscheinen: Die Sowjets haben die Wartefrist mit dem Separatfriedensvertrag (den sie ohnehin immer nur im Notfall abschließen würden) ein weiteres Mal prolongiert, womit de Gaulles allzu stolze Weigerung, „unter Druck" zu verhandeln, gegenstandslos geworden ist; die Regierung der DDR hat ihrerseits insofern zur Erleichterung von Verhandlungen beigetragen, als sie, und das ist neu, ihren stellvertretenden Außenminister Otto Winzer erklären ließ: „Staatsrechtlich ist Westberlin heute kein Teil der DDR, obwohl es auf deren Territorium liegt"; die erschreckenden thermonuklearen Detonationen von Novaja Semlja sind verstummt (und mit ihnen die in den offensichtlich eingeweihteren USA ohnehin von Anfang an kaum unterstützten westlichen Behauptungen, es habe keinerlei militärische Notwendigkeit dazu bestanden); Staatsratsvorsitzender Ulbricht hat über die Mauer hinweg auffallend sachlich formulierte Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen an die Bundesregierung in Bonn gerichtet, die nur demjenigen keiner Antwort wert erscheinen können, der nach dem Grundsatz, was nicht sein darf, kann nicht sein, stur die Existenz zweier deutscher Staaten weiterhin leugnet; in Genf haben, wenngleich im Schatten der beendeten sowjetischen und der angekündigten amerikanischen Tests, die Verhandlungen zur Einstellung der Kernwaffenversuche wieder begonnen, akzentuiert durch ein neues sowjetisches Vertragsangebot, das hauptsächlich insofern bemerkenswert ist, als hier die Einstellung der Tests nicht länger an das Verlangen nach einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung gebunden wird (wenngleich diese das Ziel bleibt und

bleiben muß); in den Vereinten Nationen entfalten die Vertreter der blockfreien und der jungen Nationen eine aufsehenerregende, kraftvoll drängende Aktivität in Richtung auf Entspannung, Entkolonialisierung und Abrüstung; der von uns hier im Westen, wie es scheint, weder der Qualität noch der Quantität nach bisher kapierte geschichtliche Vorgang der „Entstalinisierung" muß auf die Dauer die internationaleTemperatur auch ideologisch zumindest soweit wieder anwärmen, daß die Verteufelung der Kommunisten sich selbst richtet; die Aufnahme der Russisch-orthodoxen Kirche in den Weltkirchenrat, der niemand ernsthaften Widerstand entgegensetzte, fällt als weiterer Schritt zur Koexistenz nicht nur kirchlich, sondern auch politisch in's Gewicht: schon einen Tag nach ihrer Aufnahme wurde vor dem Forum des Weltkirchenrates in Neu Delhi eine Botschaft ihres Oberhauptes, Patriarch Alexis, verlesen, in der dieser „die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung mit wirksamer Kontrolle" forderte; Präsident Kennedy rechnete in einer sehr wichtigen Rede in der Stadt Seattle mit den amerikanischen Rechtsradikalen und mit denen ab, die sich gegen Verhandlungen sträuben, und betonte, daß im Kalten Krieg ein Kompromiß anzustreben sei, der weder Sieger noch Besiegte kenne ... Und schließlich eine Episode vom Rande des großen Geschehens, ein kleines symbolisches Ereignis, dem aber doch auch politische Bedeutung zukommt: Als sich neulich ein Bürger der DDR in einen amerikanischen Militärzug, unterwegs von Berlin nach Westdeutschland, einschlich und die sowjetischen Kontrollposten an der Grenze den Zug daraufhin anhielten, erschien der Chef der amerikanischen Militärmission beim sowjetischen Hauptquartier in Potsdam persönlich an Ort und Stelle, holte den deutschen Zivilisten aus dem Zug und übergab ihn den Sowjets. Hier wurde klar und genau geschieden: ‚Unsere amerikanischen Rechte in Westberlin nebst freiem Zugang dorthin und freiem Abgang von dort sind die eine, die Angelegenheit der Deutschen sind die andere Sache ...' Es klingt brutal — und es wird brutal bleiben, solange die Deutschen nicht untereinander Kontakte aufnehmen, um unter anderem auch die Wiederholung solcher Vorfälle zu unterbinden.

Aus alledem geht hervor, daß es Belege gibt für Nehrus Behauptung, die Lage in Berlin habe sich entspannt, und für die Hoffnung auf Verhandlungen. Werden solche nun auch mit Sicherheit beginnen? Es sieht so aus. Die Hand dafür in's Feuer legen kann immer noch niemand: Die Listen und Tricks der Gegner von Verhandlungen sind noch nicht erschöpft. De Gaulle scheint das Kunststück fertiggebracht zu haben, auch McMillan gegenüber bei seinem Nein zu bleiben. Wir erleben zur Zeit das Grotesktheater, daß ein alliierter General des Zweiten Weltkrieges, der mit keinerlei Sympathieerklärungen für die Deutschen vorbelastet ist, sich plötzlich „deutscher gebärdet als die Deutschen", denn immerhin hat Konrad Adenauer bei seinem ihn zermürbenden Besuch in Washington sich von Kennedy ein gewisses Ja abringen lassen. Was daraus werden wird, müssen die kommenden Wochen erweisen. Die bevorstehende westliche Außenministerkonferenz Anfang Dezember wird sich der komplizierten Aufgabe gegenüber sehen, aus Ja und Nein etwas Einheitliches, Ganzes zu machen, das nach Möglichkeit nicht „Jein" lautet. Die Bevölkerung der Bundesrepublik muß sich darüber im klaren sein, daß die Verantwortung für Ja oder Nein großenteils bei der Bundesregierung liegt. Die bei Redaktionsschluß noch nicht vorliegende Regierungserklärung dürfte allerdings schwerlich schon als Beitrag zur Entspannung zu werten sein.

„Wer (von den Verhandlungen Adenauers mit Kennedy) als Ergebnis eine solide Basis für Verhandlungen mit den Russen erwartet hatte, muß enttäuscht sein ..." (Thilo Koch, WDR-Korrespondent in Washington am 22. 11.). Soviel

ist aber klar: Adenauer befindet sich auf dem Rückzug. Das beweist nicht nur sein einigermaßen gepreßtes Ja zu Berlin-Verhandlungen: auch seine schon kindisch anmutende Heimlichtuerei in Washington seinen beiden Ministern Schröder und Strauß gegenüber ist verdächtig. Doch scheint Kennedy sehr bemüht gewesen zu sein, ihm die bittere Pille zu versüßen; ein Teil seiner „Schonung" dürfte dabei jedoch auf Rücksichten gegen de Gaulle zurückzuführen sein. Andererseits hat der Kanzler nicht nur einstecken müssen (außer der Forderung nach Verhandlungen vor allem noch das weitere Hinausschieben einer Entscheidung über die atomare Verfügungsgewalt): in bezug auf eine Ablehnung irgendeiner Form des „Disengagements" scheint er auch diese Runde wieder gewonnen zu haben. Was nichts anderes bedeutet, als daß eine deutsche Wiedervereinigung um ein weiteres Stück aus dem Gesichtskreis entfernt wurde. Irgendwann einmal mußte ja der unlösbare Widerspruch, Deutschland nach West und Ost hin zu integrieren und doch zu vereinigen, in sich zusammenbrechen. Wer jedwelches „Disengagement" für Deutschland ablehnt, lehnt die Wiedervereinigung ab. Am extremsten bisher tat das Verteidigungsminister Strauß in seiner Rede vor der Georgetown-Universität, indem er eine „atlantische Union" forderte, der auch die Bundesrepublik Deutschland angehören müsse. (Nebenbei wiederholte er, kaum daß „der Alte" aus den USA abgereist war, die gleiche verhängnisvolle Forderung, mit der Adenauer soeben wieder bei Kennedy abgeblitzt war: NATO-eigene Atomwaffen bei deutschem Mitverfügungsrecht.) Demgegenüber wird man wohl noch daran erinnern dürfen, daß Deutschland niemals ein atlantisches Land war und niemals eines werden wird. „Geographie läßt sich nicht verändern" (Lenin).

Es geht ein ereignisreiches, dramatisches Jahr zu Ende, ohne daß das deutsche Volk sein legitimstes Interesse, einen ihm Frieden, Wohlstand und Sicherheit verbürgenden Friedensvertrag, sichergestellt hätte. Die Verantwortung dafür den Großmächten zuzuschieben, wäre Flucht aus der Geschichte. Wir alle, jeder einzelne Bürger unseres Landes, waren, sind und bleiben aufgerufen, das Schicksal unseres Volkes und Landes mehr als in der Vergangenheit in die eigenen Hände zu nehmen. Atomwaffenfreiheit, eine Zone verdünnter Rüstung, Abrüstung, militärische Neutralität, verstärkte politische Kontakte zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten, — das waren, sind und bleiben die Forderungen der Geschichte an uns alle. Daß über Berlin allein verhandelt werden soll, kann, so erfreulich die bloße Tatsache für sich sein muß, niemanden befriedigen. Berlin liegt nicht auf dem Mond, Berlin liegt in Deutschland. Jede Berlin-Lösung drängt nach einer Deutschland-Lösung, drängt, da gibt es kein Ausweichen, nach einem deutschen Friedensvertrag (s. hierzu den Aufsatz von Hermann Rauschning in diesem Heft). Führende Kreise unserer Wirtschaft, die in den letzten Jahren nach West und Ost hin viel in der Welt herumgekommen sind, bereiten sich im stillen auf ihn vor; sie rechnen mit seinem Kommen. Aber sie allein bilden noch lange nicht die deutsche Öffentlichkeit. „Man hält es für äußerst wichtig," schreibt die Londoner „Times" am 22. November, „daß die westdeutsche Öffentlichkeit an einer Vereinbarung in allen Stadien der Verhandlungen teilnimmt." Die Welt hat mit uns Deutschen nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt, daß sich bei uns Legenden bilden; noch bevor der dritte, der Kalte, sich seinem Ende zuneigt, will sie sicherstellen, daß sie das nicht ein drittesmal erlebt. Aber es hängt allein von uns ab, ob sie es erleben wird. Allein von uns Deutschen. Darum müssen in erster Reihe wir selber unseren uns zustehenden Friedensvertrag wollen und immer wieder fordern.

(Abgeschlossen am 28. November.)

Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Der Papst und das christliche Gewissen

Am 17. September, dem Tag der Wahl zum neuen Bundestag, war in der „Münchener Katholischen Kirchenzeitung" auf der Titelseite das Bild Papst Johannes XXIII. zu sehen. Daneben stand die Friedensbotschaft, die er an die Völker der Welt und insbesondere an diejenigen Personen gerichtete hatte, „auf deren Gewissen ein größeres Gewicht öffentlicher und anerkannter Verantwortung lastet". Er stellte sie unter die Worte des Heiligen Petrus in dessen Ansprache an die im Hause des römischen Hauptmanns Cornelius Versammelten, daß nunmehr alle Völker der Erde insgesamt aufgerufen seien, die allumfassende Vaterschaft Gottes zu erwägen, und zitierte die Botschaft des Apostels: „Er verkündete Frieden durch Jesus Christus" (Apg. 10, 36).

Papst Johannes erinnert darauf an die Friedensmahnungen der Päpste, die seine Vorgänger waren: an Pius' X. Ermahnung „Mit brennender Sorge" vor dem Ersten Weltkrieg, an Benedikts XV. „Der Friede, Gottes schönstes Geschenk", an Pius' XI. Mahnung zum wahren Frieden, „der nicht so sehr auf Tafeln geschrieben als vielmehr den Herzen eingeprägt ist", und schließlich an Pius' XII. letzten, vergeblichen Appell vom 24. August 1939: „Mit der Kraft der Vernunft, nicht mit Waffengewalt schafft sich die Gerechtigkeit Bahn". Er selbst sagt dazu: „In all dem haben wir eine ganze Reihe von Aufrufen, bisweilen betrübt und heftig, aber immer väterlich, an die ganze Welt, damit sie sich vor jeder Gefahr hüte, solange es noch Zeit ist, unter der Versicherung, daß wenn mit dem Krieg alles und für alle verloren ist, doch nichts verloren sein wird mit dem Frieden."

Es ist keine willkürliche Betonung, wenn wir den letzten Satz hervorgehoben haben, sondern es wird sich zeigen, daß er die ernste Meinung des Heiligen Vaters ausdrückt, die seine Friedensbotschaft trägt. Es ist eine Botschaft nicht nur der Bangnis und der väterlichen Sorge, sondern auch des entschiedenen Muts zum Frieden, zum Frieden allein. Das geht aus allen eigenen Worten und aus allen bedacht gewählten Berufungen auf die großen christlichen Vorbilder hervor. Neben Petrus ist es der Völkerapostel Paulus, dessen Worte er sich zu eigen macht und uns anempfiehlt. Er nennt sie „Ratschläge und Warnungen, die übrigens nützlich und geeignet sind für alle, die im Laufe der menschlichen Generationen einen verantwortlichen Posten einnehmen werden". Sie lauten: „Brüder, werdet stark im Herrn durch seine mächtige Kraft ... Wir haben nicht zu kämpfen gegen Fleisch und Blut, sondern gegen die Mächte und Gewalten, gegen die Beherrschung der finsteren Welt, gegen die bösen Geister in der Luft!" (Eph. 6, 10—12). Der Papst fährt fort: „Um dem Hl. Paulus in seinen Ermahnungen zu folgen — sie betreffen die Haltung gegen jene bösen Geister in der Luft —, so ist die Beschreibung interessant, die er uns hinterläßt von jedem guten Kämpfer, der gegen seinen Feind in Bereitschaft steht. ‚So tretet denn an: Umgürtet eure Lenden mit der Wahrheit! Ziehet an den Panzer der Gerechtigkeit, beschuhet eure Füße mit der Bereitschaft für die Frohe Botschaft des Friedens. Zu alledem ergreift den Schild des Glaubens, mit dem ihr alle feurigen Geschosse des Bösen auslöschen könnt. Nehmet den Helm des Heils und das Schwert des Geistes, das ist das Wort Gottes!' (Eph. 6, 14—17) All dies ist ein Bild geistlicher Waffen, durch das hindurch ihr, geliebte Brüder und Söhne, Hinweise für das erblickt, was zu jeder Zeit und unter allen Umständen die Rüstung des guten Christen angesichts jedes nur möglichen Ereignisses sein kann und sein muß. ... So geschieht es also auf den

Spuren des Völkerapostels, daß wir uns zum leuchtendsten und sichersten Punkte hingeführt sehen, um auf ihn die Haltungen des christlichen Geistes zu gründen, angesichts alles dessen, was die Vorsehung verfügen oder zulassen kann."

Papst Johannes erinnert dann an die blutige Geschichte des vergangenen halben Jahrhunderts, an „die Zerfleischung unserer Völker und unserer Länder", und beschwört den „Schrecken vor dem, was jedem von uns in der ganzen Welt geschehen kann. Jeder kriegerische Zwischenfall genügt, um die Kennzeichen der Personen, der Länder und der ganzen Welt umzustürzen und verloren gehen zu lassen. Was könnte heute nicht geschehen mit den aufsehenerregenden Ergebnissen der neuen Vernichtungs- und Zerstörungsmittel, die der menschliche Geist zu vervielfältigen fortfährt, zu allgemeinem Unglück?

Immer machte seit Unserer Jugend großen Eindruck auf Uns jener alte Verzweiflungsschrei des Desiderius, des Königs der Langobarden, der beim ersten Erscheinen der Truppen Karls des Großen auf den Alpen sich die Haare raufte und schrie: ‚Waffen aus Eisen! Wehe uns, Waffen aus Eisen!' Was soll man dann von den modernen Kriegsmaschinerien sagen, die nunmehr den Geheimnissen der Natur entrissen sind und sich in Aufbereitung zu übermächtigen Energien für Umwertung und Zerstörung befinden?"

Dennoch spricht der Heilige Vater Zuversicht aus: „Dank sei dem Herrn, bis heute glauben Wir gerne, daß keine ernstliche Drohung böser Stunden, die nahe oder ferne wären, sich der Verwirklichung zuneigt. Daß auch Wir euch eine Andeutung gemacht haben, während übrigens die ganze Tagespresse eines jeden Landes davon redet, will nichts anderes sein als eine Gelegenheit zu einem Aufruf und vertrauensvollen Appell an die ruhige und sichere Weisheit jener, die als Staatsmänner und Männer der Verwaltung in jedem Lande die Richtung der öffentlichen Sache bestimmen."

Abschließend nennt der Papst die Worte des Hl. Paulus eine „herzliche Einladung"; mit ihr lenke uns der Völkerapostel „auf die besondere Meinung dieser unserer bewegenden Zusammenkunft der Herzen hin, für die ein Wink genügt, um sich zusammenzufinden und gewaltige Ausmaße geistlicher Erhebung auf die Ordnung und auf den Frieden hin anzunehmen". ... „Bedenkt, daß die katholische Kirche, die über den ganzen heute leider unruhigen und geteilten Erdkreis verstreut ist, sich in Bewegung befindet, zu einer allgemeinen und weltweiten Versammlung — zu dem Ökumenischen Konzil, das die wahre Brüderlichkeit der Völker anstrebt" ...

In seinem Schlußgebet bittet der Papst Gott, „daß er den Verstand erleuchte und den Willen der Großen bewege, die für das Leben oder den Untergang der Völker verantwortlich sind. Beten wir für die Völker selbst, daß sie sich nicht von erbitterten Nationalismen und von verderblichen Rivalitäten blind machen lassen, und daß ... die Wiederherstellung der Beziehungen des sozialen Zusammenlebens sich in der Wahrheit, in der Gerechtigkeit und in der Liebe vollziehe." In seiner letzten Bitte zur Gottesmutter um den Frieden der Welt schließt er die Worte ein: „Diese braucht nicht siegreiche Kriege oder geschlagene Völker, sondern erneuertes und stärkeres Heil, fruchtbaren und aufmunternden Frieden."

Soweit die Stellen aus der Botschaft des Papstes, die in besonders eindringlicher Weise seinen Willen zum Frieden und seine Mahnung, uns mit geistlichen Waffen zu rüsten, bezeugen. Es sind keine Stellen, die etwa sinnfremd aus dem Zusammenhang gerissen wären, und es ist keine Stelle ausgelassen, an der etwa ein zum unbedingten Friedensbekenntnis gegenteiliges Wort stünde. Der Sinn der Botschaft ist eindeutig und bedarf keiner künstlichen Auslegung. Gerade darum ist offensichtlich, daß zwischen der reinen, aber entschiedenen Meinung der Botschaft des Papstes und der Handlungsweise vieler Politiker, die ihn ihren

Heiligen Vater nennen, ein Abgrund klafft, der nicht zu überbrücken ist, sondern höchstens — mit Schweigen zu übergehen. Papst Johannes richtet sich allerdings nicht nur an sie: „... so ist es auch durchaus natürlich, daß Wir Uns die angsterfüllte Sorge der früheren Päpste zu eigen machen und daß Wir sie als heilige Mahnung an Unsere Söhne weitergeben. Wir fühlen das Recht und die Pflicht, alle jene so zu nennen, die an Gott und an seinen Christus glauben, und auch jene, die nicht glauben, weil alle Gott und Christus angehören auf Grund der Erschaffung und Erlösung."

Daß ein Widerspruch der Politik derer, „die nicht glauben", zur Meinung des Heiligen Vaters besteht, ist nicht verwunderlich, wenngleich er auch sie zur Umkehr mahnen will. Daß ein Widerspruch der Politik derer, „die glauben" — soweit sie als Politiker das Bekenntnis der Christlichkeit bzw. der Katholizität aussprechen — zur Meinung ihres geistlichen Vaters weitgehend besteht, ist nicht durch Interpretationen, sondern durch einige Unterstreichungen einfach zu beweisen. Es wäre absurd und unehrerbietig, die Worte des Papstes von den „geistlichen Waffen", die er mehrmals aufnimmt, zu nehmen oder eigentlich fallen zu lassen, als seien sie nur so fromm daher geredet. Vielmehr betont er, daß wir uns durch das Bild geistlicher Waffen, durch das uns der Völkerapostel Paulus Hinweise für „die Rüstung des guten Christen angesichts jedes nur möglichen Ereignisses" gibt, „zum leuchtendsten und sichersten Punkte hingeführt sehen, um auf ihm die Haltungen des christlichen Geistes zu gründen, angesichts alles dessen, was die Vorsehung verfügen oder zulassen kann".

Es ist keine unnütze Wiederholung, sondern nur eine heilsame Merkhilfe, wenn wir auch einige andere Kernsätze der Papstbotschaft noch einmal aufführen: „Wenn mit dem Krieg alles und für alle verloren ist, wird doch nichts verloren sein mit dem Frieden." — „Jeder kriegerische Zwischenfall genügt, um die Kennzeichen der Personen, der Länder und der ganzen Welt umzustürzen und verloren gehen zu lassen." — „Die Welt braucht nicht siegreiche Kriege oder geschlagene Völker, sondern erneuertes und stärkeres Heil, fruchtbaren und aufmunternden Frieden."

Steht in dieser Botschaft dessen, der der höchste Priester Gottes auf Erden genannt wird, etwas von der Forderung, mit alles verheerenden Waffen Gottes Evangelium zu verteidigen, auch um des Risikos der Weltzerstörung willen? Ist nur eine Andeutung der Meinung darin, daß Gott uns die Verantwortung für die Weltzerstörung abnähme, wenn wir sie um der Verteidigung des Glaubens willen wagen würden? Im Gegenteil: die Botschaft ist getragen von einem wahrhaft „urchristlichen" Vertrauen auf die Kraft des Glaubens, der Liebe und der Wahrheit. Sonst könnte in ihrer Mitte nicht Paulus' Bild von der geistigen Rüstung und an ihrem Anfang nicht Pius' XII. Worte stehen: „Mit der Kraft der Vernunft, nicht mit Waffengewalt schafft sich die Gerechtigkeit Bahn." Nicht zum totalen Glaubenskrieg mit Atomwaffen lädt der Heilige Vater die Regierungen ein, sondern dazu, „sich die schrecklichen Verantwortlichkeiten vor Augen zu führen, die sie vor der Geschichte tragen und, was noch wichtiger ist, vor dem Gerichte Gottes", und er beschwört sie, „nicht falschem und trügerischem Druck zu erliegen". In solch echter „pazifistischer" Gesinnung — im ungeschorenen Sinn des Wortes — fordert er zu gerechten Verhandlungen auf: „Von weisen Menschen hängt es tatsächlich ab, daß nicht die Gewalt, sondern das Recht die Oberhand behalte, mit freien und loyalen Verhandlungen, und daß sich Wahrheit und Gerechtigkeit behaupten im Schutze der wesentlichen Freiheiten und der unabdingbaren Werte eines jeden Volkes, eines jeden Menschen."

Der Impuls, der die Botschaft des Papstes bewegt, ist Sorge um den Bestand der Menschheit überhaupt, nicht so sehr Sorge um den Bestand des christlichen

Glaubens, weil ja der Glaube, der die Botschaft trägt, zu stark ist, um an sich selbst zu verzweifeln, um nach den diabolischsten Waffen zu schreien, nur um sich retten zu können. Dem Heiligen Vater aber ist der Schrei des Desiderius „Waffen aus Eisen!" der Verzweiflungsschrei, den man vor den „modernen Kriegsmaschinerien" wie noch nie erheben müßte.

Die Friedensbotschaft Papst Johannes' XXIII. ist die christliche Botschaft, die unserer ratlosen Zeit seit langem gegeben wurde. Sie nicht verstehen, hieße beschränkt sein. Sie nicht verstehen wollen, hieße feige sein vor der Wahrheit: daß der Vater der katholischen Christenheit so gesprochen hat und nicht anders. Sie verstehen und verschweigen, hieße sie „unschädlich" machen wollen: hieße den Heiligen Vater stillschweigend zu jenen zwar liebenswürdigen, aber unrealistischen Christen zu zählen, die mit ihrem gutgemeinten Gerede vom Frieden, mit ihrer penetranten Mahnung, die geistliche und geistige Rüstung statt der der Vernichtung zu bereiten, der „realistischen" Politik der christlichen Aufbereiter „zu übermächtigen Energien für Umwertung und Zerstörung" lästige Steine in den Weg legen. Soll es zweierlei Christlichkeit geben oder eine? Selbst wenn es zwei Auslegungen von Christlichkeit geben sollte — die eine, die beim Atom-Ja, die andere, die beim Atom-Nein endet, die eine, die den Mut hat, die Waffen des Glaubens zu erproben, die andere, die den Mut hat, das Ende der Menschheit zu riskieren — welche Auslegung soll gelten: diejenige, die in der Friedensbotschaft des Papstes niedergelegt ist, oder diejenige, um die sich die tödliche Spirale des Immer-noch-furchtbarer-Rüstens dreht?

Die Botschaft Papst Johannes' ist, so einfach und milde sie in ihrer Sprache klingt — deren eigentlicher, unübersetzter Wortlaut sicher glatt ist — unangenehm. Man muß sie hinnehmen, es gibt keinen advokatischen Salto mortale, ihrer Konsequenz zu entgehen. Denn es gibt keinen Salto mortale, der Konsequenz des christlichen Evangeliums zu entgehen. Es mußte nur einmal von höchster Stelle aus gesagt werden. Es wurde, mit Weisheit und Takt, aber unzweideutig gesagt.

Sollte jemand dennoch meinen, krampfhafte Umdeutungsversuche an der lapidaren Botschaft vornehmen zu müssen, um sie seinen bisherigen politischen Konzeptionen „konform" zu machen — statt sein politisches Denken endlich der Meinung des christlichen Hohepriesters konform zu machen —, so möge er den Kommentar des Radio Vatikan nachlesen, den dieser anläßlich der Ankündigung veröffentlichte, daß Papst Johannes am Sonntag, dem 10. September, eine Messe für den „Frieden unter den Völkern" lesen werde (u. a. Süddeutsche Zeitung vom 8. 9. 61): „Die Kirche, die Vernunft und die öffentliche Meinung verlangen einstimmig, daß alle möglichen und unvermeidlichen Gegensätze durch Verhandlungen gelöst werden, durch Verhandlungen, die nicht unter dem unerträglichen Druck ungerechter Bedingungen stehen." Der Kommentar schließt mit den Worten: „Der Verzicht auf Experimente mit Atomwaffen, wie der Verzicht auf die Anwendung dieser Waffen, die allgemeine Kontrolle der Abrüstung als Gegenstand einer internationalen Verständigung stellen sich ebenfalls als Gewissenspflicht der Völker und ihrer Regierungen dar.

Was immer der Kommentar an Einschränkungen enthalten mag, so die Forderung nach Verhandlungen, „die nicht unter dem unerträglichen Druck ungerechter Bedingungen stehen", so ist doch auch untilgbar der Satz in ihm enthalten, dessen Herauslösung aus dem Gesamttext wieder keine Entstellung, sondern nur eine Hervorhebung bedeutet: „Der Verzicht auf Experimente mit Atomwaffen, wie der Verzicht auf die Anwendung dieser Waffen ... stellen sich ebenfalls als Gewissenspflicht der Völker und ihrer Regierungen dar." Diese Forderung ist unabschwächbar durch eine vorhergehende Bemerkung, „dem Frieden werde weder durch Vorbereitungen zum Kriege noch durch einen extremen Pazifismus gedient.

Die Pflicht zum Frieden werde zu einer Pflicht, ehrliche Verhandlungen herbeizuführen. Die Pflicht zur Verständigung werde angesichts der Gefahr eines Atomkriegs besonders dringlich". (Zitat des SZ-Berichts).

Jedenfalls steht fest, daß der Verzicht auf die Anwendung von Atomwaffen nicht mit dem Ausdruck „extremer Pazifismus" gemeint sein kann — zumal sogar deutlich wird, daß es kein „extremer Pazifismus" ist, wenn „Vorbereitungen zum Krieg" unterlassen werden. Denn es heißt ja nicht: Wer keine Vorbereitungen zum Krieg trifft, ist ein extremer Pazifist, sondern es wird weder das eine noch das andere befürwortet. Die Feststellung, daß es Gewissenspflicht der Völker und ihrer Regierungen sei, auf die Anwendung von Atomwaffen zu verzichten, ist immerhin klar genug, um durch keine Unklarheit verwischt zu werden. Und sie wendet sich sicher nicht nur an die Sowjets. Genommen, wie sie dasteht, ist sie eine Verzichts-Forderung a n d i e g a n z e W e l t. Es steht nicht darin, daß wir — d. h. die mehr oder weniger unter christlicher Überschrift stehenden Völker und Regierungen — mit dem Verzicht warten sollen, bis auch die Gegenseite, die nicht unter dieser Überschrift steht, verzichtet hat. Es heißt ohne Einschränkung und Aufschub: Der Verzicht ist Gewissenspflicht.

Atomstrategen christlichen Bekenntnisses könnten versuchen zu sagen — wenn sie überhaupt etwas dazu sagen —: Wir verzichten ja auch auf die Anwendung von Atomwaffen (wenn sie schon nicht für den Verzicht auf Experimente wären, welche die nicht anzuwendenden Atomwaffen erproben), aber wir müssen sie dennoch zubereiten und bereithalten; denn sie allein sind Abschreckung genug, daß uns der Kommunismus nicht überrollt; wir wollen nur mit ihnen drohen, niemals sie auslösen. Es ist einleuchtend, daß ein solches Bekenntnis sinnlos wäre. Es würde ja von vornherein die Drohung mit der Atomgewalt illusorisch machen. Mit Waffen zu drohen, auf deren Anwendung man zu verzichten verspricht, macht sicher keinen Eindruck bei den Bedrohten. Es ist also, wenn die Atomwaffen wirklich eine Abschreckungswirkung haben sollen, unmöglich, den Verzicht auf ihre Anwendung zu erklären, — es sei denn, man wäre als Lügner bekannt, der das Gegenteil von dem tut, was er erklärt. Es ist also umgekehrt notwendig, die Anwendung der Atomwaffen konkret in Aussicht zu stellen, die Entschlossenheit, vor ihrem Einsatz bei Bedarf nicht zurückzuschrecken, kräftig zu verlautbaren.

Klügere Naturen werden unsere simplen Überlegungen zurückweisen mit der Feststellung, daß ihnen das selbstverständlich auch klar sei, und werden sagen: Selbstverständlich müssen wir erklären, daß wir die Atomwaffen im Ernstfall anwenden werden, selbstverständlich dürfen wir nie verraten, daß wir auf ihre Anwendung verzichten. Aber im geheimen, vor unserem Gewissen, sind wir entschlossen, auf die Anwendung zu verzichten! Wir drohen nur mit der Anwendung, aber wir lassen es bei dieser Drohung bewenden. Nie werden wir uns wirklich zur Anwendung solch furchtbarer Waffen hinreißen lassen.

Sollte das im Ernst die authentische Auslegung des vatikanischen Kommentars und der Friedensbotschaft des Papstes sein, die Übersetzung religiöser und menschlicher Ermahnung ins politische Latein? Nein. Denn es ist klar, daß eine allseitige Erklärung — einschließlich der Erklärung christlicher Politiker —, es werde auf die Anwendung der Atombombe im Bedarfsfall n i c h t verzichtet werden, auch eine allseitige, nämlich gegenseitige Ermunterung ist, auf sie tatsächlich nicht zu verzichten. Wer könnte schon dem anderen zutrauen, daß er öffentlich mit der Anwendung droht, um geheim, „im stillen Kämmerlein des Herzens", auf sie zu verzichten? Die Erklärung, nicht zu verzichten, steht somit nicht nur wörtlich im Widerspruch zu der vatikanischen Stellungnahme, sondern natürlich auch zu ihrem Sinn; denn der ist nichts anderes, als die Völker und ihre Regierungen zum Verzicht zu bewegen. Eine gegenteilige Erklärung: nicht zu ver-

zichten, hat aber gerade die Wirkung, die Regierungen — die Völker spielen ja weitgehend nur die Rolle von Regierungs- und Pressemitläufern — zum Umgekehrten zu bewegen: daß sie — da ja jeweils die anderen nicht verzichten — selbst erst recht nicht verzichten wollen! Keiner hat den Mut des Gewissens, aus dem Teufelskreis der Drohstrategie auszusteigen.

Es wäre Illusion, zu meinen, daß nunmehr die großen Gegner, beschämt und angefeuert vom vatikanischen Kommentar und der Friedensbotschaft des Papstes, sogleich ihre Atomwaffenvorräte vernichten würden. Die Sowjets werden sich schon zuständigkeitshalber wenig verpflichtet fühlen, und die Amerikaner haben keine Regierung, die sich programmatisch unter christliches oder katholisches Vorzeichen stellt, obgleich Präsident Kennedy ein guter Katholik sein soll. Sie werden also nicht spontan Kommentar und Friedensbotschaft realisieren. Aber wenn sie schon das Atom-Patt nicht gleich radikal aufzuheben wagen, weil sie sich gegenseitig die Einhaltung eines so umwälzenden Agreements nicht zutrauen, so müßten auf jeden Fall diejenigen Politiker, denen das Christentum angelegen ist, ernsthafteste Versuche unternehmen, das Gebot des Verzichts, das ein Gebot des christlichen Gewissens ist, der Erfüllung näher zu bringen.

Ein Sonderfall ist es mit den christlichen Politikern der Bundesrepublik, vor allem mit den katholischen unter ihnen. Sie müßten endlich Farbe bekennen, ob sie „vatikanisch" christlich und katholisch sein wollen oder anders, wobei sie dann definieren müßten, was ihre andere Art von Christlichkeit und Katholizismus bedeutet. — Ein Sonderfall ist es auch deshalb mit ihnen, weil es ihnen — wenn überhaupt jemandem von den Politikern der Welt — relativ am leichtesten fallen müßte, den Verzicht auf die Anwendung von Atombomben in die Tat umzusetzen; und gerade deshalb haben sie den unmittelbaren Auftrag des Gewissens, den allgemeinen weltumfassenden Verzicht vorzubereiten, statt ihn zu erschweren. Denn die Atombewaffnung Bundesdeutschlands ist strategisch nicht entscheidend, aber sie ist moralisch entscheidend dafür, daß der allgemeine Verzicht auf die Atombewaffnung immer unrealisierbarer wird. Sie ist allerdings auch strategisch mit entscheidend dafür, daß, im Fall einer Weltkatastrophe, sofort Bundesdeutschland davon betroffen würde, daß die Gegner nicht darauf verzichten würden, es der Wüste gleichzumachen.

Wenn also auch die ganze Welt, alle Völker und Regierungen vor das christliche, aber auch allgemein humane Gebot des Atomverzichts gestellt sind, so ist doch niemand akuter vor es gestellt als die bundesdeutsche Regierung und das bundesdeutsche Parlament — wenn in dieser dringendsten aller Angelegenheiten überhaupt von Stufen der „Akutheit" gesprochen werden darf. Es wäre deshalb angebracht, die Friedensbotschaft des Papstes und den vatikanischen Kommentar zur christlichen Gewissenspflicht jedem Kabinettsmitglied und jedem Abgeordneten auf den Tisch der täglichen Arbeit und Beratung zu legen, mit der Auflage selbstverständlich, sie zu lesen und wieder zu lesen. Dann würden sie, vielleicht, einsehen, daß es keinen christlichen Ausweg gibt, der der Weisung dieser Worte entgehen kann, weil es keinen Ausweg aus dem christlichen Gewissen gibt, das diese Worte anrufen. Wenn dieser Vorschlag zur Orientierung der politisch Verantwortlichen natürlich auch utopisch ist, so müßte man doch, in nächster oder naher Zeit, wenigstens einen Hauch der vatikanischen Weisungen in einer Regierung und in einem Parlament bemerken, die sich auch weiter, zum großen Teil, als christlich bekennen werden.

Die obigen Ausführungen sind gewiß nicht geschrieben und zitiert aus einer abstrakten Vergessenheit der niederschmetternden konkreten Situation, wie sie sich vor allem in Berlin verdichtet hat. Und gewiß nicht wird man dem Vater der katholischen Christenheit, aus dessen Worten tiefste Sorge und große Güte spre-

chen, eine solche abstrakte Vergessenheit zumuten dürfen. Ist es Situationsvergessenheit, wenn man der Überzeugung ist, daß diese verfahrene, verhärtete und verzweifelte Situation durch ein Weitersteigern der Horror-Politik, durch die Bagatellisierung der christlichen Botschaft vom Frieden, durch das Atom-Christentum niemals gemildert, geschweige denn gelöst, sondern immer nur noch mehr verkrampft werden kann? Haben sie doch weitgehend zur Entstehung dieser Situation beigetragen. Damit soll nicht die Schuld der anderen Seite verwischt werden. Aber die Betonung und Kommentierung der Schuld der anderen, die sich nicht zu Gott und Christus bekannt haben, darf nicht das Versäumnis derer verwischen, die — mögen sie auch in gutem Glauben und im Bewußtsein christlicher Abendlandsretter gehandelt haben — jene starke und reine christliche Initiative vermissen ließen, die mit der Meinung dessen einhergeht, den seine Brüder und Söhne im Glauben den Stellvertreter Christi auf Erden nennen.

Müssen wir und dürfen wir — immer noch im Namen Gottes — die allgemeine Weltverkrampfung steigern bis zum epileptischen Effekt totaler Kriegsentladung? Die Friedensbotschaft Papst Johannes' XXIII. und die Bestätigung seiner Meinung durch offizielle vatikanische Verlautbarungen können, als von höchster Stelle stammend, wie kaum zuvor zur Lösung der Verkrampfung beitragen. Sie führen uns „zum leuchtendsten und sichersten Punkte" hin, „um auf ihm die Haltungen des christlichen Geistes zu gründen, angesichts alles dessen, was die Vorsehung verfügen oder zulassen kann". Wer darf sich noch christlicher Politiker nennen, der die Haltung seines christlichen Geistes nicht darauf gründet? Es bleibt ihm und uns, um den Namen Christ zu tragen, nichts übrig, als die Botschaft zu hören und die christliche Gewissenspflicht, die sie uns auferlegt, ernst zu nehmen: zu kämpfen mit den Waffen des Friedens, die die Waffen des Christen sind, der nicht an sich selbst verzweifelt ist, gegen den Krieg, „mit dem alles und für alle verloren ist", für den Frieden, „mit dem nichts verloren sein wird".

Dr. Hermann Rauschning

Danzig, Berlin und die deutsche Frage

Beispiel und Warnung

Anzeichen deuten darauf hin, daß in der Beilegung der Berliner Krise der Ausweg beider Großmachtblöcke mit einer Lösung versucht werden soll, die sich historisch schon einmal als unzulänglich, ja als gefährlich erwiesen hat, indem sie statt ein Element eines dauerhaften Friedens der Anlaß zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde. Ich meine die Absicht, Westberlin das Statut einer Freien Stadt zu geben, und ich meine die kurze, aber tragische Geschichte der Freien Stadt Danzig. Es trifft sich glücklich, daß der letzte Hohe Kommissar des ersten, des Genfer Völkerbundes in der Freien Stadt Danzig, der Schweizer Professor Carl J. Burckhardt, im vergangenen Jahr über seinen politischen Auftrag, es über die Problematik der Freien Stadt nicht zu einem Kriege kommen zu lassen, ein für die gegenwärtige Krise wertvolles und aufschlußreiches Buch „Meine Danziger Mission 1937—1939" veröffentlicht hat. Sofern Politiker aus der Geschichte zu lernen fähig oder auch nur willens wären, wüßte man es gerne in den Händen all derjenigen politischen Planer einer Lösung der Berliner Krise, die in

der Erhebung Westberlins zu einer souveränen, neutralen Freien Stadt den politischen Ausweg aus einer Sackgasse und das Mittel sehen, die drohende Kriegsgefahr zu beseitigen. Auf den reichen, auch menschlich interessanten, lebendig dargestellten Inhalt dieser bemerkenswert objektiven Memoiren einzugehen, ist hier weder Zeit noch Raum, obwohl der Einblick in das Gespinst der diplomatischen Aktionen im Hintergrund ein lehrreiches Vergleichsmaterial für das gegenwärtige politische Spiel abgäbe. Es handelt sich um ein Geschichtswerk weit über dem Niveau üblicher persönlicher Berichte mit ihrer inferenten Schwäche, eine apologia pro vita sua zu sein, und es beginnt mit einer meisterhaft klaren knappen historischen Einführung in die politischen Probleme, die durch den Ersten Weltkrieg im europäischen Ostraum entstanden waren. Sie trägt, sine ira et studio, dem deutschen wie polnischen Standpunkt Rechnung.

Ich kann es mir um des polemischen Zweckes meines Artikels willen nicht versagen, wenigstens einige Sätze aus dem ersten Kapitel des Burckhardtschen Buches im Wortlaut zu zitieren. „Man erfand die Freie Stadt Danzig, die, nicht frei, sondern in jeder Beziehung bedingt, wohl eines der kompliziertesten Gebilde darstellte, das jemals dem theoretischen Denken improvisierender Völkerrechtler entsprungen ist. Ein Miniaturstaat wurde ins Leben gerufen, der, ohne wirkliche Unabhängigkeit, nur über sehr bedingte Souveränitätsrechte verfügte. Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der „freien" und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinne äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel S e m b a t , daß Danzig den Keim zu einem neuen Kriege in sich trage. Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien Stadt sollte der letzte polnische Außenminister, Józef B e c k , schreiben: Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern."

Soweit Professor Burckhardt. Es wird dem Leser ohne weitere Kommentare klar sein, warum diese Sätze hier als Einleitung zitiert wurden. Was indessen den letzten Satz Becks anlangt, so wußte der polnische Außenminister es besser, nämlich, daß die „bizarre" Lösung der Freien Stadt Danzig ebenso wie die Abtrennung Ostpreußens vom Reich von den Vätern des Versailler Friedens als Abschlagszahlungen auf die von Polen (Roman D m o w s k i) erhobenen Ansprüche auf Danzig und ganz Ostpreußen, und nicht nur, wie Burckhardt erwähnt, Masuren, gedacht waren, nicht aber, um deutschen Interessen polnische zu opfern, was angesichts der Freundschaft Frankreichs mit Polen widersinnig gewesen wäre. Die Zuteilung des zu 96% von Deutschen und nur zu 4% von Polen bewohnten Danzigs an Polen schlug offensichtlich dem von den Siegermächten verkündeten Selbstbestimmungsrecht zu sehr ins Gesicht, als daß sie es so eklatant hätten mißachten können. Die damaligen Peacemakers glaubten vielmehr die endgültige Entscheidung über die Zugehörigkeit Danzigs der Dynamik einer künftigen Entwicklung überantworten zu können, da sie, ihrem vornehmlich wirtschaftliche Motive in Rechnung stellenden politischen Denken entsprechend, glaubten annehmen zu dürfen, daß der wirtschaftliche Sog Polens, in dessen Wirtschaftsgebiet Danzig integriert wurde, in längerer Entwicklung auch die politische

Inkorporation Danzigs in das polnische Reich zur Folge haben würde. Nicht anders als die sogenannten Minderheiten-Schutzverträge, zu denen sich die „Nachfolgestaaten" als Vorbedingung ihrer von den Siegern garantierten Souveränität bereit finden mußten, sollte das Statut der Freien Stadt Danzig ein Hilfsmittel sein, den Übergang der durch den Zugehörigkeitswechsel betroffenen Bevölkerung in ihrer Assimilation mit dem neuen Staat und seinem Staatsvolk zu erleichtern. Nimmt man diese Absicht zur Kenntnis, dann ist weder die Abtrennung Ostpreußens noch die Gründung der Freien Stadt „bizarr". Sie wurde es erst, als sich in beiden in Verbindung mit der Erholung des Reiches die entgegengesetzte Tendenz der Re-Integration der Gebiete in das Deutsche Reich und in den territorialen Zusammenhang mit dem Reichsgebiet durchsetzte und die Absichten der Friedensväter durchkreuzte.

War diese Entwicklung nicht vorauszusehen?

Wer sich des Bildes der Friedenskonferenz erinnert, das der damals junge Diplomat, der spätere Minister im Kriegskabinett Churchills Harold Nicolsen zeichnete und mit Äußerungen des Ekels und der Mutlosigkeit beschloß, der wird diese Frage auf sich beruhen lassen. Es wäre indessen eine grobe Verfälschung, anzunehmen, daß die Umkehrung der von den Friedensvätern angenommenen Entwicklung in die entgegengesetzte Dynamik der „Zurück ins Reich"-Tendenz erst das Produkt des aufgeputschten Nationalismus Hitlers und seiner Nationalsozialisten war. Sie war vielmehr die natürliche Reaktion eines damals noch national bewußten, in geschichtlichen Zusammenhängen lebenden Volkes, dem materielles Wohlergehen nicht ausschließlich an erster Stelle stand. Wie die Bildung der Freien Stadt Danzig als Konzession auf die einstimmigen Proteste der Bevölkerung gegen die beabsichtigte Zuteilung an Polen erfolgte, so war der Selbstbehauptungswille des Danziger Gemeinwesens gegen mannigfache Versuche Polens, die beschränkten Hoheitsrechte der Freien Stadt noch weiter zu beschneiden, von Anfang an der entscheidende Zug ihres politischen Lebens. Zähem Ringen des Senats unter der Führung des seiner Gesinnung nach liberalen ersten Danziger Präsidenten Dr. Sahm und seines Nachfolgers, des konservativen Dr. Ziehm, gelang es, die Souveränität des Gemeinwesens zu befestigen und die Beziehungen zum Reich lebendig zu erhalten. Die Geschichte Danzigs in den Jahren des Bestehens als Freie Stadt war somit eine nicht abreißende Kette von Zwischenfällen, die aus dem Gegensatz zweier starker politischer Willensströme folgten, dem polnischen Wollen, Danzig fester in den polnischen Staat zu integrieren, dem deutschen und danziger, wieder in den Reichsverband zurückzukehren, ein in allen deutschen Parteien im Reich vorwiegender Wille. Früher oder später mußte dieser Gegensatz auch unter anderen politischen Vorzeichen, als es der Nationalsozialismus war, zum offenen Konflikt führen, wenn es nicht gelang, eine dritte Alternative zu finden.

Theoretisch bestand eine solche. Sie praktisch politisch zu verwirklichen, wurde von mir als dem dritten Präsidenten Danzigs in der Möglichkeit gesehen, aus Danzig als strittigem Objekt im Interessenkonflikt der beiden gegnerischen Staaten Deutschland und Polen ein Element des Ausgleichs und der Interessenverbindung zu machen. Begünstigt wurde ein solcher Versuch durch den Umstand, daß in Polen Marschall Pilsudski regierte, für den, wie auch Burckhardt erwähnt, Rußland die Hauptgefahr darstellte und dem durch die Annäherung Frankreichs und Rußlands unter Barthou und Litvinow ein Block in den Weg zur Verwirklichung seines großen Planes einer Föderation der Völker des einstigen mittelalterlichen Großstaates Polen geworfen war. Ermöglicht wurde es auf deutscher Seite durch die überraschende Schwenkung Hitlers, der statt, wie vermutet, es zu einem offenen Konflikt mit Polen kommen zu lassen, in einem ersten seiner

politischen Saltos mortale zu einer Beilegung der Streitigkeiten in einem Nichtangriffspakt mit Polen bereit war. Durch einen, von den früheren Präsidenten vermiedenen, Staatsbesuch in Polen, durch den Abbau wirtschaftlicher Kampfmaßnahmen und die statutenmäßig nicht vorgesehene freiwillige Zuerkennung derselben Minoritätsrechte für die Polen in Danzig, die die Deutschen in Polen genossen, war der Weg für ein eingehendes vertrauliches Gespräch von mir mit Marschall Pilsudski, im Beisein des Außenministers Beck, geebnet. Dieses Gespräch mit dem damals schon leidenden Marschall bestärkte mich in der Annahme, daß sich mindestens solange, wie Pilsudski die Politik Polens bestimmte, zwischen Deutschland und Polen eine Verständigung und Kooperation auf breiter Basis würde erzielen lassen können. Ich hatte den Eindruck, daß der Föderationsplan Pilsudki's mit einem in friedlicher und wirtschaftlicher Entwicklung aufzubauenden zentraleuropäischen föderativen Gemeinwesen, mit Deutschland als primus inter pares, wohl zu vereinen gewesen wäre, wenn, wie ich damals allerdings noch nicht in vollem Umfange realisierte, Hitler nicht Hitler, sondern eine Art Stresemann gewesen wäre oder, wie ich damals noch Grund hatte anzunehmen, unter dem Druck der Verantwortung zu einer echten staatsmännischen Politik reifen würde. Mein Versuch scheiterte, wie fünf Jahre später die Mission Burckhardts, — um sein Wort zu gebrauchen —, an dem „Wahn", in dem der „im Mittelpunkt des Geschehens stehende Mann" durch „gewisse Kreaturen" immer wieder bestärkt wurde. Als sich im Sommer 1934 der Danziger Senat hinter meinem Rücken bei Hitler in Sonderaudienz, von der ich ausgeschlossen geblieben war, darüber beschwerte, daß ich meine und die deutsche Politik des Ausgleichs mit Polen ernst nähme und nicht nur als taktisches Manöver, mußte ich meine Politik einer dritten Alternative aufgeben und mich zum Rücktritt entschließen, der auch durch andere Motive noch bedingt war. Ob polnischerseits die Politik einer Verständigung mit Deutschland und Danzig mehr als nur ein taktischer Behelf, mehr als ein Schachzug im politischen Spiel gewesen war, lasse ich dahingestellt. Polen hätte blind sein müssen, wenn es nicht sehr bald die wahren Absichten der Hitler'schen Polenpolitik durchschaut hätte. Auch als Bundesgenosse Hitlers in einem Angriff auf Rußland mußte es nach einem siegreichen Krieg mit der Liquidation als souveräner Staat rechnen.

Es hat keinen Zweck, sich hier mit den gescheiterten Missionen Burckhardts oder gar des Verfassers dieses Artikels weiter zu befassen. Weswegen diese historischen Erinnerungen überhaupt aufs Tapet gebracht wurden, ist der Umstand, daß in Danzig, durch die Abtrennung vom Reich und die Bildung der Freien Stadt, nicht wie beabsichtigt, ein Element der Entspannung und Friedenssicherung, sondern ein ständiger Krisenherd geschaffen wurde, den in Genf sattsam bekannten „Querelles de Dantzig". Die ursprüngliche Absicht der Diktatmächte, Danzig allmählich in dem polnischen Staat aufgehen zu lassen, führte unter dem Druck der deutschen Dynamik zu dem entgegengesetzten Erfolg, der Mission Burckhardts, eine kriegerische Entwicklung zu verhindern und unter Duldung einer Anpassung der Danziger Verfassung an die Ordnung in Deutschland eine friedliche Rückgliederung Danzigs in das Reich vorzubereiten. Auch hier ist jeder Kommentar mit Bezug auf die Gegenwart überflüssig. Die Frage, ob nicht unter anderen Umständen eine dritte Alternative die Danziger Lösung doch zu einem Positivum in einer neuen politischen Entwicklung hätte machen können, ist schließlich weder mit Ja noch mit Nein zu beantworten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß angesichts der damaligen Übersteigerung des Nationalbewußtseins nicht nur im deutschen Volk, sondern in allen „Nachfolgestaaten" eine solche dritte Lösung von den willensmäßig stärkeren Tendenzen auf nationale Extremlösungen weggespült worden wäre. Theoretisch wäre

eine Entwicklung auf Grund des den Polen aus ihrer Zeit der nationalen Unselbständigkeit teuren und idealisierten Prinzips der freien Verbindung der Völker rationaler gewesen, als es die politischen Konzepte einer „Marianischen Union" oder eines „Cordon sanitaire" waren. Daß es sich vordergründig bei der Mission Burckhardts um die Gleichschaltung und Anpassung Danzigs an die politische Ordnung im Reich handelte, das heißt um die Preisgabe der demokratischen Verfassung Danzigs unter Duldung des Völkerbundes, der statutenmäßig ihr Garant war und die aufrechtzuerhalten ich 1934 anläßlich der Beilegung eines Danziger Zwischenfalles dem damaligen britischen Minister für Völkerbundfragen, Anthony Eden, in die Hand geloben mußte —, dürfte nicht ohne Interesse für die Gegenwart sein, in der an die Stelle oder in Steigerung nationaler Konflikte die großen Gegensätze der politischen und sozialen Ordnung und der ihnen zu Grunde liegenden Ideologien getreten sind. Damit wären wir bei der Gegenwart und dem Problem einer Freien Stadt Westberlin angelangt.

2.

Das Vorhaben, Westberlin zu einer Freien Stadt zu erklären, sieht sich Schwierigkeiten gegenüber, die weit die der Freien Stadt Danzig übersteigen. Schon die territorialen und wirtschaftlichen Bedingungen lassen sich kaum noch mit einander vergleichen. Danzig war, wenn auch ein Miniaturstaat, so doch ein lebensfähiges Gemeinwesen mit drei Landkreisen, von denen zwei zu den fruchtbarsten und intensivst bewirtschafteten Landwirtschaftsbezirken Deutschlands gehörten. Danzig war Hafenstadt, hatte freien Zugang zum Meer und damit ungehinderte Verbindung zur übrigen Welt. Es stand in territorialem Zusammenhang nicht nur mit Polen, sondern auch mit dem deutschen Ostpreußen. Danzig hatte eine jahrhundertealte Tradition als ein autonomes Gemeinwesen. Westberlin hingegen wäre ohne Hinterland, ein reines städtisches Gemeinwesen, das, willkürlich aus einer organisch gewachsenen städtischen Einheit herausgelöst, auf sich selbst angewiesen, lebensunfähig wäre. Es wäre völlig von jeder unmittelbaren Verbindung zu anderen Ländern abgeriegelt, von dem Staat umschlossen, der es als die unentbehrliche, ihm vorenthaltene andere Hälfte des eigenen Anteils an der geteilten Stadt begehrt. Westberlin wäre nur Protektion, durch ständige Zuwendungen am Leben zu halten. Danzig war immerhin eine Art organisches Ganzes; Westberlin wäre ein künstlich am Scheinleben erhaltenes amputiertes Glied. Berlin verfügt über keine autonomen Verbindungen zur Außenwelt. Nur politische Verträge und Garantien können seine Verbindungen mit anderen Ländern aufrechterhalten. Hält man sich an die Andeutungen, die die New York Times über ein mögliches Statut als Freie Stadt machten, so soll Westberlin ein internationalisiertes neutrales Gemeinwesen werden, das heißt nicht eine Freie Stadt innerhalb der deutschen Staatsgebiete, sondern ein souveränes Gebilde, das aus dem staatsrechtlichen Verband mit dem deutschen Staatswesen herausgelöst werden soll und unter Garantie der Siegermächte dem Schutz und der Aufsicht durch die United Nations unterstellt würde, unterstützt durch die Verlegung des Sitzes einiger Gliederungen der UNO. Damit würde Berlin der Charakter als ehemalige Hauptstadt Deutschlands mit der Aussicht, es eines Tages wieder werden zu können, endgültig aberkannt werden; als internationalisierte Stadt würde es aufhören, eine deutsche Stadt mit einer Funktion in und für Deutschland zu sein. Es würde zu einem Fremdkörper innerhalb des deutschen Gebietes. Die Institutionen der UNO und internationale Interessen würden dem Leben das Gepräge geben und das eigenständige wirtschaftliche und kulturelle Leben des Stadtteiles, das ohnehin durch die künstliche Abschnürung erlahmen mußte, verdrängen. Damit würde der Gegensatz zu Ostberlin verschärft werden, das als Hauptstadt der

Deutschen Demokratischen Republik allgemein anerkannt werden würde. Man könnte von der Bildung einer Art Shanghai inmitten einer deutschen Reststadt und des deutschen Raumes sprechen.

Mit der Erklärung Westberlins zur Freien Stadt wird eine Dreiteilung Deutschlands ein Definitivum. Der Plan ist überhaupt nur verständlich aus der Absicht, die bereits de facto bestehende Teilung Deutschlands in zwei Staatswesen durch die Beseitigung eines Störungsfaktors — Westberlin — zu stabilisieren. Eine Freie Stadt Westberlin hätte nur einen Sinn, wenn sie einer endgültigen Teilung Deutschlands in zwei Staaten das Siegel aufdrückt, die in keinerlei engeren Beziehungen zueinander stehen sollen als mit anderen Staaten. Eine solche Regelung käme dem Unionsverbot Deutschlands und Deutsch-Österreichs durch den Versailler Frieden gleich. Sie wäre ein Verbot der Wiedervereinigung. Damit wird auch die Chance beseitigt, die die de facto bestehenden zwei Staatswesen hatten, eine Einheit im Rahmen einer Konföderation selbst zu erarbeiten, wie es noch der sowjetische Friedensvorschlag von 1958 vorsah. Die Erklärung Westberlins zu einer internationalen Freien Stadt würde einer solchen Entwicklung einen Riegel vorschieben. Damit ergibt sich eine politische Grundsituation, die wesentlich ungünstiger als die der Freien Stadt Danzig wäre und mit Sicherheit neue schwere Krisen herausbeschwören würde; denn nicht nur wäre die Freie Stadt Westberlin kein lebensfähiges Gemeinwesen, das auch nicht nur die erwogene Verlegung von Gliederungen der UNO wird am Leben erhalten können, es werden sich auch die beiden Staaten nicht mit der Regelung abfinden und abfinden können. Es werden sich somit wie um Danzig zwei entgegengesetzte politische Impulse entwickeln; die DDR kann gar nicht anders, als die Einheit Berlins und das vereinte Berlin als eigene Hauptstadt wiederherstellen zu wollen. Die DBR dagegen wird trotz ihrer Bindung an ein übernationales Westeuropa nicht umhin können, sich einer solchen Entwicklung entgegenzustellen, auch wenn Westberlin nicht zu ihr gehörte. Die latente Bürgerkriegssituation wird damit akut. Die Existenz eines neutralen Westberlins, das zwar legale Wiedervereinigungsbestrebungen abriegelt, würde illegale und gewaltsame Integrationsversuche von beiden Seiten provozieren und zum offenen Ausbruch des Konfliktes führen, der durch die Anwesenheit von Elementen der UNO nicht verhindert werden könnte, so wenig die Anwesenheit eines Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig das Bombardement der Westerplatte durch deutsche Kreuzer 1939 verhinderte.

Die Erhebung Westberlins zu einer Freien Stadt wäre die Frucht eines Kompromisses, wie er die Ursache der Freien Stadt Danzig war. Aber ein wesentlicher Unterschied besteht und macht die beabsichtigte Lösung zu einem noch erheblich unglücklicheren Ausweg als im Falle Danzigs. Die Gründung Danzigs als Freie Stadt war ein Kompromiß der Interessen Deutschlands und Polens an Danzig. Eine Freie Stadt Berlin wäre ein Kompromiß der beiden Großmachtblöcke, bei dem auf wesentliche Interessen der Deutschen, und zwar in beiden Teilstaaten, keine Rücksicht genommen ist. Das kompliziert die Lage und beschwört unter Umständen Entwicklungen herauf, die noch gar nicht abzusehen sind. Man wird einer solchen Lösung mit größerem Recht die Kritik angedeihen lassen müssen, die Professor Burckhardt und der ehemalige polnische Außenminister Beck Danzig gegenüber äußerten, nämlich den Verdacht, die Gründung sei in der „versteckten Absicht" (Burckhardt) und „einzig mit dem Zweck geschaffen" (Beck), um „auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich ... unmöglich zu machen" (Burckhardt) und „den Ursprung beständiger Konflikte ... zu bilden" (Beck). Jedenfalls würde auf eine Freie Stadt Westberlin das Urteil Burckhardts noch mehr als auf Danzig passen, „eines der kompliziertesten Gebilde" zu sein, das diesmal jedoch nicht dem

theoretischen Denken improvisierender Völkerrechtler, sondern ratloser Politiker entsprungen wäre und zweifellos die „bizarrste" Schöpfung sein würde, auf die jemals Politiker verfallen sind.

Es erheben sich Fragen, die gestellt werden müssen, nicht um Vorwürfe zu erheben und anzuklagen, sondern um Klarheit zu gewinnen. In welcher Absicht würde eine solche „bizarre" Regelung zu verwirklichen versucht werden, wenn und sofern sie tatsächlich ernsthaft ins Auge gefaßt sein sollte? Muß man nicht wie in Danzig zwischen einer öffentlich erklärten Absicht und einer „versteckten", geheimen eigentlichen unterscheiden? Der öffentlich erklärte Zweck wäre der mit soviel großen Worten verkündete Schutz der politischen und sozialen Ordnung der Westberliner Bevölkerung in ihrer bisherigen freien, liberalen Lebensweise, die Wahrung der Rechte der bisherigen Besatzungsmächte in der Stadt und die Sicherung des freien Zuganges für die Besatzungsmächte und die Bevölkerung. Was aber wäre die realpolitische Absicht? Täte man den Planern einer solchen Regelung unrecht mit der Annahme, daß sie als Übergangslösung im Sinne eines schließlich nicht zu verhindernden Anfalles Westberlins an die DDR gedacht ist, die in der Absicht in Kauf genommen wird, daß damit eine reinliche Scheidung der zwei deutschen Staaten als der Rahmen eines Friedensschlusses gesteckt werden könnte? Und wenn solche geheime Absicht nicht bestünde, würde nicht die Entwicklung unweigerlich zu einer solchen Endlösung führen? In Danzig kam es in seiner rund zwanzigjährigen Existenz als Freie Stadt zu keiner namhaften Abwanderung. In Westberlin setzt jetzt bereits das ein, was man im neuen Deutschland „sich absetzen" nennt. Falls es zu einer Regelung als Freie Stadt käme, wird man mit einer großen Abwanderung rechnen müssen und wird sie nicht verhindern können, da man bei Änderungen der Staatszugehörigkeit bisher wenigstens immer der Bevölkerung das Recht der Option für den alten Staat zuerkannt hatte und es auch in diesem Falle nicht wird verweigern können. Würde nicht durch eine Massenabwanderung aus Westberlin die ganze Regelung als Freie Stadt ein Schlag ins Wasser sein und allmählich sinnlos werden und mangels Substanz schließlich liquidiert werden müssen? Schon vor längerer Zeit sind in USA kritische Stimmen laut geworden, die das Schicksal Westberlins als isoliertes Gemeinwesen, in welcher Gestalt auch immer, für besiegelt hielten. Heißt somit, auf eine Lösung der Berliner Krise durch die Garantie Westberlins als Freie Stadt trotz solcher Bedenken eingehen wollen, nicht schließlich nur, dies um des „face savings" willen zu tun, wobei der Westen für jeden halbwegs Einsichtigen sein Gesicht trotzdem nicht gerettet haben würde? Und wäre eine solche Regelung, die ein allmähliches Absterben des Gemeinwesens zur Folge hätte, für die betroffene Bevölkerung realiter nicht eine sehr viel härtere als eine offene Preisgabe Berlins unter Sicherung des freien Abzuges und der von den deutschen Teilstaaten nicht zu refüsierenden Aufnahme in den Staat, für den der einzelne optiert?

Kein Politiker oder gar Staatsmann, der diesen Namen zu Recht trägt, kann sich der Erkenntnis verschließen, daß eine Lösung Freie Stadt Westberlin keine Dauerlösung sei. Er kann sich nicht darüber täuschen, daß es eine dauerhafte isolierte Lösung der Berliner Frage nicht geben könne, daß eine solche Trug und Täuschung sei. Es gibt nur eine isolierte Lösung des Problems Berlin, das heißt, ohne zugleich an das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands, wenn auch im beschränktesten Rahmen, heranzutreten. Das ist die Preisgabe Westberlins durch die Westmächte, und man wundert sich, warum es noch nicht zu dem Vorschlag eines smarten amerikanischen Gehirns gekommen ist, statt eine unhaltbare Freie Stadt Westberlin inmitten der DDR gründen zu wollen, Westberlin einfach in das Gebiet der Bundesrepublik zu verpflanzen, die ganze Bevölkerung von 2,5 Millionen

mit allen Industrie- und Handelsunternehmungen aufzupacken und nach dem Westen zu verfrachten, der DDR die leere Stadt überlassend, um dafür vielleicht eine Grenzkorrektur einzuhandeln, ein Stück Thüringen etwa, und dort so etwas wie das freie „Neu-Berlin" zu gründen! Eine solche Lösung entspräche dem Charakter der gegenwärtigen Epoche gewaltsamen Bevölkerungsaustausches. Es wäre logistisch ein Kinderspiel für die moderne Technik der Massenorganisation. Die Härten für die Betroffenen ließen sich nicht mit dem Schicksal der annähernd zehn Millionen Ostdeutscher und weiteren Millionen „Binnenwanderer" vergleichen. Warum scheuen sich die Peacemakers unserer Zeit, die sich anschicken, solche radikalen Entscheidungen zu treffen, wie es die willkürliche Aufteilung einer alten Nation ist, vor einer radikalen Maßnahme, die wenigstens den Vorzug der Folgerichtigkeit hätte, auf die Politik Roosevelt/Churchills den Schlußpunkt setzte, reinen Tisch machte, eine klare Entscheidung bewerkstelligte und den Großmachtblöcken den „Knochen aus dem Rachen" schaffte, der mit Westberlin gewiß nicht nur der Sowjetunion unbequem ist, sondern auch die Westmächte am Atmen behindert?

Es ist nicht schwierig einzusehen, daß es eine isolierte Lösung des Berliner Problems, auch nur als vorläufig gedacht, nicht geben kann, und warum das so ist. Isoliert, das heißt aus dem Zusammenhang aller Probleme eines deutschen Friedensschlusses und der Frage der Einheit Deutschlands herausgelöst. Das Berlin-Problem ist zum kritischen Problem durch die Besatzungs-, Teilungs- und Bundespolitik der Siegermächte geworden. Sie von Grund auf zu revidieren, ist die Voraussetzung einer dauerhaften Lösung des Berlin-Problems, nicht aber an der Folge, an den Symptomen herumzudoktern. Daher rollte die Initiative Sowjetrußlands 1958 die Frage eines deutschen Friedens auf, bot einen eigenen Friedensentwurf an und beschränkte sich nicht nur auf die Forderung einer Änderung des Status von Berlin. Eine solche Änderung wurde vielmehr wohlüberlegt im Zusammenhang eines allgemeinen Friedensschlusses über und mit Deutschland gefordert, weil eine Fortdauer des bisherigen Zustandes in Berlin in keinen Friedensvertrag als ein sinnvolles Element zu integrieren gewesen wäre. Diesem Friedensvorschlag der Sowjets, der immerhin das Verdienst hatte, eine Gesamtregelung des deutschen Fragenkomplexes anzubieten, haben die Westmächte in drei Jahren keinen eigenen Vorschlag entgegengesetzt, sondern sich lediglich auf pauschale Ablehnung und Wiederholungen ihres Konzepts einer „Wiedervereinigung in Freiheit" durch Gesamtwahlen beschränkt, dessen Unannehmbarkeit für die Sowjets aus politischer Selbsterhaltung schon dem politischen Verständnis elfjähriger Jungen zugänglich ist. Man hat deshalb im Westen einschließlich der deutschen Bundesrepublik das Schlimmste getan, was man in der Politik tun kann, nämlich die Dinge treiben und die Sache an sich herankommen lassen, bis daraus eine gefährliche Krise und die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit eines Krieges erwuchs. In die Berliner Krise ist die Welt nicht durch die Initiative der Sowjets von 1958 geraten, wie die westliche Propaganda hartnäckig behauptet, sondern durch die Weigerung der Westmächte, dem Berliner Problem auf den Grund, nämlich auf eine definitive Entscheidung über Deutschland, zu gehen.

Zweifellos wäre eine Lösung des deutschen Gesamtproblems auch die definitive Teilung Deutschlands in zwei getrennte, souveräne Staaten. Wollen die Siegermächte eine solche Lösung, ist es sie, auf die sie sich einigen können, wohlan, sie können es wollen, niemand wird sie daran hindern können, es durchzuführen, nicht das deutsche Volk und am allerwenigsten die deutsche Bundesrepublik, deren Kanzler Konrad Adenauer mit einer solchen Entscheidung

das Odium einer für Deutschland unheilvollen und gescheiterten Politik und die Verantwortung für ihre Folgen erspart bleiben würde, wobei die Schuld auf das Konto der intransigenten Sowjets geschrieben werden könnte. Eine solche Entscheidung erlaubte ihm, das deutsche Bundesvolk abermals auf eine bessere Zukunft vertrösten zu können, die bei eisernem Festhalten an der bisherigen Rüstungs- und Bündnispolitik schließlich und endlich doch noch die erforderliche „Position der Stärke" erringen würde, aus der man dann mit den Russen würde Fraktur reden können. Aber wenn die Mächte sich zu einer solchen Lösung entschließen, dann sollten sie sie folgerichtig durchführen. Dann sollten sie sich nicht mit Scheinlösungen abgeben. Denn die unerbittliche Konsequenz der Aufteilung Deutschlands in zwei souveräne Staaten ist die Zuerkennung Ganz-Berlins an die Deutsche Demokratische Republik. Dann bedarf es keiner Freien Stadt Berlin; dann wäre eine solche nur ein politisches Verkehrshindernis; sie wäre eine leichtfertige Belastung der Entwicklung; sie wäre eine fruchtlose und kostspielige Irreführung der öffentlichen Meinung und eine unnötige Härte für die davon betroffene Bevölkerung, der mehr mit einem Ende der Illusion im Schrecken als mit einem Schrecken ohne Ende gedient wäre. Dann sollte man im Westen den Mut haben, die Preisgabe Westberlins als notwendige Folge eines deutschen Friedensschlusses zu erklären, die sie in der Tat wäre, wenn die endgültige und dauernde Teilung Deutschlands das Gerippe eines Friedensschlusses über das ehemalige Deutschland und mit den deutschen „Nachfolgestaaten" ist. Damit wäre immerhin eine klare Situation geschaffen, die, so bitter sie für die betroffenen Deutschen sein möge, für alle Beteiligten heilsamer wäre als das vertrackte claire-obscure, in dem sich die derzeitige Politik der Westmächte vollzieht. Ob sich auf die Dauer die Deutschen mit einer solchen Lösung abfinden können und werden, steht auf einem anderen Brett. Fürs erste wäre eine Atempause erzielt. Mit der reinlichen Scheidung der zwei deutschen Staaten wäre die Vergangenheit liquidiert und eine neue politische Kausalreihe begonnen, für die die Diktatmächte die alleinige Verantwortung trügen, wenn und sofern sie sich nicht dazu entschließen sollten, statt Gesamtwahlen für ein gesamtdeutsches Parlament immerhin wenigstens eine deutsche Abstimmung über die Frage der Wiedervereinigung oder der Aufteilung Deutschlands anzuordnen, deren Ausgang bei dem allseitig verwurzelten Konformismus der Deutschen nicht fraglich wäre und die Siegermächte ihrer alleinigen Verantwortung enthöbe, ähnlich wie dies bereits mit der deutschen Aufrüstung durch die Pariser Verträge in der Bundesrepublik gelungen ist.

3.

Gibt es überhaupt noch eine andere Lösung des deutschen Problems als durch eine radikale Teilung? Ist eine solche nicht schon durch die Existenz der zwei deutschen Staatswesen, die schwer wieder rückgängig zu machen ist, präjudiziert? Wenn an die Wiederherstellung der deutschen Einheit Bedingungen geknüpft werden, die die Beseitigung des einen deutschen Staatswesens zu Gunsten des anderen zur Folge hätten und das militärische Potential des einen Weltblocks auf Kosten des anderen verstärken würden, dann ist allerdings eine andere Lösung als durch Teilung Deutschlands keine realpolitische Alternative mehr. Es erübrigt sich jedes weitere Wort darüber, daß mit der Konzeption, mit der die Westmächte und die deutsche Bundesrepublik die Wiedervereinigung bisher zu erreichen suchten, dies jedenfalls nicht gelingen kann. Die Erkenntnis dieses Faktors und seiner Gründe ist sogar schon bis in amerikanische Provinzblätter durchgesickert, wenn auch noch nicht in die führende Presse der Bundesrepublik. Aber daß die Existenz der zwei deutschen Staatswesen allein noch nicht eine Wieder-

vereinigung ausschließt, das zeigt der Friedensentwurf der Sowjets von 1958 mit seinem Vorschlag einer Konföderation der beiden deutschen Staatswesen, mit der Chance, den Rahmen einer begrenzten Vereinigung kraft eigener Bemühungen mit Fleisch und Blut zu füllen und allmählich zu erweitern. Dieser Vorschlag ist nicht die einzige denkbare Lösung einer bedingten und allmählichen Wiedervereinigung unter Respektierung der doppelten Staatlichkeit und der Verschiedenartigkeit der politischen und sozialen Ordnungssysteme, die auch einer organischen Lösung des Berliner Problems eine Basis geben würde, ohne daß es zu der „bizarren" Lösung einer Dreiteilung Deutschlands und einer Internationalisierung Westberlins kommen müßte. Aber der Vorschlag der Sowjets hat die Meriten, darauf hingewiesen zu haben, daß es auch jetzt noch eine Alternative zur totalen Teilung gibt. Richtig durchverhandelt, gewährt er den Ansatz auch zu einer integralen Lösung des Berliner Problems, indem der Stadt eine besondere vermittelnde Funktion als Hauptstadt der Konföderation mit dem Status einer gesamtdeutschen, nicht internationalisierten Freien Stadt zugeteilt würde, wie es etwa der Führer der Demokraten im amerikanischen Senat, Senator Mansfield, angeregt hatte.

Meines Wissens ist der sowjetische Vorschlag von 1958 noch nicht zurückgezogen worden oder als verjährt zu betrachten, wie der Friedensvorschlag von März 1952, der von der deutschen Bundesrepublik durch den Mund des Herrn Adenauer mit der Begründung abgelehnt worden war, daß der Westen so stark werden müsse, daß er mit der Sowjetunion zu einem „vernünftigen Gespräch" kommen könne. Damals zielten die sowjetischen Vorschläge noch auf einen „einheitlichen Staat" statt auf eine Konföderation. Er war möglich, weil der Bundesrepublik damals noch nicht die Besatzungszone der Sowjets als ein zweiter institutionell durchgeprägter deutscher Staat gegenüber stand und die Westmächte eine Gegenleistung hätten anbieten können, die in der sowjetischen Politik zu Buch geschlagen hätte. Denn die Bedingung, die die Sowjets damals wie für die bedingte Wiedervereinigung 1958 stellten, war die Entlassung der deutschen Teilgebiete aus den beiderseitigen Militärallianzen und die Forderung einer militärischen Neutralität für das vereinte Deutschland. Der Westen hat, wie bekannt, die Vorschläge von 1952 nicht der Verhandlung für wert erachtet; er hat auf den sowjetischen Friedensentwurf von 1958 während drei Jahren nicht mit einem Gegenvorschlag geantwortet. Aber die bisherige strikte Ablehnung durch die Westmächte ist nicht länger so unbedingt, wie sie es vor neun Jahren war. Das Herauszögern einer definitiven Antwort in der entscheidenden Hauptsache und das fruchtlose Herummäkeln an vergleichsweise untergeordneten Problemen läßt vielmehr erkennen, daß sich in den Hinterstuben der politischen Willensbildung der schwierige Prozeß einer Anpassung an die fundamental veränderte machtpolitische Lage vollzieht. Vor neun Jahren stand der Westen im Anfang der Wandlung seiner Politik der Eingrenzung der Sowjets zu einer Politik der Rückdrängung ihres Machtbereiches und somit in der Maienblüte hochgemuter Hoffnungen auf einen durchschlagenden Erfolg. Diese Politik ist als gescheitert anzusehen, und es kann kaum mit einem besseren Erfolg durch eine zweite Welle der Aufrüstung gerechnet werden, die von einigen Interessentengruppen empfohlen wird. Aber die bisherige Ablehnung einer militärischen Neutralisierung Deutschlands als Grundvoraussetzung der Wiedervereinigung durch die Westmächte hatte ihre Ursache nicht allein in der Unentbehrlichkeit des deutschen Partners als eines der stärksten Faktoren des militärischen Verteidigungssystems des Westens und in dem Einspruch der Bundesrepublik, die sich nicht des Schutzes der Westmächte begeben wollte um einer problematischen Wiedervereinigung willen, — Gründe, denen man ein Gewicht nicht wird abspre-

chen können, auch wenn man sie im Hinblick auf die Gefahr, die ein gespaltenes Deutschland für den Frieden bedeutet, nicht für triftig hält. Die Westmächte glauben vielmehr, sich der Kontrolle über die Bundesrepublik nicht entäußern zu sollen, die sie durch die westeuropäischen und atlantischen Bündnissysteme ausüben; Bedenken gegen ein frei gesetztes, sich selbst überlassenes Deutschland, das etwa seine Lage zwischen den Weltmachtblöcken durch eine Schaukelpolitik ausnützen könnte, verbinden sich mit einer verbreiteten, im Untergrund weiter schwärenden, wenn auch von offiziellen Persönlichkeiten aus guten Gründen der politischen Psychologie nur selten öffentlich geäußerten Abneigung gegen ein wiedervereintes Deutschland mit seinem wirtschaftlichen und militärischen Potential. Vielfach wird in der Teilung Deutschlands das einzige aus dem Bankrott des Sieges noch übrig gebliebene positive Fazit des Zweiten Weltkrieges gesehen, das unter allen Umständen zu konservieren sei. Ein Beispiel: Ende August dieses Jahres hatte das ehemalige Team für psychologische Kriegführung gegen Deutschland in Eisenhowers Stab, die Herren Shirer, der Verfasser des umfangreichen Werkes über den Nationalsozialismus, Herr Kay Boyle und der Labour M. P. Richard Crossman, der einst „Plato für heute" — Plato today — bemühte als einen Kronzeugen für eine Art intellektuellen Faschismus — dieses psychologisch kriegführende Triumvirat hatte in einem NBC-Tv-Gespräch seiner Besorgnis über ein starkes Deutschland Ausdruck gegeben und mit großem Nachdruck die Furcht bekannt, daß eine deutsche Wiedervereinigung eine schreckliche Gefahr für die Welt bedeute.

Selten ist wohl von intelligenten Leuten, die es besser wissen müßten, mit ähnlicher Selbstsicherheit ein vor aller Welt offen daliegender Tatbestand auf den Kopf gestellt worden. Denn es ist umgekehrt gerade die Teilung Deutschlands, es ist die Einbeziehung der Teile in die machtpolitischen und militärischen Kampfsysteme der Großmächte, es ist die Verwendung Deutschlands als Aufmarschgebiet und Ausfallbastion des Kalten Krieges und des deutschen Volkes als Machtelement, es ist die erst dadurch entstandene Bürgerkriegssituation, was „eine schreckliche Gefahr für die Welt" bedeutet und solange bleiben wird, als die Spaltung besteht. Es ist die Aufteilung und die aus ihr entstandene Aufspaltung Berlins, die zu einer nahezu unlösbaren Lage und die Welt an den Rand eines dritten Weltkrieges geführt hat. Nicht in einem geeinten und selbständigen Deutschland haben militärisches und machtpolitisches Denken ihre selige Auferstehung aus dem Nullpunkt der totalen Niederlage der alten Macht- und Militärpolitik erfahren. Es ist das geteilte Deutschland, das im Schutz und Schatten eines amerikanischen „brands" von Militarismus zu seinem eigenen angestammten militärischen Denken zurückfindet. In der Schule der amerikanischen „Politik der Stärke" und der „Rückdrängung" im ständigen Risiko eines Krieges hat ein so primitiver Kopf wie der Bundeskanzler Adenauer seine primitive Politik mit all ihren Illusionen und falschen Hoffnungen für das deutsche Volk konzipiert, erst einmal wieder die stärkste Macht auf dem Kontinent zu werden, um mit Hilfe der Verbündeten alles Verlorene wieder zurückzugewinnen, mit friedlichen Mitteln selbstverständlich, aber immerhin die ultima ratio des Krieges in Rechnung stellend. Was wäre denn mehr zu fürchten als der außenpolitische Primitivismus Adenauers und die „Kadettenlogik" des bundesdeutschen Militärs mit Herrn Franz Joseph Strauss an der Spitze, den führenden Persönlichkeiten eines geteilten Deutschlands, das, im Bewußtsein, „diesmal auf der richtigen Seite zu stehen", das heißt auf der Seite der stärkeren Bataillone, seine Bundesgenossen eines schönen Tages in eine Situation hineinbugsieren könnte, aus der es nur den Ausweg eines Krieges geben wird. Die Teilung, nicht die Einheit Deutschlands, das geteilte, militarisierte, nicht das ge-

einte, militärisch neutralisierte Deutschland ist zu fürchten. Die zur stärksten Militärmacht des Kontinentes aufsteigende Teilmacht „Bundesrepublik" hätte Gegenstand der Sorge jenes psychologischen teams sein sollen, nicht aber ein geeintes militärisch neutralisiertes Deutschland, in dem mit einer, wenn die Menschheit überleben will, unabwendbar notwendigen universalen Rüstungsbeschränkung und -kontrolle und dem Verbot von A-, B- und C-Waffen ein Anfang gemacht werden würde. Daß damit das deutsche Volk für eine Zeit durch eine Phase der militärischen Schutzlosigkeit gehen und eine Ausnahmeregelung auf sich nehmen müßte, ist klar. Daß es vor die fast unmögliche Aufgabe gestellt würde, die einander ausschließenden gegensätzlichen politischen und sozialen Ordnungen, die gegenwärtig die Welt in zwei feindliche Lager aufgespaltet haben, in einem gemeinsamen Gemeinwesen nicht nur zum Nebeneinanderleben, sondern auch zur Zusammenarbeit zu bringen, ist eine schwere Belastung der deutschen Zukunft. Aber das deutsche Volk kann und wird sich der gestellten Aufgabe in dem Bewußtsein widmen, damit der entscheidenden Zukunftsaufgabe der Menschheit vorzuarbeiten, die eine Lösung finden muß. Vor ihr, ohne sie zu versuchen, mit dem Argument zurückzuschrecken, daß damit das liberale Deutschland rettungslos der Bolschewisierung anheimfallen würde, wie bisher in der Bundesrepublik argumentiert wurde, ist ein Armutszeugnis der Werbe- und Widerstandskraft des Westens, der damit zu verstehen gäbe, daß seine ways of life nur noch im Abschluß vor jeder Berührung mit der gegnerischen Ordnung unter dem Schutz militärischer Übermacht fortbestehen können. Der Westen wäre dann nicht mehr die „offene Ordnung" im Gegensatz zur „geschlossenen" des Ostens, und der viel bewegte „Eiserne Vorhang" läge nunmehr auch im Interesse der geschlossenen westlichen Welt in einem geschützten Reservat.

Eine Zwischenbemerkung zu dem Wort und Begriff neutral. Wie Faust vor dem Wort „Mütter", erschauert der Westen einschließlich der Bundesrepublik noch immer vor dem Wort neutral als der eigentlichen Todsünde. Aber mehr und mehr zwingt die politische Realität der Welt die Erkenntnis auf, daß Neutralität ein unentbehrliches Element des Friedens und keineswegs Flucht vor Entscheidung, Bekenntnis und Krieg sei. Walter Lippmann hat vor einiger Zeit Neutralität als Aushilfsmittel für Friedensregelungen in Asien, aber noch nicht für Zentraleuropa akzeptiert. Schlagworte vernebeln noch immer das Denken auch scharfsinniger Politiker. Sie sollten sich von einer „task force", ähnlich der, die der amerikanische Präsident für das Berliner Problem bestellt hat, über die unentbehrliche Funktion der Neutralität unterweisen lassen. Es ist wirklich an der Zeit, Neutralität nicht ausschließlich als politischen Kinderschrecken, als den Buhmann zu behandeln oder solche Unterscheidung anzustellen, wie sie vor kurzem ein so intelligenter amerikanischer Kolumnist wie Mr. Sulzberger versucht hat: Neutral sei im alten braven Sinne eben neutral, neutralistisch aber sei neutral mit Neigung für den Osten. Was wäre nun ein neutral mit Anlehnung an den Westen? Ist das die eigentliche und allein vertretbare „neutrale Neutralität"? Was wäre ein internationalisiertes Westberlin? Neutral, neutralistisch oder neutral mit einer Neigung für den Westen, eine Nuance, für die die es noch keinen sprachlichen Ausdruck gibt? Warum ist ein neutrales Westberlin akzeptabel? Aber von einem neutralen Deutschland zu sprechen, ist neutralistisch, weil es der Beweis kommunistischer Gesinnung ist? Ich überlasse die Antwort auf diese Preisfrage Herrn Sulzberger. Ich weiß mir keinen Rat mehr. Ich wage keinen Rat mehr, seit mir vor mehr als zehn Jahren ein Essay über Neutralität als Friedenselement wegen seiner Unzulänglichkeit weder in der englischen noch in der deut-

schen Fassung von einem Verleger abgenommen wurde. (Antwort eines sehr bekannten deutschen Verlegers: „Ich werde mich doch nicht mit einem Buch über Neutralismus belasten.")

Ich ziehe die Schlußfolgerungen aus den Überlegungen, die uns von der unseligen Gründung und dem tragischen Ende der Freien Stadt Danzig über die etwa bestehende Absicht einer isolierten Lösung in Gestalt einer Freien Stadt Westberlin bis hierher geführt haben. Die um Berlin entstandene Krise ist nicht durch die Herauslösung Westberlins aus ihrem Zusammenhang mit Ostberlin und mit der unterhalb seiner politischen Teilungen immer noch lebendigen deutschen Lebenseinheit zu beseitigen. Der 13. August dieses Jahres ist eine Episode, nicht der Markstein einer neuen Epoche. Die Politiker, die dieses Datum als einen solchen ausposaunten, haben die richtige Perspektive für die wirkliche Größe der sich unter unseren Augen vollziehenden Änderungen eingebüßt. Mauern können noch schneller beseitigt als aufgebaut werden. Überwunden kann die Krise im zentraleuropäischen Raum nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit, wenn auch in einer durch die politische Realität bedingten Weise, die Deutschland militärisch neutralisiert, kontrolliert und die „furchtbare Gefahr für die Welt", die infolge der Restauration militärischen Denkens und Politisierens in der Bundesrepublik möglich werden könnte, beseitigt.

Hier, wo es darauf ankam, eine letzte Warnung vor einem unmöglichen und im voraus zu neuen Komplikationen und Krisen führenden Lösungsversuch auf Grund eigener praktischer politischer Erfahrungen an ähnlichem Objekt auszusprechen, muß damit das Gespräch abgebrochen werden, ohne die sich aufdrängende Frage nach einer möglichen Alternative, das heißt nach dem, was nicht mehr und was noch möglich wäre, zu beantworten. Ich sehe dazu um so weniger Anlaß, als ich seit Jahren in Wort und Schrift es nicht an Hinweisen zu solchen Fragen habe fehlen lassen, insbesondere in dem Anfang 1959 erschienenen Buch „Mut zu einer neuen Politik". Es ist von der großen Presse totgeschwiegen oder, wo es erwähnt wurde, mit ein paar dem Inhalt nicht gerecht werdenden Bemerkungen abgetan worden. Auch in den spärlichen Organen, die ähnliche kritische Gedanken vertreten, ist es nicht beachtet worden. Das bereits Gesagte immer noch einmal mit ein wenig anderen, der sich weiter entwickelnden Lage ein wenig besser angepaßten Worten zu wiederholen, erscheint mir Zeitvergeudung, solange nicht bisherige Gegner bereit sind, auch dem Gegner besser zuzuhören. Außerdem ist es müßig, große oder kleine Pläne zu entwerfen, mit denen sich manche politischen und unpolitischen Amateure ereifern, als wäre schon damit etwas getan. Nicht nur Gott ist im Detail, im Konkreten, wie ein kluger Christ bemerkte. Auch das politische Heil liegt im Konkreten, nicht im Abstrakten; im Einzelnen, nicht im Allgemeinen. Aber die kritische Betrachtung hätte doch noch einen Schritt weiter zu gehen, um das volle Verständnis für die Schwere der Entscheidungen zu gewinnen, die sich jetzt im Hintergrund in Vorbereitung künftiger Verhandlungen zwischen Westen und Osten vollziehen. Es ist notwendig, dies mit ein paar Bemerkungen in seiner Bedeutung wenigstens noch anzudeuten. Ist eine isolierte Lösung der Berliner Frage unmöglich, so ist doch auch eine isolierte Lösung des deutschen Fragenkomplexes nicht möglich. Ein Friedensschluß über Deutschland setzt einen Frieden oder wenigstens ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Gegnern im Kalten Kriege voraus. Ist die Zeit reif für einen solchen? Das ist die Kardinalfrage. Sie kann nicht durch subjektive

Meinungen — selbst besonders berufener task forces — wie es Präsident Kennedy mit Bezug auf das Berliner Problem anordnete — entschieden werden, denn auch ehemalige Außenminister können nur eine subjektive Beurteilung geben. Kein großherziger Glaube an den guten Willen oder gehässiger Zweifel an des Gegners geheime Absichten ist verläßlich. Auch nicht aus christlichem Glauben ist eine Entscheidung allein zu fällen, denn es ist uns zu drastisch vor Augen geführt, wie je nach dem, was für einen christlichen Politiker wir befragen, uns aus demselben Glauben ein allchristlicher Kreuzzug gegen den leibhaftigen Gottseibeiuns zur Pflicht gemacht oder ein christlicher Pazifismus angeraten wird. Hier hilft weder „Widerstand" noch „Ergebung". Die Möglichkeit eines Waffenstillstandes muß der praktischen Probe der Friedensbereitschaft der bisherigen Gegner standhalten. Nun trifft es sich, daß die Lösung des Berliner Problems zum test-case für eine mögliche Verständigung der beiden Weltmachtblöcke geworden ist. Da eine solche aber, wie wir gesehen haben, nur im Rahmen einer integralen Lösung der deutschen Probleme in einem Friedensvertrag möglich sein wird, so setzt das fundamentale Änderungen der bisherigen Politik beider Machtgruppen, ganz besonders aber der Westmächte mit Bezug auf Europa voraus, die nur denkbar sind, wenn es bereits zu einer Verständigung gekommen wäre. Die Mächte sehen sich somit in einen circulus vitiosus verwickelt, aus dem es schwer ist, einen Ausweg zu gewinnen. Es kommt hinzu, daß die Entlassung der Bundesrepublik aus dem Allianzsystem des Westens eine ungleich schwerere Machteinbuße für ihn wäre als die Entlassung der Volksrepublik aus dem Warschauer Pakt, abgesehen davon, daß die deutschen Truppen für die NATO unentbehrlich zur Aufrechterhaltung einer nur auf Defensive beschränkten Wehrmacht sind, die Sowjetmacht aber keinen Mangel an Mannschaft für Grundtruppen hat. Auch eine Rückverlegung der NATO-Truppen hinter den Rhein wird nicht durch einen Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der DDR aufgewogen. Um die für eine militärische Neutralisierung eines vereinigten Deutschlands notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, bedarf es daher bereits Abmachungen über Rüstungsbeschränkungen, über festzulegende Truppenstärken für jede Nation. Es wäre auch notwendig, außer Deutschland noch andere Staaten Zentraleuropas neutralisierenden und entmilitarisierenden Maßnahmen zu unterziehen, womit der polnische R a p a c k i - Plan zur Geltung kommen könnte. All das sind umwälzende Maßnahmen, die nur in schwieriger und zeitraubender Einzelarbeit konkretisiert werden können. Die Verfilzung der Probleme ist das eigentliche, das schwierigste Problem. Selbst wenn der Wille zu solchen Lösungen allseits vorhanden wäre, wo beginnt man den verwirrten und verfilzten Knäuel geduldig aufzudröseln? Wo ist der Fadenanfang? Was soll inzwischen mit den am empfindlichsten auf den Fingern brennenden Problemen geschehen: Berlin, Atombewaffnung oder nicht, das Verhältnis der DBR zur DDR. Sollen, können sie auf Eis gelegt werden?

Es wird somit zunächst darauf hinauslaufen, auf eine Probe der Zuverlässigkeit, der Vertragsfähigkeit, auf eine schlüssige Antwort auf die Frage nach den beiderseitigen langfristigen Zielen und kurzfristigen taktischen Zügen zu verzichten und den Sprung ins Dunkle zu wagen, der jede Verständigung, jeder Vertrag im Grunde ist. Es bleibt schließlich nur das W a g n i s d e s V e r t r a u e n s übrig, das, wie der Glaube, „auf dem Nichts steht". Wer sicher gehen will, wird zu Zeiten nie vom Fleck kommen. Damit werden jedoch die großen Entscheidungen der Gegenwart an subjektive Beurteilung zurückverwiesen. Was dabei herauskommen kann, erfahren wir zu unserer Enttäuschung über den Bericht des Ergebnisses einer amerikanischen Studiengruppe, die der Präsident eigens zur Klärung des Berliner Problems berufen hatte. Wenn der ehemalige Außenminister, der kluge

und geistvolle Dean Acheson, als Leiter dieser „task force" auf die Frage nach den Motiven der Sowjetunion für ihre Initiative in der Berliner Frage die Antwort gegeben haben soll: um Amerika zu demütigen, USA's Stellung in der Welt zu erschüttern, Bündnis- und Vertragsfähigkeit zu schädigen und die Alliierten auseinanderzumanövrieren, ohne die wirklichen und durch eine Reihe von Tatsachen zu erhärtenden Friedensabsichten der Sowjets in Rechnung zu stellen, so realisieren wir, wie weit wir noch von dem ersten Beginn eines Anfanges einer Verständigung sind. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn bereits Bestrebungen im Gange sind, eine weitere Runde des Rüstungswettlaufes zu starten, um den Gegner doch noch zu überrunden, wie etwa aus dem Schlußartikel einer Serie des bekannten Magazins „Life" hervorgeht.

Die Aussichten für ein baldiges Ergebnis von Verhandlungen, zu denen es nun doch, trotz dem bisherigen Widerspruch des bei Abschluß dieses Artikels mit Präsident Kennedy verhandelnden deutschen Bundeskanzlers kommen wird, sind somit kaum optimistisch zu beurteilen. Was aber zu erhoffen bleibt, ist, daß es wenigstens nicht zu Regelungen komme, die sich später statt als Hilfen als Hemmungen einer Verständigung erweisen würden und schwer wieder rückgängig zu machen wären, wie es unter anderem eine Freie Stadt Westberlin sein würde. Es ist in diesen Bemerkungen, die vor einem solchen wahrscheinlichen Lösungsversuch warnen wollten, nicht von hohen Idealen die Rede gewesen; es wurde nicht auf Recht und Gerechtigkeit gepocht, nicht an Vertragstreue appelliert, wie das in der deutschen Presse, und am allerbilligsten und dümmsten in den deutschen BILD-Massenblättern, zum Schaden der deutschen Sache geschehen ist. Es ist hier auch nicht Bezug genommen auf deutsche Lebensrechte. Vielmehr wurde allein an die Vernunft und das aufgeklärte Selbstinteresse der Siegermächte appelliert. Es liegt in ihrem Interesse, nicht nur im deutschen, es ist nicht eine Forderung des wieder auflebenden deutschen Nationalismus, es ist eine Bedingung für einen dauerhaften Frieden, daß das Berlinproblem im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit gelöst werde.

Alfons Vogel

Wohlstand für alle? — unter Atomgeschützen niemals

„So wie sich der Wirtschaftspolitiker dem Leben des demokratischen Staates verpflichtet fühlen muß, hat umgekehrt auch der Politiker die überragende Bedeutung des wirtschaftlichen Seins der Völker anzuerkennen und dementsprechend zu handeln." (Ludwig Erhard, „Wohlstand für alle")

Diesem unstreitig beherzigenswerten Postulat aus dem wirtschaftspolitischen Brevier des alten und des neuen Bundesministers für Wirtschaft und Vize-Kanzlers (sowie immer noch potentiellen Kanzler-Nachfolgers) wäre nichts hinzuzufügen, — es sei denn die Anregung, hieran die Wirklichkeiten und Perspektiven einer Bundespolitik zu messen, die nach Konrad Adenauers unverhohlenem Willen so weitergehen soll „wie bisher".

Indessen weht rundum in der Weltpolitik unverkennbar seit kurzem ein oft ganz anderer Wind als bisher. Wir erleben gegenwärtig, daß im politischen Glacis des Ost-West-Konfliktes — in den das deutsche Schicksal nun einmal engstens verstrickt ist — manche der großen Tabus von gestern heute Objekt recht ungenierter und unorthodoxer Erörterungen sind. Abseits der alten, ausgetretenen Straßen, auf denen kein Vorwärtskommen ist und die allenfalls ins atomare Nichts zu führen drohen, tasten die Großmächte sichtlich nach neuen Wegen, heraus aus dem Dschungel der internationalen Krise. Man sucht, im Weißen Haus und auch im Kreml, nach einer Formel der Vernunft in der Streitsache Deutschland und Berlin. Die Fronten wollen sich entkrampfen, bevor sich die akute Frage nach Krieg oder Frieden zum Äußersten zuspitzt. — Nur in Bonn macht man also „weiter wie bisher", machen nun die Christlichen und die Freien Demokraten weiter in unverändert Rhöndorfer „Kontinuität". Wenn daran etwas neu ist, dann wohl nur der Stil verbissener Eintracht zwischen den Partnern, begründet auf dem zweifelhaften „Geheimpapier" ihres Koalitionsvertrages. Marschrichtung des Kabinetts jedenfalls bleibt nach wie vor die gußeiserne Kanzlerpolitik des „alles oder nichts", der Waffen und Atomsprengköpfe. Ob freilich Politiker mit einem solchen Konzept, dessen Geist die Zeichen der Zeit einfach nicht begreift, fähig und überhaupt bereit sein dürften, in der praktischen Erfüllung ihres politischen Mandats jene „überragende Bedeutung des wirtschaftlichen Seins der Völker anzuerkennen und dementsprechend zu handeln", das ist schließlich die Frage.

Nicht der „Wohlstand für alle", noch bis zum 17. September dieses Wahljahres das fast selbstverständliche Nahziel unseres wirtschaftlichen Seins, ist heute das Thema Nummer eins der neuen Bundesregierung; die erklärten Vordringlichkeiten im Programm der Gesetzesvorlagen heißen vielmehr „Notstands- und Bundesleistungsgesetz", „Ausbau der technischen Nothilfe und des zivilen Luftschutzes" und schließlich pauschal „Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen". Diese „Errungenschaften" einer forcierten Planung für Zeiten des Krieges, der Katastrophe und der Not werden todsicher schneller über uns kommen als jener sagenhafte Wohlstand, der für alle, auch für den letzten, da sein soll. Dafür spricht deutlich genug, daß Adenauer letzthin in einem Fernsehinterview als die vordringlichste Aufgabe auf innenpolitischem Gebiet die Verabschiedung aller „unangenehmen Gesetze" bezeichnete. Jeder Klippschüler kann sich bereits ausrechnen, daß dies alles nicht ohne Steuererhöhungen und andere zusätzliche schwere Belastungen für Wirtschaft und Bürger abgehen wird.

Diese Zukunft hat mit dem Amtsantritt der Regierungskoalition bereits begonnen. Sie wird sich nun nicht wundern dürfen, wenn das Vertrauen der bundesdeutschen Öffentlichkeit, das sie für ihre Geschäfte wenigstens aus optischen Gründen mit einspannen möchte, zur Zeit ausgesprochene Mangelware ist. Darum wohl entrang sich der regierungsfreundlichen „Frankfurter Allgemeinen" dieser vielsagende Seufzer: „Die Bundesregierung bedarf solchen Vertrauens, wenn sie mit dem Verlangen nach Opfern und Anstrengungen hervortreten wird. Es kann kein Zweifel bestehen, daß zum Beispiel die Verteidigungsvorsorge zusätzliche Leistungen, nicht nur in Geld, erfordert." Das ist wohl nicht mehr mißzuverstehen: in kategorischer Fraktur steht am bundesdeutschen Horizont nicht mehr das goldene Wort vom allen erreichbaren Wohlstand, sondern das düstere Menetekel kommender Opfer. Das ist nun einmal der Preis, den jede Volkswirtschaft zahlen muß, die heute im Wettlauf des Superrüstens gezwungen wird, über ihre ökonomischen Verhältnisse zu leben. Immerhin erhebt sich hier auf Kosten der verantwortlich Regierenden die Frage: Haben wir Deutschen noch nicht genug an historischen und kriegswirtschaftlichen Erfahrungen? Die Antwort, die sich darauf

aus der Praxis der westdeutschen Politik ergibt, gereicht unserer politischen Führung wahrlich nicht zum Ruhme.

Als der amerikanische Präsident im vergangenen Sommer mit seinem neuen Militärprogramm noch mehr Soldaten, Panzer, Kriegsschiffe, Bomber, Waffen und Munition forderte, da schwoll der Haushalt der Vereinigten Staaten mit seinen nunmehr 47,5 Milliarden Dollar (rund 190 Milliarden DM) auf einen in Friedenszeiten nie dagewesenen Höchststand an. Opfer und noch mehr Opfer verlangte demzufolge die US-Regierung von ihren Bürgern (deren Volkswirtschaft gegenwärtig ohnehin schon mit einer vorwiegend rüstungsbedingten Rezession zu kämpfen hat!). Ein gleiches aber erwartete Washington alsbald auch von seinen NATO-Verbündeten, in erster Linie von der „gut situierten" Bundesrepublik Deutschland. Und Bonn hat sich nicht lange bitten lassen. Ja, man konnte es hier offenbar kaum noch abwarten, endlich — und zu allen Opfern bereit — dem großen Bruder rüstungspolitisch nachzuziehen, in „vertragstreuer Erfüllung der atlantischen Bündnisverpflichtungen", wie es die offizielle Sprachregelung schon routinemäßig nennt. Jedenfalls gewiß nicht von ungefähr haben inzwischen die beiden ersten Männer des Parlaments, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier sowie der Kölner Bankier und persönliche Freund Adenauers Robert Pferdmenges, der neue Alterspräsident des Bundestages, die Plattform der Eröffnungssitzung zu Beginn der vierten Legislaturperiode vorsorglich dazu benutzt, nun auch amtlich auszusprechen, worauf wir uns gefaßt zu machen haben: auf die Risiken der Opfer, die uns in Zukunft abverlangt werden könnten!

Nach Honig schmecken solche Reden natürlich nicht. Leichter verabreicht sich die bittere Medizin einer kritischen Öffentlichkeit ohne Frage in der massenpsychologisch wirksamen Aufmachung der „Berlin-Krise" und dessen, was nach Kräften daraus gemacht wurde. Aber es ist doch wohl eine fragwürdige Kunst, aus diesem Produkt vorwiegend eigener Fehler und Versager in der Deutschland- und Berlinpolitik nachträglich auch noch ein politisch-propagandistisches Geschäft zu machen. Statt kühles Blut und realpolitisch klaren Kopf zu behalten — wozu wir Deutschen im Brennpunkt dieser Gefahrenzone des Weltfriedens allen Anlaß haben dürften — haben Politiker und Presse in Westdeutschland fleißig Öl in die offene Flamme allgemeiner Kriegshysterie und Mobilmachungsstimmung gegossen. Zeitweise war tatsächlich das Schlimmste zu befürchten (und die Gefahr ist noch keineswegs gebannt). Ein böses System lag in dem Wahnsinn, der die Hysterie bereits dazu trieb, sich auf einen möglichen „Krieg um Berlin" einzurichten. Nicht Besonnenheit, sondern gefährliche Komplexe verbreiteten Schlagzeilen wie diese: „Stark sein auf lange Frist!", „Sicherheit und Freiheit sind bedroht!" und am Ende „Ohne Opfer geht es nicht!"

Das haben wir schon einmal gehört

Das klingt alles so unheimlich vertraut. Begann es nicht vor 1939 mit den gleichen Tönen, bis wir schließlich „für Freiheit und Frieden!" gen Osten marschierten, unseren „unbefreiten Brüdern" entgegen. Wir sagten damals Ja zum „totalen Krieg" und bekamen von Göring „Kanonen statt Butter". Am bitteren Ende waren wir, zusammen mit unseren „Brüdern im Osten", von allem „befreit", was wir einmal besaßen, von unserer nationalen Einheit und Freiheit genau so wie von unserer ökonomischen Basis. Der Rest waren Trümmer und schier auswegloses Massenelend... Wir haben in 15 Jahren unerhörter Anspannung deutschen Industrie- und Gewerbefleißes wieder aufgebaut und gelten heute auf dem Weltmarkt wiederum als respektable Handelspartner. Soll dies alles durch eine Politik blind vorwärtsstolpernder Rüstung möglicherweise erneut aufs Spiel gesetzt werden?! Das wäre freilich alles andere als ein verantwortliches politisches Handeln,

das auch dem „wirtschaftlichen Sein der Völker" gebührend Rechnung trägt. Denn wo der Wahnwitz des Wettrüstens die Politik macht und wo er ungestraft sogar das schreckliche Vabanque der „thermonuklearen Abschreckung" riskieren darf, da droht nicht nur der Fall X als Weltkatastrophe, von der heute jedermann weiß, was Kennedy noch letzthin vor den Amerikanern aussprach, nämlich daß sie „in wenigen Stunden mehr Vernichtung über uns bringen (würde) als alle Kriege in der Geschichte der Menschheit zusammengenommen"; dort hat auch jede Wirtschaftspolitik keine andere Chance mehr als die, in den sicheren Offenbarungseid getrieben zu werden.

Nur die Toren und die von ihnen ernst genommenen Kriegspropagandisten wollen es immer noch nicht wissen, aber die nicht befangenen Nationalökonomen aus Ost und West — unbeschadet ihrer sonstigen vielfachen Gegensätzlichkeiten in der Sache — sind sich jedenfalls darin einig, daß weder Krieg noch Rüstungswirtschaft die großen wirtschaftlichen Probleme dieser Welt lösen können (so wenig wie die politischen!), daß sie vielmehr zu deren äußerster Verschärfung mit naturgesetzlichem Zwang führen müssen. Es sei hier nur an einige symptomatische Beispielsfälle der Gegenwart aus dem westlichen Wirtschaftsraum erinnert: Die schwerwiegenden amerikanischen Rezessionserscheinungen, die bedenklichen wirtschaftlichen Gleichgewichtsstörungen (die sich teilweise bereits zu Wirtschaftskrisen ausgewachsen haben) in Großbritannien, in Kanada, in Australien. Was nutzen da alle staatlichen Sanierungs- und Sparmaßnahmen, die nur an den äußeren Krankheitserscheinungen herum laborieren, wenn das gewaltige Loch der Rüstungskosten nicht endlich gestopft wird, wenn sich darum die betroffenen Volkswirtschaften an dieser heimlichen Wunde weiter langsam ausbluten.

Die supranationale Gefahr

Zugegeben, in der Position des bundesdeutschen Betrachters mag einstweilen noch die Versuchung liegen, die offenbaren Fehlentwicklungen fremder Volkswirtschaften auf die leichte Schulter zu nehmen: „Das sind ja nicht unsere Sorgen!" Wer so denkt, setzt sich indes unweigerlich herben zukünftigen Enttäuschungen aus. Denn morgen schon können es sehr wohl unsere eigenen binnenwirtschaftlichen Sorgen sein. Im heutigen System der wirtschaftlichen Verflechtungen unter den ominösen Zeichen der Gemeinschaftsprogramme der EWG und der NATO gibt es keine Isolierstationen. Krankheiten der einen Volkswirtschaft können über die Vielzahl der gemeinsamen ökonomischen Berührungspunkte jederzeit auf die andere übergreifen. Mit dem wachsenden Prozeß dieser wirtschaftlichen Integration wächst auch die latente Gefahr der Infektion; sie wächst in neue Dimensionen mit der Realisation der bereits heute diskutierten „supranationalen Aufgaben" einer weitergehenden Koordination und Kooperation der Konjunkturpolitik im Bereich der westlichen Partnerstaaten. Das alles wäre kaum aufregend, immerhin einer sachlichen Diskussion wert, wenn es wirklich darum ginge, der europäischen Wirtschaft als Ganzem zu dienen. Aber darum geht es keineswegs so vorrangig, wie die wirtschaftliche Praxis beweist: Richtschnur dieses supranationalen Verhaltens scheint vielmehr der Grundsatz zu sein: Volkswirtschaftlich richtig ist allein, was außenpolitisch opportun ist! Man erinnere sich hierzu doch nur der kostspieligen Hilfsmaßnahmen Westdeutschlands zur Bekämpfung der amerikanischen Finanzschwierigkeiten. Und was hatte es denn mit dem Fall der DMark-Aufwertung letzten Endes auf sich? Es ist kein Geheimnis, daß die Initialzündung dazu nicht aus unserem eigenen Lande kam, sondern aus den USA. Der offiziellen Schutzbehauptung, daß es vorrangig um die berühmte „Dämpfung der bundesdeutschen Konjunktur" ging, stand eine wesentlich

stichhaltigere Tatsache gegenüber: Die D-Mark mußte dazu herhalten, den fußkrank gewordenen Dollar stützen zu helfen; zu Lasten des deutschen Steuerzahlers ein teurer „Solidaritätsakt", dem man sich (unter NATO-Partnern!) in Bonn offenbar nicht entziehen zu können glaubte. Man wird in der Bundeshauptstadt seine guten Gründe gehabt haben. Sicher ist aber, daß diese nicht gerade von der erprobten Maxime diktiert waren, die unter nüchternen Finanzleuten immer noch lautet: „In Gelddingen hört die Gemütlichkeit auf!" Die volkswirtschaftlich erstaunliche Unbedenklichkeit dieser von deutscher Wirtschaftsseite teilweise scharf kritisierten Währungsmaßnahme trug vielmehr den Stempel einer schlecht verhehlten Spekulation auf die gute Laune der immerhin tonangebenden NATO-Führungsmacht. Der erhoffte Stimmungserfolg ist den Rüstungspolitikern Westdeutschlands gewiß mehr als eine Messe wert. So fängt es an, wenn Rüstungs- und Militärpolitik im Staat die Oberhand gewinnen und die fundamental volkswirtschaftlichen Belange ihren Zwecken unterordnen. Beizeiten sollte man sich aber in Deutschland einer schlimmen Erfahrung aus eigenem Erleben erinnern: Von der so oder so geduldeten Majorisierung der volkswirtschaftlichen Interessen durch die Generäle ist es in einer perfekt militarisierten Wirtschaft nur noch ein Schritt bis zur autoritären Staatsparole „Kanonen statt Butter!" Wird der — vorerst noch schleichenden — Militarisierung der westdeutschen Wirtschaft nicht rechtzeitig Einhalt geboten, dann bleibt von der „Sicherheit einer politisch, sozial und wirtschaftlich glücklichen Zukunft", die uns Ludwig Erhard in seinem Buch vom „Wohlstand für alle" als Zukunftssegnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verheißt, nicht mehr als ein schöner europäischer Traum.

Dieser „atlantische Geist" der „gemeinsamen Verantwortung" und der „Solidarität der freien Welt", kurz und bündig NATO-Politik genannt, ist der westdeutschen Wirtschaft jedenfalls bis heute teuer zu stehen gekommen. Von Jahr zu Jahr sind die Milliardenbeträge unserer Militärausgaben unerträglich gestiegen. Und die kommenden „unangenehmen Gesetze" der neuen Legislaturperiode werden dem Bundesbürger für die schon angekündigte „Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft", wenn nicht alles täuscht, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet weitere Belastungen und Einschränkungen auferlegen, die die Bezeichnung „Opfer" gewiß verdient haben werden.

Rüstungskosten erdrücken den Staatshaushalt

Wohin diese Entwicklung weiter führen muß, das macht schon ein Blick auf den gegenwärtigen Stand der westdeutschen Rüstungswirtschaft beklemmend deutlich. Regten wir uns noch vor einem Jahr darüber auf, daß die Haushaltsausgaben des Bundes infolge der rapid wachsenden Mehrausgaben für die Rüstung die 40-Milliarden-Grenze überschritten, so stieg die Woge der Ausgabenfreudigkeit der öffentlichen Hand für 1961 um weitere zehn auf nunmehr 50 Milliarden DM weiter an (vor zehn Jahren, 1951, belief sich der Bundeshaushalt noch auf rund 30 Milliarden). Davon betragen allein die im sogenannten Verteidigungsetat angesetzten offiziellen Rüstungsausgaben 13,2 Milliarden DM. Wenn man dazu die haushaltstechnisch verdeckten indirekten Kosten der Rüstung aus den entsprechenden Haushaltsbereichen hinzurechnet — so die Auslagen für den WEU-Beitrag, für zivilen Luftschutz, Bundesgrenzschutz, Notstandsplanung, Osteuropa-Institute, zivilen NATO-Haushalt — dann kommt man auf einen rohen Gesamtbetrag militär- und rüstungspolitisch bedingter Ausgabenposten von rund 24 Milliarden DM, was einem Verhältnis von nahezu 50 % der gesamten Staatsausgaben entspricht. Aber wenn man auch nur die angesetzten „Verteidigungskosten" im engeren haushaltstechnischen Sinne gelten lassen will, so beansprucht

immerhin dieser Etat mit seiner Totalsumme von 13,5 Milliarden auch bereits 27 % des Gesamthaushalts 1961.

Demgegenüber sind für echte Sozialausgaben nur rund 20 % und für Wissenschaft und Forschung nicht mehr als rund 1,5 % eingeplant. Und schon kündigte der frühere Finanzminister Mitte des Jahres in der Vorschau auf das Haushaltsjahr 1962 ein weiteres Ansteigen der Bundesausgaben an, wobei die 50-Milliarden-Grenze weit überschritten werde. Insbesondere rechnete Etzel schon damals mit einer weiteren Zunahme der Rüstungskosten sowie unter anderem auch mit wachsenden Verpflichtungen des Bundes für die Entwicklungshilfe. Noch düsterer wird das Bild der westdeutschen Ausgabenwirtschaft, wenn man die entsprechenden Zahlen der Länder und Gemeinden hinzurechnet; danach haben sich die jährlichen öffentlichen Ausgaben von 37 Milliarden (1951) auf 77 Milliarden (1959) und bis heute auf 100 Milliarden DM Zug um Zug hinaufgesteigert. Geht man von einem Bruttosozialprodukt in Höhe von 237 Milliarden DM aus, so werden davon heute annähernd 40 % für den öffentlichen Finanzbedarf abgezweigt (vergleichsweise waren es 1955 noch 27,6 % und 1958 schon 30,3 %). Im Laufe der letzten Jahre sprunghaft ansteigend, sind es also bis jetzt schon rund 40 % des erarbeiteten Nationaleinkommens, die in einer Etatperiode aus der Tasche der Bundesbürger auf die öffentlichen Kassen „umgeleitet" wurden.

Sicherheit ist unteilbar

Kein vernünftiger Mensch wird es unbillig finden, wenn man steuerlich das von ihm verlangt, was im guten Sinne „des Königs ist", nämlich was zur Erfüllung der wahren staatlichen Gemeinschaftsaufgaben unentbehrlich ist. Das setzt aber bei den Verantwortlichen des Staates ein Höchstmaß an gesundem Wirklichkeitssinn und eine peinliche Wirtschaftlichkeitsberechnung voraus, die keine unüberschaubaren Risiken eingeht. Denn der normale Staatsbürger sieht in seinem Steuerbeitrag keinen Roulette-Einsatz, sondern wünscht ihn für seinen Platz in der Gemeinschaft wertbeständig und sicher angelegt zu sehen. Diese Sicherheit ist für ihn vernünftigerweise auch nicht teilbar, etwa „gestückelt" in unterschiedlich bewertbare Teilaktien als politische oder wirtschaftliche oder soziale Sicherheit: Nur als ein Ganzes hat sie für den Menschen einen Sinn.

Sorge muß jeden Denkenden erfassen, der unter diesem sachlichen Blickwinkel die ins Unheimliche angewachsenen und unaufhaltsam weiter wachsenden Zahlenkolonnen der jährlichen Bundesausgaben betrachtet, unter denen der gesamte Rüstungsbedarf mit einem erschreckend überproportionalen Anteil mitmarschiert. Nachdem wir bis heute bereits rund 100 Milliarden DM für Rüstung verwirtschaftet haben, wird dieser Posten nach einer Ankündigung von Minister Strauss in Nürnberg („Welt" vom 16. Juni 1961) zukünftig — wiederum über den letzten Stand von 13,5 Milliarden hinaus — jährlich etwa 15 Milliarden verschlingen. Außerdem wird an Entwicklungshilfe mit einem Jahresaufwand der Bundesrepublik in Höhe von mindestens 3 Milliarden bereits gerechnet.

„Normalerweise", so kommentierte die „Welt" vor den Bundestagswahlen dieses Problem, „könnten wir diese Aufgaben ohne Steuererhöhung nicht bewältigen. Der unerwartete Sog in die Steuerkasse bewahrt uns aber zunächst noch (! der Verf.) vor diesem Opfer. Das ist auch gut vor den Wahlen; wir wissen allerdings nicht, wie lange das soweitergeht." Sicher wird es nicht falsch sein, sich solcher Sätze auch nach dem 17. September noch einmal zu erinnern. Man muß sich demnach in Bonn der Naivität des bundesdeutschen Wählers wohl doch nicht so ganz sicher gewesen sein, daß man es für gut hielt, aus Gründen der guten Wahlstimmung das unvermeidliche Steueropfer noch eine Weile auf Eis zu legen. Für die Durststrecke bis zur vierten Legislaturperiode blieb dem Bundes-

finanzminister also der immerhin bislang recht ansehnliche Steuerzufluß aus der *westdeutschen Konjunkturwirtschaft (von der wir freilich nicht wissen, wie* lange sie so weiter geht). Statistischen Steuerschätzungen des Bundes der Steuerzahler zufolge, die von den entsprechenden Einnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden im ersten Vierteljahr 1961 ausgehen, erwartet man im laufenden Jahr voraussichtliche Steuermehreinnahmen in Höhe von rund zehn Milliarden DM gegenüber 1960. Wenn auch dieses gewaltige steuerliche Mehraufkommen am Ende nicht ausreicht, die klaffenden Lücken des Staatshaushalts zu stopfen, die ursächlich der Rüstungspolitik zu verdanken sind, und wenn im Hinterhalt des neuen Bundestages bereits weitere Steuererhöhungen lauern, dann wird sich der Staatsbürger wohl seine eigenen Gedanken über diese Art der Sicherung seiner wirtschaftlichen und sozialen Zukunft machen. Das bedeutende Plus in den Steuerkassen ist schließlich doch das Werk von Millionen Bundesbürgern, die in den vergangenen Konjunkturjahren das letzte an Schaffenskraft aus sich herausgeholt haben. Sie haben geschafft, nicht um ihren Alltag mit Atomwaffen zu verschönern, sondern weil sie darauf vertrauten, den „Wohlstand für alle" in der Form einer lebenswerten und gesicherten Zukunft einmal leibhaftig — statt immer nur im halbledernen Prachteinband — kennen zu lernen.

Die Konjunktur flaut ab

Es fragt sich nun, wie es weiter geht. Das Steueraufkommen ist bekanntlich nicht zuletzt vom Wachstum der Wirtschaft und der Konjunkturlage von morgen abhängig. Es ist darum beachtlich, daß sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seinem Jahresbericht für 1961 bereits dafür aussprach, die Bundesregierung möge sich mit der deutschen Industrie Gedanken darüber machen, wie der Fortbestand der Konjunktur gesichert werden könne. Es besteht nämlich nach Ansicht des BDI kein Anlaß, die Exportaussichten übermäßig optimistisch zu beurteilen. Der Wettbewerb werde sich auf den ausländischen Märkten erheblich verstärken. Hinzu kommt im übrigen, daß der westdeutsche Export infolge der DM-Aufwertung ohnehin einen erschwerten Stand gegenüber der internationalen Konkurrenz hat. Die ersten Wetterzeichen am bisher so konstant sonnigen Himmel unserer wirtschaftlichen Prosperität sind für den wachsamen Betrachter nicht zu übersehen. Die westdeutsche Konjunkturbrise flaut bereits ab. Nach allem, was in den Wirtschaftsberichten, in Statistiken und auch in den Äußerungen namhafter Wirtschaftsführer sowie in den seismographisch präzise reagierenden Börsennotierungen mehr oder weniger deutlich anklingt, ist kaum noch zu verheimlichen, daß die Konjunktur auf einzelnen wesentlichen Abschnitten unseres Wirtschaftslebens „gar nicht mehr so großartig" funktioniert. Dies gilt vornehmlich für die Schiffahrt und die Werften; man spürt es bereits bei den Kosumgütern, teilweise in der Textilindustrie. Selbst wenn man den Zusammenbruch der Borgward-Werke mit der Tatsache von 16 000 gekündigten Arbeitern und 2000 wahrscheinlich leer ausgehenden Gläubigern als isolierte Erscheinung bewerten will, sieht sich auch die westdeutsche Automobil-Industrie, trotz ihrer unzweifelhaft führenden Weltstellung, einer internationalen Wettbewerbszuspitzung gegenüber, die auch diese Branche auf eine zukünftig wesentlich härtere Probe stellen werden. Der gewiß glanzvolle Verlauf der Frankfurter Automesse in diesem Herbst sollte uns nicht über diese nüchternen marktwirtschaftlichen Fakten hinwegtäuschen. Schließlich mußte auch die Stahlindustrie, immerhin eine der tragenden Säulen der Volkswirtschaft, einen Rückgang der Auftragsbestände um 1,4 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen. Die Vermutung, um es vorsichtig zu sagen, drängt sich nun mindestens auf, daß es sich bei diesen Phänomenen schon um die beginnenden Ausstrahlungen der Krisenerscheinun-

gen in den USA und anderen westlichen Volkswirtschaften auf die Bundesrepublik handelt.

Die Zwischen-Bilanz aus dieser Situation, die ja auch als Ausgangslage für die voraussichtliche ökonomische Weiterentwicklung in Westdeutschland auszusagen hat, erscheint demnach alles andere als rosig: Die steuerlichen Erträgnisse unserer Volkswirtschaft fließen auch in diesem Jahr weiter ungehemmt — und in möglicherweise noch breiterem Milliardenstrom als je zuvor — vorwiegend der unproduktiven Rüstung zu. Neben den laufend erhöhten reinen Militärausgaben werden noch in diesem Jahre die runden 8 Milliarden DM für die „Finanzhilfe" an Amerika und weitere 4 Milliarden jährlich fälliger Entwicklungshilfe aufzubringen sein. Dazu hat uns die Abdeckung des Währungsverlustes aus der Aufwertung der DM (zur angeblichen „Dämpfung der Konjunktur") nach Feststellung des Bundesfinanzministers inzwischen 1,5 Milliarden DM gekostet. Wahrlich ein bitterer Posten zu einem Zeitpunkt, da man sich in bundesdeutschen Wirtschaftskreisen bereits längst nicht mehr den Kopf darüber zerbricht, wie man sich vor den Springfluten der Hochkonjunktur schützt, sondern Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine kommende Ebbe erwägen muß.

Der Brotkorb wird höher gehängt

Während man sich also in der Wirtschaft schon auf eine konjunkturelle „Abkühlung" gefaßt macht, hat Verteidigungsminister Strauss inzwischen längst klar gestellt, daß er mit seinem Militäretat in Zukunft bei weitem nicht auskommen wird. Der Bundesfinanzminister hat denn auch schon am Anfang des Jahres den Bundesbürger mit der unumgänglichen Notwendigkeit von Steuererhöhungen vertraut gemacht, indem er (Etzel im „Deutschland-Union-Dienst" der CDU/CSU) darauf hinwies, daß die Verpflichtungen des Bundes die Höhe der Staatseinnahmen (d. h. der Steuern) bestimmen werde. Und Etzel hat auch wiederholt deutlich gemacht, daß eine Reihe von Verpflichtungen auf uns zukommen: „Ich denke besonders an größere Bemühungen um die Verteidigung unserer Freiheit und höhere Beiträge zur Entwicklungshilfe". Das Steueränderungsgesetz 1961, das durch die Verkündung einer steuerlichen Entlastung um insgesamt nicht mehr als 1,5 Milliarden vor den Bundestagswahlen Wind genug gemacht hat, wird bald von den Ereignissen überholt sein. Denn es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis mit dem deutschen Steuerzahler wieder Fraktur geredet wird. Im „Rheinischen Merkur" schrieb Dr. Dollinger, Vorsitzender des Arbeitskreises für Haushalt, Steuern und Finanzen der CDU-Fraktion, daß sie „den Mut gehabt haben, Anträge mit sehr beachtlichen Steuerausfällen abzulehnen." Und auf dem Wirtschaftstag der Christlichen Demokraten im August donnerte Staatssekretär a. D. Binder in Frankfurt am Main, die CDU vermöge nicht „in das hinterwäldlerische Geschrei der Freien Demokraten nach einer massiven Steuersenkung einzustimmen." Machen wir uns also keine blassen Illusionen, an neuen und höheren Steuern führt kein Weg vorbei, solange in Bonn Männer an der Regierung sind, die Konrad Adenauer folgsam nachsprechen: „Wir wollen unsere bewährte Politik fortsetzen!"

Im militärischen Gleichschritt mit der NATO auf der hoffnungslosen Straße der Rüstungspolitik wird schließlich die Bundesrepublik auch in wirtschaftlicher Beziehung Tritt fassen müssen. Nach dem Beispiel in anderen Partnerländern, wie in Amerika und Großbritannien, legt man nun auch dem „verwöhnten" Bundesbürger nahe, den Riemen rechtzeitig enger zu schnallen, „den Verbrauch auf spätere Zeiten zu verschieben", damit durch „Konsumverzicht" weitere Mittel für die zusätzlichen Kosten der Rüstung und Entwicklungshilfe mobil werden. Professor Erhard und BDI-Präsident Berg stimmten auf einer Veranstaltung des Bun-

des Deutscher Industrieller völlig in der Sorge überein, daß es eine ernste Frage sei, ob sich nicht über eine „überspitzte" Sozialpolitik „das kollektivistische Gift in den Sozialkörper einschleicht". Maßhalten und Disziplin vor allem auf dem Lohn- und Gehaltssektor ist den Verantwortlichen in Bonn offenbar ein heute wichtigeres Anliegen, als daß „auch der letzte im Lande am gemeinsamen Fortschritt teilhaben soll" (aus einem Wahlaufruf des Bundeswirtschaftsministers). Und was wird aus dem Wunschbild der „breitgestreuten Eigentumsbildung", wenn dem arbeitenden Mann der soziale Brotkorb höher gehängt werden muß, um die Rüstung zu finanzieren? Welche Perspektiven werden dem Mittelstand bleiben, wenn die Masse der mittleren und kleinen Unternehmer und anderen Gewerbetreibenden, die freien Berufe, die Handwerker und Bauern mehr und mehr unter die Räder einer Steuerpolitik geraten, die vorrangig nach rüstungswichtigen Gesichtspunkten orientiert wird? Nur die Großen der Finanzmonopole und Industriekonzerne haben offenbar guten Grund, in Zeiten der Rüstung die gute Laune nicht zu verlieren! Kirchenpräsident Niemöller stellte kürzlich fest, es gebe Kreise in der Bundesrepublik, die am Kalten Krieg verdienen wollten. Und Fritz Berg hat auf dem Nürnberger Industriellentreffen die interessante Feststellung getroffen, das Verhältnis der Industrie zum Wirtschaftsminister sei bestimmt von der Übereinstimmung in den Grundlinien der Wirtschaftspolitik. Man könnte sich darüber seine Gedanken machen...

Politik für die Interessenten

„Politik für uns alle oder für die Interessenten", über dieses recht zeitgemäße Thema diskutierten die Teilnehmer der 16. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Mitte Juni in Bad Godesberg. In seinem Eröffnungsvortrag über die Kraftproben der Marktwirtschaft wies der Nationalökonom Professor Röpke darauf hin, daß nach wie vor die Gefahr einer Aushöhlung des Geldwertes bestehe; er beklagte es im übrigen, daß Berater der neuen US-Regierung jetzt die Auffassung verträten, die Inflation sei kein Feind.

Nun, in Deutschland wird jeder einfache Mann die Besorgnis des Experten Röpke vor den Schrecken einer Inflation teilen, denn er schöpft aus der bösen Erfahrung zweier Währungszusammenbrüche; soll er erneut um sein Geld zittern? Jedenfalls ist die Kaufkraft der Deutschen Mark nach zehn Jahren ununterbrochener Rüstungswirtschaft um rund 21 % (seit 1950) gesunken und hat damit etwa den gleichen Wertverlust wie der US-Dollar erlitten. Es ist kein Trost, daß man einwenden kann, alle Währungen der West-Block-Länder haben in der Vergangenheit Kaufkraft eingebüßt, z. B. der italienische Lira 29 %, das englische Pfund sogar 39 %. Es steht fest, der inflationistische Bazillus steckt heute schon wieder in unserer Mark. Röpke hat in Godesberg vor einer Gefahr gewarnt, die uns schon auf den Fersen sitzt. Und Minister Erhard wird sich in seiner Haut nicht mehr wohlfühlen können, wenn er heute in seinem eigenen Buch über den „Wohlstand für alle" jenen Passus nachliest, wonach er es für „unbedingt ehrlich" hält, „die Aufrüstung ausschließlich durch Kaufkraftverlagerung, also auf dem Umweg über Steuern, und nicht durch Mißbrauch der Notenbank zu finanzieren", und an anderer Stelle: „Wir müssen allen Versuchungen widerstehen, die Kosten einer Aufrüstung auf dem Wege über eine Verminderung unseres Geldwertes zu verschleiern." Ob verschleiert oder ganz unverschleiert, die Folgen der Rüstungspolitik werden uns nicht verborgen bleiben, und zwar sowohl in der Form der „Kaufkraftverlagerung" wie „auf dem Umweg über Steuern" und auch als Kaufkraftschwund.

Eine Politik, die sich mit Haut und Haaren der militärischen Stärke verschreibt,

mag darum sehr wohl eine „Politik der Interessenten" sein; sie ist nie und nimmer eine „Politik für uns alle".

Eine Bundesrepublik aber, die aus wirtschaftlicher wie auch aus politischer Verantwortung „für uns alle" da ist, muß allerdings den Mut haben, mit allen Konsequenzen die Illusionen der bisherigen Machtpolitik aufzugeben und mit gesundem Instinkt für die realpolitischen Gegebenheiten durch eine aktive Neutralität jener internationalen Entspannung zu dienen, die in jedem Falle zustande kommen muß (wenn sich nicht die ganze Menschheit aufgeben will); die aber ebenso sicher auch ohne uns wie mit uns entstehen kann. Es liegt darum nicht nur in unserem politischen, sondern auch in unserem wirtschaftlichen Interesse, den Anschluß an die Entwicklung in der Welt jetzt nicht zu versäumen. Je eher die Milliarden-Beträge, die heute noch sinnlos in Rüstung und einseitigen politischen Verpflichtungen engagiert sind (allein im Rüstungsjahr 1961 rund 16 Milliarden DM), für produktiv volkswirtschaftliche Verwendung frei werden, um so eher werden wir die unvergleichlichen Vorteile einer zielbewußten Friedenswirtschaft erfahren: ökonomische und soziale Sicherheit, stabile Währung und schließlich ein Leben ohne Angst. „Wohlstand für alle" wäre kein politisches Schlagwort mehr, sondern eine Zukunft, auch für den letzten im Lande.

Bertil Svahnström, Stockholm

Die Kernwaffendebatte in Schweden

Nachdem eine neue und sehr aktive Organisation, Kampanjen mot atomvapen (Die Kampagne gegen Atomwaffen), den Kampf aufgenommen hat, ist die Atomdebatte in Schweden in diesem Herbst in eine bewegte Phase eingetreten. Die Entwicklung, die zu dieser Neugründung führte, ist sehr interessant.

Im Juni 1958 wurde, von 21 Intellektuellen, darunter dem damaligen Erzbischof Brilioth, die „Aktionsgruppen mot svensk atombomb" (Aktionsgruppe gegen schwedische Atomwaffen, AMSA genannt) gegründet. Es folgte eine außerordentlich lebhafte öffentliche Debatte, an der die Vertreter der AMSA in maßgeblicher Weise teilnahmen. Die Atomwaffengegner waren in einer sehr starken Position. Sie gewannen ohne Zweifel Boden gegen die militärischen „Sachverständigen". Das Ergebnis dieser intensiven Debatte war, daß Regierung und Reichstag 1959 sich weigerten, die von dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht verlangten 2,8 Millionen Kronen für Atomwaffenforschung zu bewilligen.

Schon warfen die Reichstagswahlen von 1960 ihren Schatten voraus, und die politischen Parteien — die Kommunisten nicht eingerechnet — waren sich einig darüber, daß man die Atomwaffenfrage in den Wahlkampf nicht einbeziehen dürfe. Die Uneinigkeit in dieser Frage war innerhalb der Parteien so groß, daß man befürchtete, sie, die Parteien, würden platzen. Dies galt vor allem von der Sozialdemokratischen Partei und der liberalen Volkspartei.

Die Sozialdemokraten — die Regierungspartei — fanden in dieser kummervollen Lage eine „geniale" Lösung. In einem Bericht einer speziellen Kommission

des Parteivorstandes wurde festgestellt, die Forschungsanstalt der Armee (die FOA) dürfe keine „Zielforschung" in bezug auf Atomwaffen betreiben. Die „Schutzforschung" aber, wie sie bisher von der FOA betrieben worden sei, sei zu eng gehalten. Sie solle jetzt, gemäß den neuen technischen Entwicklungen, erweitert werden. Vor allem sollten umfassende Forschungen über „kernphysikalische Initiierung und Kritikalität bei kleinen Mengen spaltbaren Materials" unternommen werden. Was ist nun „kernphysikalische Initiierung und Kritikalität bei kleinen Mengen spaltbaren Materials?" Solche Forschungen geben kaum neue Kenntnisse darüber, wie man sich gegen ausländische Kernwaffen schützt, wohl aber ermöglichen sie Untersuchungen darüber, welche Mindestgröße von Kernladungen Schweden selbst herstellen könnte. Wichtig war daher, die weitere Debatte abzuwürgen. Es wurde vorgeschlagen, einen „Burgfrieden" in der Verteidigungsfrage, einschließlich der Atomfrage, zwischen der sozialdemokratischen Partei und den bürgerlichen Oppositionsparteien zu schließen. Die Atomwaffenfrage sollte nicht weiter in der Öffentlichkeit diskutiert werden, vor allem nicht im Wahlkampf. Allen diesen Vorschlägen stimmten die bürgerlichen Parteien zu.

Eine öffentliche Debatte darüber, was „kernphysikalische Initiierung etc. . . ." bedeutet, hat infolgedessen nie stattgefunden. Andererseits bekam die FOA Mittel in der Höhe von nicht weniger als 11 Millionen Kronen für eine „Erweiterung" ihrer Forschungen. Es wird von allen offiziellen Stellen und von politischer Seite erklärt, daß diese „Schutzforschung" keine Atomwaffenforschung sei, obwohl man zugibt, bei der Schutzforschung könne man Verschiedenes erfahren, das Auskunft über die Herstellung von Atomwaffen gebe.

Diese Lösung hat die militärischen Behörden völlig beruhigt. In einem Interview in der New York Times erklärte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bo S i e g b a h n (Bürochef im Ministerium des Auswärtigen), der selbst ein Atomwaffenbefürworter ist, die Militärs hätten durch den sozialdemokratischen Vorschlag bekommen, was sie wollten, d. h. die Möglichkeit, theoretische Forschungen über die Herstellung einer schwedischen Atombombe zu treiben. Dieses Interview wurde von der schwedischen Presse nicht wiedergegeben.

So ist denn die Situation diese: rein technisch kann Schweden Atomwaffen herstellen. Die „friedliche Atomindustrie" ist aber noch nicht weit genug, um das nötige spaltbare Material herzustellen. Noch einige Jahre wird es unter allen Umständen dauern, bis die erste schwedische Atombombe probefertig sein könnte. Vor 1963 oder 1964 kann die Herstellung nicht beginnen. Bis dahin können nur theoretische Forschungen unternommen werden; infolgedessen verlieren die Atomwaffenbefürworter durch das jetzige Verfahren keine Zeit.

Die militärischen Kräfte treffen inzwischen alle Vorbereitungen. In einer kleinen Schrift, die vom Generalstab der Armee herausgegeben wurde, hieß es, die schwedische militärische Planung sei auf die Hypothese gegründet, Schweden werde Atomwaffen anschaffen. Wenn die Armee keine Atomwaffen bekäme, müsse die ganze jetzige Planung umgeworfen werden. Diese Atomwaffenplanung besteht noch.

Der Verfasser dieses Aufsatzes schrieb an den Nobelpreisträger Professor Linus P a u l i n g und fragte ihn, was seiner Ansicht nach Forschungen über Initiierung und Kritikalität bedeuten könnten. In einer langen Antwort erklärte Pauling, auch wenn Schweden Millionen von Dollar zu diesem Zweck opferte, würde man nichts neues über den Schutz gegen Atomwaffen erfahren. Die Absicht hinter den neuen Instruktionen könne daher kaum eine andere sein als die Ausrüstung der schwedischen Armee mit Atomwaffen. Es war vielleicht nicht überraschend, daß die Zeitungen diesen Brief nicht veröffentlichten. Die norwegische Wochenzeitung „Orientering" richtete aber an den Chefredakteur von „Stockholms-Tidningen",

dem Sprachrohr der Regierung, die Frage, warum seine Zeitung der Erklärung Paulings keine Publizität gegeben habe. Die Antwort war, Pauling gebe so viele Erklärungen ab, daß sie keinen Wert hätten...

Die schwedische Atomwaffenfrage ist in diesem Sinne bis 1964 aufgeschoben worden. Erst — oder frühestens — dann soll ein Ja oder ein Nein ausgesprochen werden. In dieser Situation ist die AMSA zwischen zwei Stühlen sitzen geblieben. Einige Mitglieder meinen, man müsse Vertrauen in die Regierung haben und das Jahr 1964 abwarten. Andere meinen, wenn wir 1964 eine Erfolgschance haben wollten, müßten wir von jetzt ab härter denn je auf dieses Ziel hinarbeiten. Weiter: das schwedische Nein, wenn es ein Nein sein soll, sollte schon jetzt ausgesprochen werden, vor allem aus außenpolitischen Gründen. Schweden würde einen Dienst am Frieden tun, wenn es schon jetzt ein klares Nein sagte. Es wäre auch wichtig, durch ein Nein zu Atomwaffen ein Nein zur weiteren Verbreitung dieser Waffen auszusprechen.

Um das Tabu der Atomwaffenfrage in den Wahlen zu durchbrechen, wurde eine neue politische Partei, die Framstegsunionen (Fortschrittliche Union), gegründet. Da sie aber von allen Debatten im Rundfunk und der TV ausgeschlossen wurde und da das schwedische Wahlsystem politische Neugründungen praktisch zur Ohnmacht verurteilt, hat diese Partei 1960 nur eine geringe Stimmenzahl bekommen.

Inzwischen wächst die Zahl der Atomwaffengegner in Schweden — trotz der eifrigen Propaganda für diese Waffen, die im Schutze des Burgfriedens besonders von den Militärs unter den Wehrpflichtigen betrieben wird. Im Jahre 1957 waren — dem Meinungsforschungsinstitut SIFO zufolge — 40 v. H. der Schweden gegen eigene Atomwaffen. 1959 aber waren es schon 51 und 1961 56 v. H. Im Reichstag aber dürfte eine Mehrheit für Atomwaffen vorhanden sein, ohne daß diese es je gewagt hätte, sich als solche erkennen zu geben.

Man kann sich fragen, wie es kommt, daß eine Meinung wie die der Mehrheit des schwedischen Volkes in der Atomwaffenfrage zum Schweigen verurteilt ist. Die Antwort ist: Das liegt im Wesen der schwedischen Demokratie. Die Maschinerie ist so gut geölt — von oben — und funktoiniert so glänzend, daß es nunmehr beinahe als „subversive Tätigkeit" gilt, sich gegen die „Einigkeit" in der Verteidigungsfrage zu erheben. Wer das wagt, „spielt die Karte Moskaus"...

Die große Mehrheit der schwedischen Arbeiterschaft ist gegen Atomwaffen, sie ist aber sehr loyal der Regierung gegenüber, und diese sagt: Vor allem — die Einheit der Partei nicht gefährden! Laßt die Atomwaffenfrage bis 1964 ruhen!

Die Kreise, die hinter der Neugründung (s. o.) stehen, meinen, daß Schweden schon jetzt offiziell Nein zur eigenen Atombewaffnung sagen sollte, daß die „erweiterte" Schutzforschung verdächtig ist und daß Schweden eine aktive Rolle in den internationalen Bestrebungen für Frieden und Entspannung spielen sollte. Man unterstützt daher die Initiative des Außenministers Undén zur Gründung eines Klub der kernwaffenfreien Nationen, meint aber, Schweden müßte, um diesen Vorschlag zum Erfolg zu bringen, selbst Beispiel sein, indem es klar erklärt, es verzichte ausdrücklich auf eine schwedische Atombombe. In der Tat, der Vorschlag Undéns ist ein Verstoß gegen den Burgfrieden und wird von den bürgerlichen Oppositionsparteien eifrig bekämpft.

Um die Aufmerksamkeit auf die „erweiterte" Schutzforschung zu richten, veranstaltete die Kampagne Ende September den ersten schwedischen Antiatommarsch mit Ursvik — dem Sitz dieser Forschung — als Ziel.

Die Debatte über Atombewaffnung, Verteidigung und Allianzfreiheit ist während der letzten Monate durch eine andere Entwicklung in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit gerückt.

Durch den Beschluß Englands, sich um den Eintritt in die EWG zu bewerben, ist Schweden wirtschaftlich in eine ernste Situation versetzt worden. Die EFTA war nicht zuletzt eine schwedische Schöpfung, denn Schweden wollte unter keinen Umständen in die EWG eintreten. Es wollte die EFTA mitgründen, um England und so viele andere Staaten wie möglich an eine losere Wirtschaftsunion zu binden. Jetzt aber, nachdem die EFTA geplatzt ist, scheint man die Lage anders zu beurteilen. Von der Seite der Regierung wird erklärt, die Neutralität und die Allianzfreiheit sei zwar höchstes Ziel, Schweden könne aber nicht abseits stehen, wenn sich Europa wirtschaftlich einigt. Es müsse eine Möglichkeit der Assoziierung mit der EWG finden, die unsere Neutralität nicht verletzt. Sowohl die sozialdemokratische Partei als auch die bürgerlichen Oppositionsparteien treten für eine Annäherung an die EWG ein. Verhandlungen darüber sind höchst wahrscheinlich schon im Gange, wenn diese Zeilen erscheinen.

In den Kreisen der Kampagne steht man dieser Entwicklung sehr kritisch gegenüber. In einem Brief, der von einer Delegation der Kampagne dem Ministerpräsident Tage Erlander überreicht wurde, heißt es: „Die Kampagne gegen Atomwaffen sieht mit Genugtuung das zielbewußte Bemühen der Regierung um die Aufrechterhaltung der Neutralität unseres Landes. Diese Bestrebungen kommen in einer glücklichen Weise in der Erklärung der Regierung zur Frage des europäischen Marktes zum Ausdruck, wenn es heißt: ‚Unsere Entschlossenheit, die Neutralität zu verteidigen, ist unerschütterlich und es darf keine Mißverständnisse in dieser Hinsicht geben'. Angesichts dieser Stellungnahme, die bei der überwältigenden Mehrheit des schwedischen Volkes Zustimmung findet, wollen wir jedoch unsere Unruhe über die Pläne für einen schwedischen EWG-Anschluß auch in der Form einer Assoziierung Ausdruck geben. Welche Vorteile Schweden auf dem Papier auch erringen möge, es würde durch eine Zollunion mit einer von der NATO beherrschten Machtgruppe so starke Bindungen mit dieser eingehen, daß unsere Handlungsfreiheit illusorisch zu werden droht, auch auf dem politischen und auf dem militärischen Gebiet. Wir hoffen daher, daß die Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen dies immer vor Augen behält. Die Voraussetzung der Aufrechterhaltung unserer Allianzfreiheit ist, daß wir uns gewissenhaft außerhalb der Sphäre der Vergeltungsstrategie der Atommächte halten."

Dies sind sehr wichtige Gesichtspunkte, die man in politischen Kreisen Schwedens bisher nicht anerkannt hat. Die Kampagne meint, daß auch, wenn man uns die schönsten Sonderbestimmungen einräumt, Schweden seine Handlungsfreiheit verlieren würde, wenn es sich in ein so großes Zollgebiet wie die erweiterte EWG einverleiben lassen würde. Die wirtschaftliche Bindung führt unerbittlich zur politischen und militärischen. Durch eine Assoziierung mit der EWG riskiert Schweden, in den Kalten Krieg hineingezogen zu werden, was gegen die Neutralität und gegen die Interessen und Wünsche des schwedischen Volkes und gegen die Bestrebungen zur Sicherung des Weltfriedens wäre. Bezeichnend ist, daß die Kreise in Schweden, die Befürworter der NATO sind, auch die eifrigsten Befürworter des EWG-Anschlusses sind.

In den Kreisen der Kampagne meint man dagegen, daß die kurzfristigen Vorteile, die man durch einen EWG-Anschluß erringen würde, gegen die langfristigen Nachteile für den Frieden leicht wiegen. Dies bedeutet nicht, daß die Mitglieder der Kampagne einem Großmarkt grundsätzlich negativ gegenüber stehen. Der Großmarkt wird bejaht als die einzige rationelle Wirtschaftsform im technischen Zeitalter, aber so lange dieser Großmarkt im Dienste der einen Seite im Großkampf zwischen Ost und West steht, wäre es ein Paradox, wenn ein neu-

trales Land seine wirtschaftliche Stärke dort suchen würde. Die Debatte in dieser ernsten Frage hat kaum begonnen, wurde aber bisher von der einseitigen Rücksichtnahme an die wirtschaftlichen Vorteile beherrscht. Es scheint, daß man im Hinblick auf die Interessen der Wirtschaft, vor allem die der Großindustrie, die Gefahren für die Allianzfreiheit nicht ernstlich ins Auge zu fassen wagt.

Die Kampagne gegen Atomwaffen hat ihre Tätigkeit erst kürzlich begonnen. Sie hat einen Antiatommarsch und einen Fackelzug veranstaltet, eine Anzahl von Erklärungen abgegeben und Briefe geschrieben. Es ist noch abzuwarten, ob sie etwas erreichen wird. Sie besteht aus Vertretern der verschiedensten Interessen und Ideologien, die aber ein gemeinsames Ziel haben: den Willen zum Frieden. Alle politischen Parteien in Schweden sind vertreten — von den Konservativen bis zu den Kommunisten. Im Arbeitsausschuß von 18 Mitgliedern sind zwei Kommunisten. Die Ideologie der Kampagne kann in einem Wort zusammengefaßt werden: F r i e d e n. Wer ernstlich für dieses Ziel arbeiten will, dessen Mitarbeit ist willkommen. Die Kommunisten haben bisher eine positive Mitarbeit geleistet. Die Kampagne ist gegen die Atomwaffen, gegen Atomwaffenversuche. Eine der wichtigsten Parolen im Ursviksmarsch war: „Auch die Tests töten". So lange die Kommunisten diese Politik mitmachen, ist ihre Mitarbeit nur zum Guten. Denn, wir im Westen, mit wem müssen wir schließlich Frieden schließen, wenn nicht mit den Kommunisten? Wie können wir K e n n e d y zumuten, mit den Russen Frieden zu schließen, wenn wir uns selbst isolieren?

Gewiß — wir in der Kampagne sind für die Freiheit. Aber zur Freiheit gehört das Leben, und zum Leben gehört der Friede. Für ihn und für die Zukunft arbeiten wir.

J u l i u s S i l v e r m a n , M. P.

Großbritanniens Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise in Großbritannien ist, auf den ersten Blick, eine Krise der Zahlungsbilanz, d. h., die Engländer geben im Ausland mehr Geld aus als sie hereinbekommen. Ich glaube, daß dies das Symptom einer Krankheit ist, die die Produktionswirtschaft dieses Landes im Ganzen berührt. Doch ist das fehlende Gleichgewicht unserer auswärtigen Zahlungen nur das unmittelbare Problem. Unsere Exporte verzeichneten zwar einen Anstieg von 120 Mill. Pfund Sterling 1959 und 200 Mill. Pfund im vergangenen Jahr, gleichzeitig aber stiegen die Importe 1959 um 250 Mill. Pfund und 1960 um 500 Mill. Pfund. Allein die Steigerung des Vorjahres bedeutete eine Mehreinfuhr von 1/7 gegenüber 1959.

Gleichzeitig hat sich auch unsere gesamte Zahlungsbilanz erheblich verschlechtert. 1958 konnten wir noch einen Überschuß von 291 Mill. Pfund verzeichnen, der 1959 auf 51 Mill. Pfund zusammenschrumpfte. 1960 hatten wir jedoch ein riesiges Defizit von 344 Mill. Pfund. Dieses Defizit hielt auch 1961 an: Im ersten Vierteljahr 56 Mill. Pfund, im zweiten Vierteljahr 29 Mill. Pfund.

Dadurch ist das Pfund geschwächt worden, und unsere Gold- und Devisenreserven sind scharf gefallen: Von 1159 Mill. Pfund im Januar 1961 auf 990 Mill. Pfund im Juni 1961. Diese Zahlen sind aber keineswegs bestimmend für das Gesamtbild. Es besteht nur wenig Zweifel darüber, daß gleichzeitig „heißes Geld" von Spekulanten kurzfristig investiert wurde, und daß die Unterstützung ausländischer Banken den vollen Ernst unserer Gold- und Devisensituation verdeckt.

Was sind nun die Ursachen dieser Krise? Die Regierung sagt, der Hauptgrund liege im inflationären Druck, der von der übermäßigen Kaufkraft in diesem Lande ausgehe. Sie sagt, daß während die Einkommen in diesem Land um 1100 Mill. Pfund im letzten Finanzjahr gestiegen seien, die Produktion im gleichen Zeitraum nur um 650 Mill. Pfund gewachsen sei. Es gibt daher überschüssige Kaufkraft, die auf den Erwerb von Gütern und Vorräten aus dem Ausland verwandt worden ist, den sich die Nation nicht leisten kann. Die Regierung richtet daher ihr Hauptaugenmerk auf dieses Problem. Wir werden später sehen, daß ihre Maßnahmen von dieser einseitigen Auffassung bestimmt werden.

Zweifellos ist es richtig, daß die Einkommen vieler Arbeiter und auch anderer Leute gestiegen sind, insbesondere in den letzten 12 Monaten. Es gibt aber weite Kreise innerhalb der Arbeiterschaft, die noch immer von unangemessenen Löhnen leben, und die nur eine geringe Lohnsteigerung zu verzeichnen haben.

Eine der Hauptursachen der Inflation sind die enormen Kapitalgewinne des besitzenden Teiles der Bevölkerung während der letzten wenigen Jahre und besonders im letzten Jahr. Die Dividenden sind stark gestiegen, um 23%, weit über den Anstieg der Löhne und Einkommen hinaus, und die Aktienkurse sind entsprechend heraufgegangen. Die Bodenpreise in vielen städtischen Bezirken stiegen ebenfalls stark — als ein Ergebnis der Regierungspolitik eines freien Marktes für Immobilien. Während der letzten 10 Jahre hat sich der Wert vieler Baugrundstücke verzehnfacht, und riesige Gewinne sind den Eigentümern oder den Bodenspekulationen zugeflossen. Die Aufhebung der Kontrolle über Millionen von Arbeiterhäusern hat zu stark vermehrten Einnahmen für die Hausbesitzer und zu einem starken Preisanstieg der Anteile der Grundstücksgesellschaften geführt.

Es darf nicht unbeachtet bleiben, daß diese Kapitalgewinne steuerfrei geblieben sind, während die Arbeitseinkommen versteuert werden mußten. Neuerdings erst hat die Regierung Maßnahmen vorgeschlagen, um zumindest Gewinne aus Bodenspekulationen zu versteuern. Damit wird man aber nur einem kleinen Teil des Problems gerecht.

Da ist ein anderer wichtiger Punkt. Die Regierung sagt, daß die Einkommen weit über den Produktionszuwachs hinaus gestiegen sind. Das ist aber Ansichtssache. Das langsame Ansteigen von Produktivität und Produktion ist die Ursache. Hier erinnere ich mich an die Geschichte von einer Dame, die ein paar Schuhe kaufen wollte. Im ersten Geschäft erklärte ihr die Verkäuferin, daß es ziemlich schwierig sei, passende Schuhe für sie zu finden, da ein Fuß größer als der andere sei. Daraufhin verließ sie wütend den Laden. Im nächsten Geschäft sagte ihr dann eine bedeutend taktvollere Verkäuferin: „Gnädige Frau, es ist nicht ganz einfach, passende Schuhe für Sie zu finden. Ein Fuß ist nämlich kleiner als der andere." Und hier kaufte die Dame ihre Schuhe.

Wenn man die Zahlen der britischen Produktion im Vergleich mit der anderer Länder untersucht, dann ist es ganz klar, worauf die Betonung gelegt werden sollte. In Großbritannien betrug der Zuwachs der Produktion zwischen 1950 und 1960 nur 33%, verglichen mit 112% in Deutschland für den gleichen Zeitabschnitt, 75% in Frankreich, 104% in Italien, 239% in Japan und 141% in der Sowjetunion. In den letzten 5 Jahren betrug der Zuwachs in Großbritannien nur 14%, verglichen mit 40% in der Bundesrepublik, 48% in Frankreich und 53% in Italien. Es gibt nur ein Land mit einem kleineren Produktionszuwachs, und das ist Belgien. Hierin liegt also Großbritanniens Hauptproblem: in dem Fehlschlag des Bemühens, seine Wirtschaft und Produktion auszuweiten. Wenn Großbritannien eine Expansion erreicht hätte, die einen Vergleich mit der seiner europäischen Wettbewerber zuließe, dann könnte es sich bequem seine gestiegenen Einkommen und, in der Tat, eine Ausdehnung seiner Sozialleistungen leisten.

Warum ist es bei uns so gekommen? Erstens, weil die Wirtschaftspolitik der Regierung ein vollständiges laissez faire war. Es gab nicht einmal einen Versuch, die Wirtschaft etwa in dem Ausmaß zu planen, wie dies im kapitalistischen Frankreich geschieht, um ein Beispiel zu nennen. Man hat alles den Industriellen, den Banken und Handelskonzernen überlassen. Planung gilt als ein schmutziges Wort, und abgesehen von geringeren Haushalt-Kontrollen und der Manipulation des Diskontsatzes hat die Regierung bis vor kurzem jegliche Idee einer Planung zurückgewiesen, ebenso jegliche Einmischung in die Operationen der Industrie.

Ferner gab es eine niedrige Investitionsrate und viele der Investitionen, die vorgenommen wurden, waren ziellos und nicht auf ein Anwachsen der Produktion gerichtet. Man schätzt, daß nur etwa 14% des National-Einkommens in diesem Lande wieder investiert wurden. Das ist viel weniger als in West-Deutschland, Frankreich oder Japan. Hier liegt die Hauptursache, warum eine Expansion der Industrie ausblieb.

Im großen und ganzen hatten es die britischen Industriellen auf dem Binnenmarkt viel zu leicht gehabt. Hier konnten sie ihre Produkte ohne Schwierigkeiten verkaufen. Und so sahen sie keinen Anlaß für eine mühsame und kostspielige Verkaufsoffensive für ihre Güter im Ausland. Ähnlich hatten sie kein Interesse, ihre Gewinne in Neu-Investitionen „unterzupflügen". Schließlich beschäftigen sie sich mit ihrem Profit und nicht mit den nationalen Interessen.

Auch andere Ursachen haben zu der Krise beigetragen. Eine von ihnen ist der Rückgang des „unsichtbaren Einkommens". Dieses setzt sich zusammen aus Schiffsfrachten, Dividenden, die aus im Ausland angelegten Kapitalien kommen, City-Diensten u. a. 1951 nahm Großbritannien daraus noch 330 Mill. Pfund ein, 1960 nur noch 22 Mill. Pfund. Großbritannien ist nicht mehr länger der größte Schiffsreeder der Welt. Es hatte 1960 Schiffsfrachten ebenso zu bezahlen, wie seine Reedereien Geld aus Auslandsaufträgen eingenommen haben. Es hat jetzt Dividenden an ausländische Kapitalgeber ebenso zu zahlen, wie es Dividenden aus dem Ausland einnimmt. Es hat außerdem drückende militärische Verpflichtungen in Übersee, z. B. die Unterhaltung der britischen Streitkräfte in Deutschland, für die Großbritannien jetzt keinen Beitrag von der Bundesrepublik mehr erhält.

Ein weiterer Grund für das Absinken der britischen Exporte ist Großbritanniens Stellung im Sterling-Block, dessen Grenzen zum größten Teil mit den Grenzen des Commonwealth zusammenfallen. In diesem Block hat Großbritannien von jeher einzigartige Handelsvorteile gehabt, mittels politischer und traditioneller Bande und ebenfalls auf Grund von Zollvergünstigungen. Aber Großbritannien ist im Begriff, diese Stellung zu verlieren, wie folgende Tabelle zeigt:

Großbritanniens Anteile an Sterling-Block-Märkten (in Prozenten)

	Großbritanniens Anteile am Markt für industrielle Erzeugnisse im Jahre 1954	Rückgang von Großbritanniens Anteil von 1954—1960	Rückgang von Großbritanniens Anteil von 1958—1960
	Marktanteil	Marktanteil	Marktanteil
Rhodesischer Staatenbund	87,2	— 17,0	— 6,7
Neuseeland	84,9	— 13,9	— 9,8
Australien	71,7	— 21,0	— 14,4
Ghana	63,3	— 8,9	— 6,4
Nigeria	60,5	— 6,4	— 2,1
Malaya	54,7	— 15,3	— 7,7
Südafrika	52,8	— 11,6	— 8,3
Indien	46,3	— 7,7	— 1,1
Pakistan	45,2	— 14,9	— 4,2

Quelle: National Economic Review, März 1961

Der Höhepunkt der britischen Handelsbeziehungen mit dem Commonwealth wurde erreicht während der Labour-Regierung von 1945 bis 1951, als Großbritannien langfristige Verträge über Lebensmittel und Rohstoffe mit diesen Ländern abschloß. Diese Form des Handels ist von der konservativen Regierung zugunsten multilateraler Handelsverträge demontiert worden. Dies hat zum Rückgang des britischen Handels in diesem Block beigetragen.

Noch ein anderer wichtiger Faktor muß erwähnt werden. Seit 1954 haben sich die Handelsbedingungen um etwa 12% zugunsten Großbritanniens verändert. In anderen Worten: Wir erhielten für unsere Industriegüter mehr und hatten gleichzeitig im Verhältnis 12% weniger für Lebensmittel und Rohstoffe zu bezahlen, die wir aus dem Ausland, und insbesondere aus dem Sterlingblock beziehen. Man schätzt, daß dies 400 bis 500 Mill. Pfund zu unseren Gunsten in der Handelsbilanz ausmacht. Die konservative Regierung als Treuhänder unserer Wirtschaft hat wenig Nutzen daraus gezogen, um unsere Wirtschaft zu festigen und den Handel ins Gleichgewicht zu bringen. Die Kehrseite der Medaille ist, daß die Hersteller von Rohstoffen, die unsere Kunden sind, 400 Mill. Pfund weniger im Ausland ausgeben können. Das heißt, daß sie entweder weniger kaufen oder sich an Länder wenden, die ihnen großzügigere Kreditbedingungen gewähren, als Großbritannien zu geben bereit ist.

Der Handel mit den Commonwealth-Ländern ist jedoch für Großbritannien von enormer Bedeutung — ungefähr 40% seines Gesamtumsatzes im Außenhandel —, so daß Großbritanniens Beitritt zum Gemeinsamen Markt ohne gleichzeitige Sicherung dieses Handels zu einer Katastrophe führen würde.

Die kommunistischen Länder mit ihrer Bevölkerung von 1 Milliarde Menschen mit steigendem Standard in Verzehr und Nachfrage bilden einen wichtigen Zukunftsmarkt. Die Regierung hat nicht genug getan, selbst nicht im Vergleich zu ihren westeuropäischen Konkurrenten, um ihren Handel mit diesem Markte auszudehnen. (S. zum britischen Osthandel P. A. Timberlake in „Blätter", Heft 1/1961, S. 70 ff., d. R.)

Das von der britischen Regierung 1958/59 durchgeführte Programm einer Liberalisierung des Handels hat weiterhin zu unseren wirtschaftlichen Sorgen beigetragen. Die Folge dieses Programms war eine erheblich größere Freiheit für die Einfuhr in dieses Land und eine wesentlich geringere Kontrolle über die Währung. Zu dieser Zeit sprachen die Konservativen vom Wohlstand dieses Landes. Aber viele von uns spürten damals bereits, daß unsere wirtschaftliche Stärke kein Programm rechtfertigte, das auf eine fast völlig freie Konvertibilität des Pfundes hinauslief.

Großbritannien ist ein Land mit wenigen natürlichen Hilfsquellen; es hat den größten Teil seiner Rohstoffe einzuführen und mehr als die Hälfte seiner Lebensmittel. Von allen Ländern der Welt ist Großbritannien der verhältnismäßig größte Importeur. Hieraus folgt, daß es wesentliche Ausfuhren aufweisen muß, um seine Einfuhren wieder auszugleichen. Im letzten Jahrhundert, als Großbritannien die größte Industrie- und Exportnation der Welt mit keiner wesentlichen Konkurrenz war, konnte es eine Politik des freien Handels propagieren, aber die gegenwärtige Lage ist völlig verschieden; da ein so großer Teil von Großbritanniens Wirtschaft vom Außenhandel abhängig ist, ist es zweifelhaft, ob Großbritannien es sich leisten kann, sich eine Handelsfreiheit zu erlauben,wie es das heute tut. Die Folge ist, daß große Mengen von Luxus- und anderen überflüssigen Gütern in dieses Land eingeführt werden. Große Summen werden ausgegeben für Reisen ins Ausland, welche weit über das hinaus gehen, was sich unsere angespannte Wirtschaft leisten kann. Außerdem gibt es Währungsbewegungen im Ausland, die wir nicht kontrollieren können.

Ein anderer Faktor von größter Bedeutung, der unsere Wirtschaft bis zum äußersten anspannt, ist der Betrag, der für Streitkräfte und Rüstung ausgegeben wird. Die Summe von ungefähr 1650 Mill. Pfund — das ist nahezu ein Drittel des Gesamthaushalts — ist seit vielen Jahren eine beachtliche Belastung. Ein Teil davon sind Ausgaben in Übersee, die unsere Zahlungsbilanz unmittelbar belasten. Die Gesamtsumme aber ist eine der Hauptursachen für die Inflation in diesem Land. Henry Brooke, der neue „Sparkommissar" im Finanzministerium und „Held der Wohnungsgesetzgebung", wird die Ausgaben der Kreise und Gemeinden reduzieren. Eine drastische Einschränkung der Militärausgaben wird ihm jedoch nicht gelingen, ohne grundsätzlich neue Überlegungen zur nationalen Verteidigungspolitik.

Lassen Sie mich jetzt deshalb die Hauptursachen für Großbritanniens gegenwärtige Wirtschaftskrise noch einmal aufzählen: 1. Das Ausbleiben einer Vergrößerung der Produktion, die mit dem vermehrten Einkommen der Bevölkerung Schritt hält, 2. die Verschlechterung von Großbritanniens Wettbewerbsstellung durch das Auftauchen von mächtigen industriellen Wettbewerbern, 3. der Rückgang von Großbritanniens unsichtbaren Einnahmen, z. B. Schiffsfrachten, Bankzinsen und anderen Einnahmen aus dem Ausland, 4. das übermäßige Rüstungsprogramm, 5. eine Verschlechterung von Großbritanniens Stellung im Sterling-Block, 6. das völlige Fehlen jeder Kontrolle der Wirtschaft dieses Landes daheim und im Ausland: das Ausbleiben angemessener Investitionen und eines Produktivitätszuwachses und das Fehlen einer Überwachung des Zuflusses von Gütern in dieses Land und des Abflusses von Kapital aus diesem Lande.

Aus der obigen Analyse sollte man nicht den Schluß ziehen, daß Großbritannien am Boden liegt oder aus dem Rennen der Konkurrenten auf den Weltmärkten ausgeschieden ist. Großbritannien hat noch ausgedehnte wirtschaftliche Hilfsquellen und Möglichkeiten. Was es als Minimum braucht, um sein wankendes Vermögen aufzubauen, ist ein Produktionszuwachs von, sagen wir, 5% im Jahr, ungefähr 2% mehr als gegenwärtig, und ein Zuwachs in seiner Ausfuhr von un-

gefähr 15 %. Eine weitere Verschlechterung in Großbritanniens Gold- und Währungsreserven würde das Vertrauen in das Pfund im Ausland erschüttern und würde Großbritannien daran hindern, tatkräftig als Bankier des Sterling-Blocks zu wirken.

Wir wollen nun die Vorschläge der Regierung betrachten. Wie ich bereits gesagt habe, sind ihre Maßnahmen völlig darauf gerichtet, mit der inneren Inflation fertig zu werden. 1. sind die Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer für eine größere Zahl von Konsumgütern erhöht worden, 2. gibt es eine drastische Einschränkung für die Ausgaben der öffentlichen Hand, für den Hausbau, die Gemeindebauten und die Versorgungswerke, 3. eine Einschränkung für die Investitionen der nationalisierten Industrien, und zuletzt den Versuch, den Arbeitern, Angestellten und Akademikern, die gegenwärtig höhere Löhne und Gehälter verlangen, einen Lohn- und Gehaltsstop aufzuerlegen.

Man wird sagen, daß diese Maßnahmen allein darauf gerichtet sind, irgendeine Ausdehnung der vermehrten Kaufkraft durch vermehrte Einnahmen zu verhüten und einiges von der vorhandenen Kaufkraft abzuschöpfen. Dies ist ebenfalls eine Aushilfe, um mit der gegenwärtigen Notlage fertig zu werden. Es hat nichts zu tun mit den wirklichen Problemen Großbritanniens, wie ich sie umrissen habe. Insbesondere der Lohn- und Gehaltsstopp verbittert die Arbeiter und Akademiker. Die Lehrer z. B., sonst nicht gerade eine kriegerische Klasse, waren sogar im Begriff, einen Streik vorzuschlagen, um ihre vollen Forderungen durchzusetzen. Die meisten Gewerkschaften und der Gewerkschaftskongreß haben den Vorschlag der Regierung, einen Lohn- und Gehaltsstop einzuführen, zurückgewiesen. Sie weisen darauf hin, daß die Dividenden in einem viel größeren Ausmaß gewachsen sind als die Löhne und Gehälter und daß die Haus- und Grundbesitzer und Landspekulanten enorme unkontrollierte Gewinne erzielt haben und noch erzielen, als Folge der Gesetzgebung der Regierung, und daß die Regierung unbeschadet ihres Verlangens nach einem Lohn- und Gehaltsstop vorschlägt, mit der Reduktion der Steuer für den „Übersteuerzahlenden", d. h., für die Person, die mehr als 2000 £ im Jahr verdient, fortzufahren.

Die Arbeiter betrachten deshalb die Maßnahmen der Regierung als ungewöhnlich unfair, als eine offene Bevorzugung einer bestimmten Klasse. Es ist ganz offensichtlich, daß ihnen Widerstand entgegengesetzt wird. Eine weitere Maßnahme, die von der Regierung eingeführt worden ist, ist die Erhöhung des Bankzinsfußes auf 7 %. Das Ziel dieser Maßnahme ist, die Geschäfts- und Investitionstätigkeit einzuschränken, weil die Kosten der Kapitalaufnahmen zu hoch sein würden, und auf diese Weise die Nachfrage allgemein zu reduzieren. Unglücklicherweise ist der Gebrauch dieser Waffe ziemlich gleich dem Gebrauch einer wirtschaftlichen Schrotflinte, welche weit und ziellos streut. Sie trifft nicht nur ihr Ziel, sondern auch viele andere Dinge daneben. Wenn diese Maßnahme unnötige Ausgaben und überflüssige Investitionen einschränkt, so wirkt sie auch als Bremse für wesentliche Investitionen und für die Expansion der Industrie allgemein. Tatsächlich wird dadurch gerade die Expansion der Industrie verhindert, welche allein Rettung bringen kann. Sie bürdet eine große Last den Gemeinden auf, welche sich den größten Teil ihres Geldbedarfes leihen. Sie wird deshalb zu einer Einschränkung des Baus von Gemeindebauten, Schulen und Krankenhäusern führen, und das ist in der Tat das, was die Regierung zur Zeit wünscht. Sie bürdet ferner vielen Millionen Menschen eine große Last auf, die im Begriff sind, sich ihre eigenen Häuser zu erwerben, weil die Zinsen, die sie für ihre Hypothek zahlen, mit dem Diskontsatz schwanken. Es ist auf alle Fälle zweifelhaft, ob diese Maßnahme die Wirkung haben wird, die die Regierung erwartet. Das Radcliffe Committee für Währungspolitik kam zu dem Ergebnis, daß das Her-

aufsetzen des Diskonts wenig Wirkung auf die Einschränkungen der Ausgaben hat; es scheint vielmehr seine Hauptwirkung zu sein, sogenanntes heißes Geld von Finanzspekulanten im Ausland zu einem hohen Zinsfuß in dieses Land zu locken, womit sich dann die Nation auseinandersetzen muß.

Man ersieht hieraus, daß diese Maßnahmen rein kurzfristige Maßnahmen sind, die nichts tun, um das Grundproblem von Großbritanniens Wirtschaft zu lösen. Es gibt nichts in diesen Vorschlägen, was die Produktion vermehrt und die Ausfuhr vorantreibt. In der Tat kam es in der Fortentwicklung des Großteils der Produktion zu einem völligen Stillstand, seitdem diese Maßnahmen eingeführt worden sind. Während die Inflation gebremst sein mag, ist der Produktionszuwachs insgesamt gestoppt worden. Es ist richtig, daß die Regierung jetzt auch von Planung gesprochen und die Gewerkschaften zur Mitarbeit in einer zentralen Planungsorganisation eingeladen hat. Die Regierung hat jedoch nicht den geringsten Hinweis gegeben, was sie unter Planung versteht oder welche Methoden von Planung und Wirtschaftskontrolle sie benutzen will.

Die Lösung

Das Allererste, was für die Lösung von Großbritanniens Wirtschaftsproblem benötigt wird, ist ein Plan. Aber welche Art von Plan?

Ich entsinne mich, daß, als einmal die Planung auf einer Konferenz der Labour-Partei vor vielen Jahren erörtert wurde, ein Redner sagte: „Ich hätte Lust, Ellen Wilkinsons Hut neu zu planen, aber ich kann es nicht, weil er mir nicht gehört." Hier ist das Kreuz des Planungsproblems innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft. Ohne den gemeinsamen Besitz von großen Teilen der Industrie ist die Planung, gelinde gesagt, schwierig. Die nationalisierte Industrie verfolgt die Anweisung der Regierung und fügt sich in den Plan. Ohne Nationalisierung ist es notwendig, ein ausgedehntes kompliziertes und lästiges System von Kontrollen, Regelungen, Verboten und Steuermaßnahmen einzuführen, kurz, eine Sammlung von Stöcken und Mohrrüben, um den kapitalistischen Industrie-Esel zu bewegen und zu verlocken, den Weg zu gehen, den er gehen soll. Es mag in einigen Fällen funktionieren, in anderen nicht. Die Erfahrung der Labour-Regierung wies sehr gut die Grenzen dieses Systems auf. Nach meiner eigenen Ansicht muß, wenn Großbritanniens Wirtschaft wirksam geplant werden soll, ein viel größerer Teil der Privatindustrie vom Staat übernommen werden, einschließlich der Stahlindustrie (bereits im Programm der Labour-Partei vorgesehen), der Werkzeugmaschinen-Industrie, der chemischen Industrie und möglicherweise auch der Automobil-Industrie. Ich will hier nicht erörtern, ob wir einen solchen Plan dem britischen Wähler „verkaufen" können, obwohl viel davon abhängt, wie ihm die Probleme präsentiert werden.

Auch ohne radikale sozialistische Lösung können zweifellos noch viele Dinge getan werden. Einige sind bereits von Mr. Harold Wilson, Labours „Schattenkanzler", in einem Artikel im „New Statesman" vom März d. Js. und ebenfalls von der Labour-Partei in ihrem Programmheft „Signpost for the Sixties" herausgestellt worden.

An erster Stelle steht die Schaffung einer neutralen Planungskommission, die integriert ist in die Planungsmaschinerie der Regierung und nahe Fühlung hält zu beiden Seiten der Industrie (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Die zentralen Richtlinien dieser Kommission müßten eine schnelle und zweckmäßige Investitionstätigkeit in der Industrie sicherstellen.

„In Konsultation mit der Industrie müßte die Kommission den Expansionsplan für den grundlegenden Teil der Wirtschaft ausarbeiten und dafür Sorge tragen, daß das nötige Geld hierfür auch vorhanden ist. In Konsultation mit der betref-

fenden Regierungsabteilung würde die Kommission die Expansion in Gegenden locken, wo Arbeitskraft noch vorhanden ist und wo neue Arbeit noch gesucht wird.

Nachdem der Plan einmal niedergelegt worden ist, würden die vollen Hilfsquellen der Regierung benötigt werden, um sicherzustellen, daß er auch durchgeführt wird, in einer Industrie nach der anderen. Die Finanzpolitik muß auf die Investitionen gerichtet werden und auf schnelle Abschreibungsmöglichkeiten des eingesetzten Kapitals, auf eine garantierte Ordnung, wo sie angemessen ist und wo die Privatindustrie offensichtlich die Bedürfnisse nicht befriedigen kann: auf neue Unternehmen im Gemeinbesitz. Alles dies würde benötigt werden, aber es ist nicht genug, zu beschließen, daß mehr Geld in das Investitionsprogramm eingeschleust werden muß. Die Investierung von Budget-Überschüssen und staatlichen Pensions-Fonds, eine größere Kontrolle über die Investitionspolitik der Pensions-Fonds und der privaten Versicherungsgesellschaften — auch dies ist erforderlich." („Signpost for the Sixties".)

Eine solche Kommission müßte die Ziele ausarbeiten (für einen Zeitraum von vier oder fünf Jahren), die technisch möglich sind und Mittel anwenden, um sie zu erreichen, als da etwa sind finanzielle Anreize massiver Abschreibung und Steuervergünstigungen für anerkannte Investitionen.

Die Industrie ist mehr und mehr auf die Arbeit von Wissenschaftlern angewiesen. Die Regierung muß die Ausbildung von Wissenschaftlern planen. Die gegenwärtig getroffenen Vorkehrungen, die jetzige Ausbildungsrate von 14 000 pro Jahr auf 20 000 um 1970 zu vergrößern, sind unzureichend. Industrielle Forschung sollte im großen Stil gefördert und von der Regierung durch eine neugebildete Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft unterstützt werden, damit wir zumindest mit den anderen Ländern Schritt halten können. Die Regierung muß eine angemessene Zahl von ausgebildeten und gelernten Arbeitskräften durch einen nationalen Plan der industriellen Lehrlingsausbildung sicherstellen. Diese wichtigen Aufgaben können nicht dem Privat-Unternehmen überlassen bleiben.

Die Labour-Partei schlägt überdies einige Entwicklungen im Eigentum der öffentlichen Hand vor, wie miteinander konkurrierende öffentliche Unternehmen und die Nationalisierung städtischen Baulandes, obgleich viele von uns glauben, daß diese Vorschläge zu vage und nicht ganz den Erfordernissen entsprechend sind.

Diese Pläne der Labour-Partei sind, trotz ihrer Beschränkungen, Pläne, nach denen man handeln kann. Sie mögen vorübergehende Opfer verlangen, die meiner Ansicht nach das Volk auch zu bringen bereit ist, aber nur dann, wenn sie anständigerweise so verteilt werden, daß auf die breitesten Schultern die schwerste Last kommt.

Aus dem oben Aufgeführten wird ersichtlich, daß die Notwendigkeit einer Planungsbehörde gegeben ist. Schon einmal hat es die konservative Regierung mit einer Art Planung versucht, als sie 1957 ein Komitee unter Lord C o h e n s o f B i r k e n h e a d, das sog. Cohens-Komitee der „Drei Weisen" für Löhne und Preise zusammenrief. Hauptvorschlag des Komitees war eine Mäßigung in der Lohnpolitik. Aus dem Mißerfolg dieser Gruppe, die stillschweigend verschwunden ist, ist nun die Konsequenz zu ziehen, daß jede Planungsbehörde a) eine möglichst umfassende Vertretung aller sozialen Schichten darstellen soll, b) aber auch mit echter Macht ausgestattet sein muß, soll Planung selbst im kapitalistischen System einen Sinn haben. Keine konservative Regierung wird einer Art Mitbestimmung durch die Gewerkschaften zustimmen, jedoch muß auch Beratung allein als unzureichend bezeichnet werden.

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Planung ist fernerhin durch das hart-

näckige Festhalten der Regierung an dem von ihr einseitig verkündeten Lohnstop in Frage gestellt. Man erwartet hier Lohnforderungen von 250 000 Schiffsbauern, 209 000 Buspersonal, 300 000 Bergarbeitern und 450 000 Eisenbahnern, die ihre Löhne um etwa 1 Pfund pro Woche aufgebessert haben wollen. Hielte die Regierung an ihrer starren Haltung fest, würde sie nicht nur das den Bergleuten gegebene Versprechen eines Junktims zwischen Steigerung der Förderleistung pro Kopf und entsprechender Lohnerhöhung brechen, sondern es den Gewerkschaften unmöglich machen, ohne Verlust ihres Gesichtes in der neuen Behörde mitzuarbeiten. Andererseits fürchten konservative Kreise, daß die Regierung ihr Gesicht verlöre, wenn sie den Lohnstop jetzt aufheben. Diese Kreise sähen lieber eine Serie von Arbeitskämpfen als einen erträglichen Kompromiß.

Peter Hartmut Wittke

Die schwierige Mitte

Liberalismus, Kommunismus und wir

„Es ist nichts gefährlicher, als Dinge zu verschweigen, die vorhanden sind und deren Gefährlichkeit nicht bestritten werden kann." Diese Warnung stammt von Herrn Minister Strauß. Er äußerte sie am 27. 3. 1961 in München. Wir nehmen sie ernst und beziehen sie vor allem auf die mangelhaften deutschen Kenntnisse in bezug auf das Fach Geschichte und die daraus folgende Situation der Gegenwart. Denn sie gilt unbeabsichtigt im Doppelsinn für unsere Stellung und Stellungnahme zum Weltproblem Nr. 1, die Teilung der Erde in zwei gegeneinander arbeitende und polemisierende Lager, ein „freies" westliches und ein kommunistisches „östliches", das die Menschen unter Druck und Zwang hält.

Zunächst ist festzustellen, daß wir heute in Deutschland unter der Mitwirkung des erneuten, genauer des seit Bismarck ununterbrochen bestehenden Einflusses des rheinischen Unternehmertums und seiner Lebenseinstellung wieder soweit gekommen sind, daß wir, ohne nachzudenken und ohne Klarheit der Begriffe und Realitäten zu besitzen oder zu schaffen, kritiklos, eifrig, kollektiv und bedingungslos zustimmen und ablehnen, wenn es um ernste Entscheidungen geht. Wir dulden und unterstützen die Propaganda dieser Einstellung, die ihren Umfang und Einfluß von Tag zu Tag steigert. Wir streben ohne Prüfung einem scheinbar sicheren Ideal und gottergebenen Grundsätzen — vielleicht auch Grundsatzlosigkeiten — nach und bemühen uns, sie in unserem täglichen Leben bis zum äußersten zu verkörpern, besser noch: wir versuchen, in der von einigen Personen und Gruppen vorgezeichneten Form unseres Lebens ein Ideal zu sehen. Es ist diesmal vor allem wirtschaftlicher Natur und stammt aus dem 19. Jahrhundert, und wurde damals von sieben Fabrikanten aus Manchester propagiert. Man nennt es auch Manchestertum oder Liberalismus. Der Liberalismus macht den Unternehmer, d. h. den Menschen, der irgend etwas unter seiner Regie herstellen läßt, zum privilegierten Herrn und den anschließenden Handel, Verkauf und Ankauf bzw. Konsum seiner Ware zum Inhalt oder doch zum bewegenden Antrieb des Lebens. Er weist dabei wie zu seinem Beginn alle Eingriffe des Staates, das heißt heute: der Summe der Gemeinschaft gegenüber seiner Wirtschaft, auch im Sozial-

politischen weitgehend von sich. Er will alles dem „freien" Kräftespiel eines „freien" Marktes, d. h. der Initiative der einzelnen Teilnehmer an ihm unter Bevorzugung seiner eigenen Position überlassen und glaubt damit die einzig vertretbare und göttliche Ordnung des Lebensganzen herstellen zu können bzw. hergestellt zu haben. Der Staat ist für ihn ein notwendiges Übel, das der außenpolitischen Repräsentation und der Aufrechterhaltung der Ordnung durch Polizeigewalt dienen kann.

Alles, was der daraus folgenden Markt-Ideologie entgegengerichtet ist, wird mit dem Wort Kommunismus, zunehmend auch mit dem ungebundeneren Wort Sozialismus, einem alten Erbfeind des Unternehmers, diffamiert und kurzschlüssig abgetan. Von einem Begriff beider kann man auf unserer Seite leider ebensowenig reden wie von der Kenntnis ihrer Geschichte, auch und gerade dort, wo das zu unserer sicheren Führung vorausgesetzt werden müßte und notwendig wäre. Diesem fatalen Zustand kommt die Tatsache entgegen, daß im nationalsozialistischen Reich eine solche Kenntnis durch das Unterdrücken und Fehlen von exaktem Unterlagenmaterial und wissenschaftlichen Studienmöglichkeiten nicht erworben werden konnte. Denn ein sehr großer Teil der heute an entscheidenden Stellen tätigen Personen, unter ihnen auch der Verteidigungsminister, hat seine Ausbildung während dieser Zeit erhalten, wenn wir von den Bankerotteuren der Weimarer Republik absehen wollen.

Es fällt uns aus den angeführten Gründen zunehmend schwerer, mit geschulten Vertretern des Kommunismus erfolgreich oder überhaupt sachlich zu diskutieren. Über diesem gefährlichen, abgründigen Vakuum spannt sich der Boden, auf dem wir das Theaterstück der Gegenwart aufführen. Kommunismus und Sozialismus sind heute das geworden, was seinerzeit, wenn wir uns noch erinnern können, das Artfremde, das Intellektuelle, Jüdisch-Bolschewistische, rassisch nicht dem nordisch-deutschen Leistungstyp Entsprechende war, der nach den damaligen Vorstellungen von unserem Volk in summa verkörpert wurde und den es in Vollendung zu schaffen im Begriff zu sein glaubte. Das Artfremde hatte a priori keinen Anspruch auf Existenzberechtigung und wurde von den Sanfteren unter uns bestenfalls Gott zur Rücknahme empfohlen. Daß dabei die Schöpfer und Führer des Eliterassegedankens selbst über krumme Beine, dicke Bäuche und ein etwas hektisches Gemüt verfügten, ist uns damals entgangen. Vielleicht hatten wir auch nichts Besseres zum Vergleichen. (Nebenbei: Ohne Rassenwahn können natürlich ein dicker Bauch und kurze Beine etwas sehr Gemütliches und Freundliches sein.) Diese Tatsache verleitet uns heute zu dem unangenehmen Verdacht, daß die Wirtschaftsführer, die Vorsprecher des deutschen Fleißes, der deutschen Tüchtigkeit und Liquidität in Hinsicht auf das Wirtschaftswunder zum großen Teil über wenig mehr Kenntnisse verfügen könnten, als daß sie an ihren zehn Fingern Bilanzen zu überschlagen und Prozente einzukalkulieren vermögen, wobei wir von den vorhandenen technischen Möglichkeiten und dem ökonomischen Umfang der Inszenierung absehen müssen, da sie uns und ihnen in die Hände gespielt wurden, und daß sie gegebenenfalls einige Bücher über liberale Wirtschaft oder Otto von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen gelesen haben. Soldatische Befehlslust, Gehorsamkeit und Einsatzfreudigkeit können als zusätzlicher Befähigungsnachweis und Alibi ebenfalls eine Rolle spielen.

Der betrübliche Katalog

Es macht auf einen Beobachter der täglichen Strömungen unserer Umgebung einen leicht komischen Eindruck, wie sich jeder, der noch den Mut aufbringt, Kritik zu üben an der eigenen Seite, zunehmend darum bemüht, zu betonen, daß er kein Kommunist sei, daß der Sozialismus etwas Minderwertiges, Undiskutables

oder längst überholt sei und daß er, der Kritiker, von seiner Kritik ängstlich alles fernhält, was ihn in die Nähe kommunistischer Gedankengänge und Argumente zu den Problemen des Lebens bringen könnte, auch wenn sie sich aus seinem Grundgedanken unschwer und logisch ergeben. Die Folge ist dann, daß er seine eigenen Gedanken verwässert, entkräftet und sich selbst zu belügen anfängt.

Die jungen Generationen, die das nationalsozialistische Reich, die damals in Deutschland herrschende Mentalität und die dazugehörigen Folgen von 1939 bis 1945 nur vom Hörensagen kennen, wären mit dem Hinweis darauf gut beraten, daß sie an der deutschen Gegenwart ein Musterbeispiel dafür vor sich haben und studieren können, wie eine solche extreme und kollektive Haltung und Verschuldung zustande kommen konnte und kommt.

Zu den Faktoren, die sie schaffen, gehört zunächst vor allem anderen einmal Denkfaulheit oder Denkunfähigkeit sowie Verantwortungslosigkeit des einzelnen. Die Verantwortung wird auf die sogenannten Verantwortlichen abgeschoben. Sie bleibt wie der Schwarze Peter am Ende an denen hängen, die keinen Abnehmer mehr dafür finden können, weil keine Karten mehr weiterzugeben sind, und die sich häufig auch aus Geltungsbedürfnis in dieser oder jener Position nach vorn oder oben gespielt haben oder durch sonstige Umstände dorthin gelangt sind. Damals waren es „die Nationalsozialisten" bzw. der Nationalsozialismus, heute ist es das, was die USA tun und für richtig halten, auch wenn es sich dabei um etwas durchaus nicht konstantes handeln sollte. Der Name H i t l e r oder USA genügt(e) und garantiert(e) für die Richtigkeit und Güte der Erzeugnisse, wenn es nicht eine hohe Rechnung ist, die man bezahlen soll. Leider wird die Rechnung immer erst a posteriori präsentiert. Zunächst quittieren wir den Lieferschein und freuen uns an der Ware.

Weitere Faktoren, die bei diesem nationalen Kollektiv eine Rolle spielen, sind: Konformismus aus Eigennutz, der dann als Tüchtigkeit oder Allgemeinsinn ausgelegt wird, Nutznießertum, Heuchelei, Betrug und Selbstbetrug, Mut-, Kraft- und Herzlosigkeit, Eitelkeit, Großmannssucht, Angst vor jeder Art von persönlichen Konsequenzen auch schon im Denken, Liebedienerei nach oben, meist auch aus Eigennutz oder aus Obrigkeitsglauben, militärisch gehorsames Akzeptieren jeder obrigkeitlichen Meinung und Anordnung, gegenseitiges Sich-Überbieten, damals in der nationalsozialistischen Haltung und Disziplin, heute im Vornehm-, Up-do-date- und Gutgekleidetsein, größtmögliche Überschätzung des Reichtums und reicher Leute, übertriebener Stolz auf eigenen, „selbsterworbenen" Besitz und zuletzt der große Kampf- oder Verteidigungskomplex, aus dem dann meist ein Angriff wird. Dürers Ritter, Tod und Teufel ist ein zutiefst deutsches Bild, das das Fazit unserer Welt- und Daseinsgedanken einschließt, wenn wir uns schon und noch der Mühe unterziehen, uns solche zu machen. Das Pferd des Ritters kann durch einen Mercedes, seine Lanze und sein Schwert durch ein Auftragsbuch und einen Kontoauszug ersetzt werden. Vergessen wir dabei nicht ein etwas zelotisches Eiferertum, das allerdings meist nur vor dem Platzen des ersten Bombenteppichs auf dem eigenen Grundstück oder der Verlustmeldung des einzigen Sohnes und Erben wirksam ist.

Ein bemerkenswerter Kurzschluß ist es auch, daß teilweise, scheinbare und persönliche Erfolge und Vorteile am Anfang einer Sache als Bestätigung und für alle Zeit und alle Menschen bleibend angesehen werden, so daß ihr Bestehen jedes weitere Durchdenken und jede Korrektur des Handelns erübrigt. Vorhandene Negativa auf einem Gebiet werden durch vorhandene Positiva auf dem anderen übersehen, verleugnet und sind deshalb nicht der Rede wert. Sie schaffen nur unnötige Beschwerden beim Versuch ihrer Beseitigung. Sie sind immer nur beim Gegner oder Nachbarn interessant und vorhanden.

Soweit der betrübliche Katalog. Was ihn unerträglich macht, ist der deutsche Hang, alles zu einer monströsen Vervollkommnung zu steigern und zu übertreiben, worum es sich dabei auch immer handeln mag, um Antisemitismus, um Warenangebote, um Liberalismus oder um „Sozialismus". Auch ist der Deutsche geneigt, alles in „geistig" gegensätzlichen „Polen" zu sehen, die nicht reibungslos zusammenkommen können und nicht ineinander aufgehen wollen, ob es sich dabei um das Verhältnis von Mann und Frau, Individuum und Gemeinschaft, Trieb und Sitte oder Freiheit und Bindung handelt. Auf unsere Leistungen aber sind wir sehr eitel und wollen es kaum zur Kenntnis nehmen, daß es solche auch anderswo gibt, wenn auch manchmal auf anderen Gebieten.

Natürlich läßt sich in bezug auf diese durchaus pathologische Lage die Erkenntnis Rudolf K a s s n e r s anwenden, daß hier der Quäler und der Gequälte eine Person sind. Das schafft aber weder die Tatsachen aus der Welt, noch kann es zu ihrer Entschuldigung dienen. Es erklärt sie nur. Man könnte ferner darauf hinweisen, daß auch Menschen anderer Völker diese Eigenschaften zeigen. Sicher, aber wohl bei keinem Volk kommen alle diese Eigenschaften so dicht und geballt zusammen und werden so ins Extreme getrieben wie bei unserem Volk. Dadurch entsteht das, was man mit einem Wort als Mitläufertum bezeichnet. Dieses war der Hauptgrund für die Wirksamkeit des Nationalsozialismus und ist eine der stärksten Komponenten bei der Verbreitung des „Wohlstands".

Wie kann eine solche Lage in Deutschland entstehen? Sicher hängt es mit seinen Schulen und seiner Erziehung zusammen, auch mit seiner durchaus nicht kontinuierlichen und in bezug auf das heutige Deutschland lächerlich kurzen und wilden Geschichte, die auf einer durchaus gewollten und künstlichen Vorstellung, Konstruktion und auf dem Zufall eines Sieges über Frankreich beruht. Es würde aber zu weit führen, jetzt die deutsche Geschichte aufzurollen. Nur auf eines sei hingewiesen: Wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert kein politisch einheitliches und zusammengehöriges Gebilde war und daß es z. B. im 30jährigen Krieg der teils zu dieser, teils zu jener Partei gehörende Tummelplatz für die Heere souveräner ausländischer, national in sich geschlossener Staaten war (z. B. Schwedens), oder daß es im 18. und 19. Jahrhundert ein im einzelnen ganz verschiedenes Verhältnis zu Frankreich hatte. Die Geschichte und die Politik Ö s t e r r e i c h s war durch Jahrhunderte weit geschlossener, souveräner und kuntinuierlicher, was ohne Zweifel mit dem um so vieles liebenswürdigeren, geschickteren und gleichmütigeren Charakter seines Volkes in Verbindung gebracht werden muß. In Deutschland pflegte man das mit „Schlamperei" zu bezeichnen. Es ist sehr die Frage, ob z. B. Wien oder Salzburg eine Schlamperei sind bzw. aus einer solchen mit allem, was dazugehört, entstehen konnten.

Die Daten des heutigen Deutschlands stammen aus der Welt des 19. Jahrhunderts und sind mehr über Nacht im Gehirn einiger ehrgeiziger preußischer Politiker mit Großmachtträumen entstanden als natürlich gewachsen. Der „deutschfühlende" Oberlehrer hat sie seither unermüdlich verbreitet. Ihr erster Repräsentant war Kaiser W i l h e l m. Deutschland pflegt auf Grund dieser Tatsachen als Staat gegenüber den anderen europäischen Völkern oder den weltpolitischen Tendenzen immer etwas nachzuhinken. Wir erinnern an sein verspätetes Auftreten als Kolonialmacht. Es scheint, daß auch unsere heutigen Staatspolitiker etwas nach rückwärts gerichtet sind und nichts anderes versuchen als den Nachholbedarf des ehemaligen kleinen Untertanen an Individualismus ins Extreme zu übersteigern, wobei wir ausdrücklich zwischen Individuum und Persönlichkeit unterscheiden möchten.

Liberalismus — Kommunismus

Kommen wir an dieser Stelle zu unserem Anliegen zurück: Es ist in bezug auf das Vorhergesagte mehr als angebracht, den Unterschied zwischen Liberalismus und Kommunismus, der heute auch im quantitativen Sinn die Welt teilt, grundsätzlich, sachlich, kurz und genau festzulegen. Ein solcher Vergleich kann nicht oft genug wiederholt werden, damit wir uns keinen Illusionen hingeben.

Der Liberalismus räumt dem einzelnen, vor allem dem Unternehmer, dem Fabrikanten und Händler ein kaum noch zu steigerndes Maß an Freiheit ein. Er macht einen uneingeschränkten Gewinn, uneingeschränktes Einkommen und uneingeschränkten Erwerb von Privatbesitz sowie dessen Vermehrung durch Verleih und Zins zum Grundsatz eines sogenannten freien Lebens des einzelnen. Je größer das Kapital ist, desto größer werden die Gewinn- und die „Arbeitsmöglichkeiten" des Kapitals. Eine Unterschiedlichkeit der einzelnen wird dabei a priori vorausgesetzt, vererbt oder gefolgt aus dem verschiedenen Kapitalgewinn aus Arbeit, Kauf und Verkauf. Die Stellung und das Ansehen des einzelnen nehmen mit der Größe seines Kapitals und seinem Kapitalgewinn zu.

Der Erwerb von Lohn, Kapital und Besitz wird durch das scheinbare Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt. Angebot und Nachfrage werden dabei in einer im Moralischen und in bezug auf ihre Notwendigkeit kaum noch großzügiger möglichen Bewertung geregelt. Ein Blick in die Schaufenster und auf die Filmplakate in den Geschäftsvierteln unserer Großstädte genügt, um dafür genügend Anschauungsmaterial zu finden.

Diese zweifellos labile, grundsätzlich materialistisch eingestellte liberale Lebensordnung befindet sich in ihren Teilen, Einzelpersonen und Interessengruppen in ständiger, durch Propaganda und Kapitalkraft durchaus manipulierbarer und manipulierter Bewegung und Gegenbewegung oder, vornehmer ausgedrückt, in freier Konkurrenz, nach dem Grundprinzip der Vereinigung von Kapital und Macht, was in das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage und die Preisbildung einzukalkulieren, leider aber in der Theorie weitgehend einzukalkulieren vergessen worden ist. Sie wird nur durch gröbste Gesetzesverstöße, wie Mord oder offenbaren Diebstahl, eingeschränkt. Die Folge dieser „Ordnung" ist neben einer leicht möglichen Verwechslung von Eigentum und Klugheit in jedem Fall ein allgemeines Wettrennen nach „oben", ob es sich nun um ein notgedrungen spendableres wie heute oder ein brutaleres Unternehmertum wie im 19. Jahrhundert oder in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts mit einer mehr oder weniger großen Lust zur Gewinnbeteiligung, ein reicheres oder ein ärmeres Volk, einen Staat oder eine Wirtschaft handelt. Wir haben dabei Ordnung in Anführungszeichen gesetzt, denn Ordnung setzt feste Grenzen, der Liberalismus aber hat durch die geschilderte Grundsachlage seines Lebens die Tendenz, vor allem zunächst in moralischer Hinsicht eine allgemeine Unordnung hervorzurufen.

Der Kommunismus oder der Sozialismus, wie ihn die Kommunisten verstehen, geht davon aus, daß eine uneingeschränkte persönliche Freiheit des einzelnen in Verbindung mit einem aus Konkurrenzkampf bestehenden Lebensprinzip grundsätzlich unmoralisch, ungerechtfertigt und ungerecht ist. Er will die Güter des Lebens in Richtung auf eine geringere, menschlich gerechtere Unterschiedlichkeit der einzelnen und eine stabilere, gleichmäßigere Befriedigung aller verteilt sehen, die nicht, wie der Liberalismus, die Übervorteilung des kapitalschwächeren, kaufmännisch uninteressierten Partners herausfordern bzw. unausbleiblich nach sich ziehen. Er setzt Moral und sozialistische Ordnung gleich, da durch Amoralität das soziale Gefüge gestört und zerstört wird. Moral ist ja nichts anderes als eine allgemeine, soziale, die Gleichberechtigung und gleiche Verpflichtung aller voraussetzende stabile Konstante, wie sie auch die christliche Religion, allerdings

nur als vor Gott bestehend, propagiert. Der Ausdruck sozial kommt vom griechischen sozius und heißt Gefährte, Partner, Mitmensch, oder wie immer man bei einer positiven, freundschaftlich mitfühlenden Haltung seinen sozius im Leben noch bezeichnen will.

Die Zerstörung des Lebens durch eine asoziale, amoralische Handlungsweise muß durchaus nicht immer gleich einen sofortigen Auseinanderfall und Zusammenbruch nach sich ziehen. Sie kann sich zunächst darin zeigen und erschöpfen, daß sie z. B. die Jugend einer so handelnden Gesellschaft angreift, daß deren Frische und Natürlichkeit ab- und deren Kriminalität qualitativ und quantitativ zunimmt, daß sie die kulturellen, d. h. die Gemütswerte, unterdrückt und entkräftet oder grob, laut und flach macht, wie es z. B. aus den Musikboxen zu hören ist. Ein aus der sozialistischen Anschauung stammender Kommentar, der von dem betroffenen Kreis durchaus bestätigt werden kann, soll zur Erklärung dieses Prozesses der kulturellen Zersetzung zitiert werden: „Der liberale, kapitalistisch und materialistisch eingestellte Bürger hat, einmal zur Macht gekommen, kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose, bare Zahlung. Alles wird zur Ware. Auch der Künstler, eine ‚freie' Persönlichkeit geworden, frei bis zur Vereinsamung, sinkt auf die Stufe eines bloßen Warenproduzenten herab. Seine Beziehungen zur Umwelt, der natürlichen wie der gesellschaftlichen, werden mehr und mehr bestimmt durch die herrschenden Ware-Geld-Beziehungen. Die liberale bürgerliche Gesellschaft, geprägt durch das Wolfsgesetz des Kapitalismus: ‚Friß oder du wirst gefressen', muß ihm als unmenschlich, gegen das Wesen des Menschlichen gerichtetes Verhältnis erscheinen, als menschenfeindlich empfunden werden. Das bedeutet, daß der Künstler kein ästhetisches Verhältnis dazu eingehen kann und entweder zum sozialen Ankläger werden oder sich in einen ästhetischen Formalismus verlieren und flüchten muß." — Die ‚moderne' Kunst ist in Malerei, Plastik und Musik ein Beispiel für diese Flucht. Es ist heute für einen freischaffenden Künstler, Maler, Musiker oder Schriftsteller kaum noch möglich, ohne weitgehende Zugeständnisse an diese Lage zu existieren. Die Folge ist ein spürbares Absinken der Qualität sowohl in bezug auf die Einzelpersönlichkeit wie auch im allgemeinen.

Man behauptet — wenn man schon die Moraltheorie des Kommunismus anzuerkennen gezwungen ist —, der Kommunismus beruhe auf einer zu idealen Vorstellung vom Charakter des Menschen, der von Natur aus gar nicht auf Gleichheit und Gerechtigkeit eingerichtet sei, sondern schon rein biologisch auf Ungleichheit beruhe bzw. auf sie hinauslaufe. Sehen wir davon ab, daß es ungerechtfertigt ist, etwas durchaus Ideales einfach achselzuckend abzutun, sehen wir weiter davon ab, daß auch der Liberalismus zunächst auf einer willkürlichen Annahme oder Lebensgewohnheit beruht, und sehen wir überhaupt von der Richtigkeit und Gültigkeit der harten, pessimistischen, mit der Darwinschen Lehre vom „Kampf in der Natur" zusammenhängenden und ihr entsprechenden biologisch-psychologischen Theorie ab. In bezug auf die Praxis des Kommunismus läßt sich im Gegenteil sagen, daß er die Situation durchaus real beurteilt, indem er seine sozialen Vorstellungen zum kategorischen Imperativ erhebt, unbeschadet der Frage, ob für seine Notwendigkeit eine erbbiologische Grundlage vorliegt oder ob es sich um eine Sache der Erziehung handelt. Daß er als Diktator auftritt, muß nicht auf den widerspenstigen menschlichen Charakter zurückgeführt werden, sondern kann auch damit begründet werden, daß der Liberalismus die kaum zu übersehende Gefahr in sich birgt, ein Chaos zu erzielen und keineswegs ein Gleichgewicht der Kräfte. Im übrigen sind auch in der freien Marktwirtschaft diktatorisch wirkende Kräfte am Werk, und wenn es, von der Verbindung zwischen Kapital und Macht abgesehen, nur darum geht, daß den Menschen von sei-

ten eines Produzenten diese oder jene Ware zum Verbrauch zudiktiert bzw. psychologisch suggeriert wird oder daß der Arbeitsmarkt diese Eigenschaften fordert und jene ablehnt, so daß ein Mensch mit einer anderen Mentalität tatsächlich „frei" ist.

Solange sich die Bewegungen des Liberalismus nach oben Luft verschaffen können, ist alles gut, wenn es auch hart zugeht. Wehe aber, wenn die oberste Grenze erreicht ist und eine weitere Aufwärtsbewegung der Spirale nicht mehr möglich ist. Es wird heute unter anderem ganz von der Haltung der noch neutralen Entwicklungsländer abhängen, ob sie es zulassen und ermöglichen, daß sie weiter durch weiße oder gesprenkelte Aktiengesellschaften ausgebeutet werden und ob sie sich eine kapitalistische Organisation bei den riesigen und schwierigen Aufgaben, vor die sie mit ihrem Bevölkerungszuwachs gestellt sind, überhaupt leisten wollen und leisten können. Das Ringen um den Kongo und andere weltwirtschaftlich wichtige afrikanische Gebiete ist ein Zeichen für die Gefährlichkeit und Problematik der Situation. Um dazu noch eines zu sagen: Der Liberalist ist Pessimist in bezug auf den Kommunismus und seine Durchführbarkeit, wenn er nicht von Haus aus ein „Herrenmensch" ist, der Kommunist ist Pessimist in bezug auf den Liberalismus und seinen Fortschritt. Entscheiden wird diese Frage in jedem Fall die Entscheidung der Wirklichkeit.

Das Problem von Freiheit und Bindung

In Zusammenhang mit dem, was über die prinzipielle Unterschiedlichkeit der einzelnen im Liberalismus gesagt wurde, und dem, was der Kommunismus unter einem konsequenten Sozialismus versteht, drängt sich noch ein Gedanke hinsichtlich des deutschen Nationalsozialismus auf: Der Nationalsozialismus betonte die Ungleichheit des einzelnen in bezug auf Rasse und Nation und baute darauf eine Weltordnung auf, die allerdings nicht zur Durchführung gelangte. Er war demzufolge eigentlich gar kein Sozialismus, sondern ein nationaler Liberalismus, der in einen offenen und erbarmungslosen Konkurrenzkampf zwischen Völkern und Staaten ausartete, dabei aber selbstverständlich seine eigene Truppe mit dem Notwendigen versorgen mußte, was er dann unrichtigerweise mit Sozialismus bezeichnete. Es wäre deshalb einer Überlegung wert, ob die heutige Begabung der Deutschen für den Liberalismus nicht von daher rührt.

Das Ziel der kommunistischen „Weltrevolution", das als Schreckgespenst hingestellt wird, ist nichts anderes als der Versuch des Kommunismus, sein Prinzip zur Geltung zu bringen, wohlwollend zuzusehen oder Hilfe zu leisten, wenn es sich in anderen Ländern selbst durchsetzen will, so wie es das Bestreben des Westens ist, sein oben genanntes Prinzip der liberalen „Freiheit" überall dort aufzubauen und durchzusetzen, wo er auftritt und die Initiative des Handelns an sich bringen kann. Beispiele: Laos, Kongo, Kuba. Das Beispiel Südkorea zeigte, daß die Auswirkungen einer liberalen Organisation auch negativ sein können.

Andere als Gegensätze oder Verschiedenheiten zwischen Ost und West angeführte Faktoren, z. B. die Feststellung: hier gläubiges Christentum, dort empfindungsloser mechanischer Atheismus, sind keine echten Unterscheidungen zwischen beiden Lagern. Oft sind es nur sekundäre, vorübergehende und politische Nebenerscheinungen, menschliche Schwächen, historische Bedingungen und Gebundenheit auf beiden Seiten. Als Beispiel dafür seien die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten und Bevölkerungen des Ostblocks und damit die menschliche Farbe und Variation des jeweiligen örtlichen Kommunismus genannt oder, im liberalen Lager, die ausgleichende Geduld des Engländers gegenüber der Neigung, ja Leidenschaftlichkeit des Deutschen zur Übertreibung.

Was unser Verhältnis zum Christentum angeht, so kann wohl keiner, der Ver-

stand und Gewissen besitzt, behaupten, es spiele bei uns praktisch im täglichen Leben eine oder womöglich die entscheidende Rolle, auf die es eigentlich Anspruch erhebt und auf die wir uns berufen. Die sogenannte Moralische Aufrüstung ist eine blasse, durch ihr Engagement im Kalten Krieg auch noch unglaublich gewordene Aufforderung dazu. Den sogenannten materialistischen Fortschrittsglauben, den man dem Kommunismus als Ersatzreligion vorwirft, teilen wir durchaus mit ihm. Nur haben unsere Vorstellungen vom materiellen Fortschritt eine andere Ausgangsposition und in Hinsicht auf seine Verteilung auch ein anderes Ziel.

Wenn wir das vorliegende Problem auf seine kürzeste Formel bringen und auf seinen Kern reduzieren wollen, so handelt es sich dabei um das Problem von Freiheit und Bindung und seinen scheinbaren Widerspruch. Die Freiheit besteht nicht nur aus dem Freisein von, sondern auch aus dem zu einer Sache. Diese Bindung (Freiheit, etwas zu tun, wird ja zugleich wieder Bindung) ist an sich durchaus nichts Negatives, sondern etwas Naturgegebenes und sehr Fruchtbares. Unser ganzes Leben ist eine einzige Bindung an uns selber, an unsere Gestalt und an unsere Umgebung. Es kommt deshalb vielleicht weniger darauf an, ob und worin „Freiheit" besteht, sondern wie die Bindung der Menschen an- und untereinander aussieht. Das, was wir als Unfreiheit in der persönlichen Meinungsäußerung im Bereich des Kommunismus bezeichnen, beruht eigentlich auf dem Wunsch nach einer andersgearteten Bindung der Menschen untereinander, die sich mit der bürgerlich-liberalen, zur Eigenbrödelei neigenden, nicht verträgt und von ihr empfindlich gestört würde, wenn sie zur Wirksamkeit käme. Wir müssen dabei grundsätzlich von der uns im Praktischen oft unverständlichen Unterdrückung und davon, daß im Einzelfall eine engstirnige Anwendung und Auslegung des Erlaubten und Unerlaubten möglich ist, absehen. Das kann immer und überall vorkommen und kann auch rein persönliche Gründe von Mensch zu Mensch haben. Ein gegenständlicher Maler hat bei uns die Freiheit, so zu malen, wie es ihm gefällt. Er hat aber trotz der ausdrücklichen Erlaubnis nur wenig Chancen, damit in ein rentables Geschäft zu kommen.

Die völlige Ungebundenheit des Individuums und das Nichts des Alleinseins, über deren Schmerzlichkeit, Existenzialismus und schizophrene Erscheinungen der Bürger zuweilen klagt, haben nichts mit Freiheit zu tun. Sie sind ein toter Punkt, der aus dem Mangel an natürlicher Bindung entstanden ist und gegenwärtig von der Mechanik des Wirtschaftslebens in Bewegung gebracht und gehalten wird.

Das letzte, was darüber zu sagen wäre, ist, daß für das Verhältnis von Freiheit und Bindung das Paradoxon gilt, daß eine wirkliche und größtmögliche Freiheit im Leben nur in der innigsten Bindung und Verbindung besteht. Beispiel: Die reale Liebe, auch und vor allem die zwischen Mann und Frau. In ihr kann jeder gesunde Mensch selbst erleben und empfinden, worum es sich dabei handelt. Ihre Zeugen sind wir als ihre Kinder alle selbst. Wer liebt, empfindet keinen Zwang. Wer Zwang empfindet, liebt nicht oder vermag nicht zu lieben. Hier hört jede Theorie auf und geht in die Wahrheit des Lebens über. Liebe löst den Menschen und erlöst ihn zwanglos, unmittelbar und unwillkürlich zur Freiheit von seinem eigenen Ich, indem sie ihm gleichzeitig ein gesteigertes Lebensgefühl gibt. Dadurch verspürt er sich selbst im Gefühl einer starken und maximalen Freude in seinem Partner. Vielleicht ist es in dieser Formulierung gelungen, das Paradoxon begreiflich zu machen, in das das Leben eingeschlossen ist, soweit das mit Worten auszudrücken möglich ist. Das Paradox steht am Ende des Bemühens, das Leben mit Worten logisch festzuhalten.

Es läßt sich durchaus sagen, daß der Kommunismus die Menschen zur Liebe

zwingen will, während das Christentum sie dabei ihrer Heuchelei überlassen hat und überläßt und die eigentlich für diese Welt bestimmten Lösungen der Einfachheit oder Ohnmacht halber ins Jenseits transzendiert, d. h. sie dem Jenseits überläßt, wobei ebenfalls, wie beim Liberalismus, wieder allerhand mehr oder weniger durchsichtige Manipulationen möglich sind, z. B. das gnädige Verzeihen Gottes für reuige Sünder vor seinem Thron im unbeweisbaren Jenseits nach oder kurz vor dem Tod und die These, daß Christus mit seinem Tod die Tilgung unserer Sünden vorweggenommen habe. Sie verführen dazu, angesichts der bevorstehenden und vergebenden Beichte munter zu sündigen. Die Abneigung und die Angriffe des Kommunismus gegenüber dem Christentum bzw. der Kirche als führender sittlicher Macht rühren im Grunde daher. Eine Verbindung zwischen Liberalismus und Liebe aber ist nur auf dem Weg über An- und Verkauf möglich, bzw. läuft darauf hinaus oder legt dieses Verhalten oft recht nahe, auch und gerade wenn dabei der Rahmen einer Ehe gewahrt bleibt. Andere Erscheinungen wollen wir hier der Delikatesse halber nicht weiter ausführen und mit Beispielen kommentieren. Wer an dem oft kaufmännischen Verhältnis der bürgerlichen Ehe zweifelt, findet u. a. in den Briefen Ludwig Thomas treffliche Kommentare dazu.

Die Krankheit des Kommunismus ist dem Vorgesagten zufolge unter Umständen die Gewaltsamkeit, die unausbleibliche Folge und Krankheit des Christentums in der liberalen Welt aber die Psychologie und die pathologische Situation, auf die unsere Schulpsychologie aus ist, bzw. auf der sie beruht.

Es ließe sich natürlich sagen, daß ein wirklich sozial und christlich handelnder Liberalist und Privatunternehmer besser ist als ein verständnisloser, unverständiger, bürokratischer oder eigensüchtiger, unintelligenter Vertreter des Sozialismus. Leider weist die Praxis kaum einen solchen Unternehmer auf, so wie auch der begabte Sozialist nicht gerade zahllos erscheint. Diese Tatsache löst aber das Problem keinesfalls schon zugunsten des Liberalismus.

Angst und Unbildung ...

Sehen wir uns im Anschluß daran noch etwas in der Praxis um: Der Westen ist im ganzen ebenso stolz darauf, daß der Lebensstandard seiner Angehörigen im Durchschnitt höher ist als der des Ostens, wie die Bundesrepublik mit Genugtuung darauf hinweist, daß der Lebensstandard oder die Freiheit ihrer Bürger größer sind als die der Bürger der DDR. Grund dieses Unterschieds ist die Tatsache, daß Rußland in der Industrialisierung und Ausbildung seiner Bevölkerung seit und mit Verschulden der Zarenherrschaft im Rückstand lag, bzw. noch liegt, und daß der Kommunismus wohl überhaupt davon ausgeht, daß der Konsum allein den Menschen ja gar nicht wirklich glücklich macht und daß es wesentlichere Aufgaben gibt als den Verbrauch eines reichhaltigen und wahllosen Angebots und die Erfüllung einer individuellen Nachfrage. Was die DDR betrifft, so ist zu sagen, daß ihr keine Starthilfe von über 7 Milliarden Mark, wie der Bundesrepublik von seiten der USA, zur Verfügung gestellt wurde, wobei noch zu entscheiden wäre, mit welcher Absicht das geschah, und daß, last not least, die industrielle Kapazität des Terrains, das durch die Grenzziehung von 1945 zum Gebiet der heutigen DDR wurde, weitaus geringer war und ist als die der heutigen Bundesrepublik. Auch darf bei einem Vergleich nicht vergessen werden, daß Rußland selbst durch die Kriegszerstörungen und Unterbrechungen seiner Wirtschaft ganz ungleich schwerer getroffen wurde als der Westen. Das war wohl einer der Gründe dafür, daß sich die russischen Besatzungstruppen nach dem Krieg uneingeschränkt aus dem Lande ernährten. Den Krieg, das kann nicht oft genug wiederholt werden, erklärte Deutschland unter Vertragsbruch an Rußland,

soweit da überhaupt erklärt wurde. Auch Präsident K e n n e d y war nur deshalb Soldat, weil Deutschland den Krieg begonnen hatte.

Diese Tatsachen eines derzeit noch bestehenden wirtschaftlichen Rückstands — im Kulturellen besteht er keinesfalls —, für dessen unveränderten Fortbestand es keine vernünftigen Gründe gibt, können neben der menschlichen Neigung zu atavistischem Beharren im Althergebrachten in bezug auf gesellschaftliche Gewohnheiten (z. B. innerhalb der Bevölkerung Ostdeutschlands) neben dem Sog des hektischen westdeutschen Liberalismus und der „drüben" angewandten, aus einer Zwangslage kommenden Härte und Unbeweglichkeit, vielleicht auch Ungeschicklichkeit, nicht aber Böswilligkeit seitens derer, die den Kommunismus ein- und durchführen wollen, als Wurzel aller Folgeerscheinungen betrachtet werden, unter denen die DDR zu leiden hat und gegen die sie mit größeren und kleineren Erfolgen ankämpft.

Eine weitere Entwicklung auf beiden Seiten bleibt abzuwarten. Den Versuch des Ministers Strauß, den Kommunismus durch das drohende, wenig aussagende Wort „Weltrevolution" allein zu verteufeln, kann man gerade auf Grund seines Hinweises, „daß es gefährlich sei, Dinge zu verschweigen, die vorhanden und gefährlich sind" (so lautet der überwältigend logische Inhalt seiner Redeweise), nicht gutheißen. Im übrigen ist es s e h r fraglich, ob sich Rußland, wenn es nicht kommunistisch, sondern liberalistisch regiert würde, ohne weiteres zu allem bereit fände, was uns vor allem in der Bundesrepublik vorschwebt. Wir sehen am heutigen Frankreich, daß es durchaus dazu neigt, seinen eigenen Weg zu gehen. Auch England verhält sich persönlich, z. B. in seinem Verhältnis zu China.

Alles in allem aber muß gesagt werden: Es gehört mehr Kraft, Bildung und Vernunft dazu, Neutralität und Frieden herzustellen und zu bewahren, als mit Revision zu drohen, wie das von unserer Seite aus seit eh und je geschieht, weil bei uns Angst und Unbildung, vielleicht auch die Wirkung unserer unglücklichen geographischen und historischen Lage größer sind als der Verstand.

Als Anmerkung soll noch auf einige Kleinigkeiten hingewiesen werden: Wer im „Dritten Reich" einmal Vorträge von SS-Propagandisten gehört hat, wird feststellen müssen, daß deren Argumente gegen den Kommunismus sich von den heute in der Bundesrepublik gebräuchlichen kaum unterschieden, sowohl in bezug auf die unsaubere oder fehlende Logik als auch auf einzelne Motivierungen. Man könnte deshalb die frivole Frage stellen, warum nicht die SS rehabilitiert wird, um Deutschland und die abendländische Kultur vor der sklavisch-bolschewistischen Lebenslehre zu retten und den ungestörten Verbrauch der zahl- und wahllosen Konsumgüter des abendländischen Lebensgenusses für Damen und Herren, Teens und Twens zu garantieren oder neue Absatzgebiete für sie zu erschließen. Wegen des zu ihr gehörenden „Judenproblems" muß dieser Gedanke fallengelassen werden; es stellt übrigens auch nichts anderes als eine falsch angesetzte „Polarität" bzw. eine fehlerhafte und ungerechte Logik dar, wie sie im Verhältnis von Einheimischen zu Fremden vorkommen kann, aber beileibe nicht zwangsläufig vorkommen muß.

In unserer Gesellschaft gilt für Gefahrenmomente meist der Grundsatz: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Das ist ein ausgesprochener Verdrängungskomplex und verhindert jedes vernünftige Nachdenken, jede Überlegung, Stellungnahme und Rechenschaft des einzelnen vor sich selbst. Das war damals so, als stellenweise das Gerücht von Grausamkeiten in den Konzentrationslagern durchdrang oder als der Krieg praktisch verloren, der Glaube an den Endsieg aber trotzdem tabu war, und das droht auch heute wieder so zu werden.

Dokumente zum Algerienkrieg

Auf diesen Seiten finden sich Zeitungsberichte, Zeugenaussagen, Stellungnahmen von Intellektuellen und Gewerkschaften, eine Parlamentsrede: insgesamt eine Auswahl, deren Wahrheitsgehalt über jeden Zweifel erhaben ist. Sie befaßt sich nur mit einem Aspekt des Algerienkriegs: mit der polizeilichen Unterdrükkung in P a r i s , die in den letzten Wochen ihr gewohntes Maß beträchtlich überschritt. Am 5. Oktober „empfahl" die Polizei den Algeriern, zwischen 20.30 Uhr und 5.30 Uhr morgens nicht aus dem Haus zu gehen. Dieses kollektive Ausgehverbot, das Angehörige eines Volkes betraf und an Nazivorbilder erinnert, löste Proteste aus und führte am 17. und 18. Oktober zu algerischen Massendemonstrationen im Zentrum der Hauptstadt, an denen sich mindestens 30 000 Menschen beteiligten. Über den friedlichen und überaus disziplinierten Charakter dieser Demonstration herrscht Einmütigkeit. Sie führte zu Toten und Hunderten von Verletzten, zu 15 000 Verhafteten, weil die Polizei mit unübertrefflicher Brutalität alles niederknüppelte, was algerisch war. Rassistischer Haß entfaltete sich ungehemmt. Aber was in der Öffentlichkeit auf den großen Boulevards vor sich ging, ist seit langem auf den Polizeiwachen, in den Folterkellern der „Harkis" und in den Konzentrationslagern üblich. In aller Stille wird viel gequält und viel gemordet. Über die Zahl der Opfer weiß man nichts Genaues, aber man hat zahlreiche Leichen aus der Seine gezogen, und durch Überlebende erfuhr man, daß kompakte Gruppen von Algeriern in den Fluß geworfen wurden. Die Justiz gibt amtlich mehr als 60 Mordfälle an. Diese Zahl ist aber gewiß nur eine Teilwahrheit.

Unsere Dokumentation führt ein wenig hinter die Kulissen, in die Kellergewölbe der großen Politik, wo gefoltert wird. Das ist die Kehrseite Charles d e G a u l l e s , und wer sie nicht kennt, geht an seiner Wirklichkeit vorbei. Er hat es nicht gewollt? Ganz gewiß nicht. Er weidet sich nicht an Blutströmen wie Adolf H i t l e r. Und man glaubt seinem Innenminister F r e y , der auf Anklagen in der Nationalversammlung erwiderte, daß er Abscheu vor Unterdrückung und Rassenhaß empfinde. Gewiß — aber trotz ihres Widerwillens sind sie gezwungen, die Mittel ihrer Politik zu gebrauchen: Wer Millionen Algerier niederhalten will, muß schließlich die verachtungswürdigsten Mittel anwenden. Man kann einen Krieg gegen ein ganzes Volk nicht „anständig" führen. Dieser Krieg weckt täglich den primitivsten Nationalhaß. Die Regierung führt ihn mit faschistischen Verbündeten und leistet dem Faschismus Vorschub.

Unsere Dokumentation zeigt die Greuel auf der einen Seite und die Proteste auf der andern. Mehr als einmal wird auf die unheilvolle Verstrickung von Passivität und Komplizität hingewiesen, das Beispiel des Dritten Reichs beschworen. Die sich gegen den Polizeiterror erhebenden Franzosen wollen nicht mitschuldig werden, sagen ihren Landsleuten: Wer schweigt, wird mitschuldig. Ist es notwendig, hinzuzufügen, daß es auch uns etwas angeht? Nicht weil man von deutscher Erfahrung spricht, sondern weil jede Unterdrückung, gleich, wo sie geschieht, die Verantwortung eines jeden Menschen betrifft. Der Algerienkrieg geht auch die Deutschen etwas an, die Polizeiunterdrückung in Paris, das Vorrücken des französischen Faschismus darf sie nicht gleichgültig lassen, — es sei denn, sie begäben sich in die Rolle des Komplizen. Hier ist es an der Zeit, nicht nur auf die schleichende Partnerschaft unserer Regierung hinzuweisen, sondern auch auf die der Kirchen, Presse, Parteien, Gewerkschaften. Rühmliche Ausnahmen gehören nicht dazu, es sind aber Ausnahmen. Die allgemeine Haltung ist Leisetreterei, Schönfärberei. Keinesfalls fühlt man sich mitverantwortlich, verpflichtet, das Unglück zu bekämpfen. Erinnern Sie sich an Ungarn? Wissen Sie noch, wie die Bun-

desrepublik, ein einziger Donnerhall, vor Empörung dröhnte? Ist Gewalt nicht überall Gewalt: sind Algerier billiger als Ungarn, oder haben sie nur den einen Fehler begangen, im westlichen Bereich geboren zu sein und deshalb für christlich-abendländische Belange „uninteressant", ja störend zu sein, da sie einen peinlichen Fleck in der Freien Welt darstellen? Der Algerienkrieg dauert jetzt sieben Jahre, ungefähr soviele T a g e währten die Kämpfe in Ungarn. Damals protestierte lauthals der Bundeskanzler. Kein Minister, kein Parteiführer, kein Kirchenfürst stand zurück. Jeder wollte ein Gerechter sein. Wird das Recht nur provoziert, wenn man es gegenüber den Russen zu verteidigen wähnt? Stellt das massenweise Hinschlachten der Algerier es nicht in Frage? Sind unsere Gerechten etwas anderes als Pharisäer? Wir geben unsere Dokumente kommentarlos wieder, sie sprechen für sich und werden die Antwort auf unsere Fragen erleichtern.

Heinz Abosch

W i r s i n d n i c h t f r e i

„Zehntausende algerischer Arbeiter demonstrieren in den Pariser Straßen, um gegen die wachsende Unterdrückung zu protestieren, die sich gegen sie richtet. Sogleich rufen diese Kundgebungen eine noch heftigere Polizeiunterdrückung hervor: die Verkettung geht weiter. Angesichts dieser Ereignisse erhebt sich eine erste Frage. Dürfen wir demokratischen Journalisten, die in einem theoretisch demokratischen Lande schreiben, darüber sprechen? Es ist klar, daß jede französische Zeitung heute frei ist, Öl aufs Feuer zu gießen, die Algerier anzuklagen, die Polizei zu jeder Gewalttat zu ermutigen: das ist die Freiheit, wie sie der Polizeipräfekt versteht.

Aber wir sagen unseren Lesern und wir sagen feierlich unseren ausländischen Kollegen, daß keine französische Zeitung frei ist, die ganze Wahrheit zu sagen. Wir können nicht, keine Zeitung kann die Kosten zahlreicher Beschlagnahmungen bezahlen; die Regierung weiß das, und in ihrer Verachtung jeder Freiheit zieht sie daraus Nutzen. Seit Monaten durfte niemand die Wahrheit über die Behandlung der Algerier in Frankreich sagen, über das, was auf den Polizeiwachen und im Lager Vincennes vor sich geht: eine bereits wohlbekannte Erfahrung läßt das sichere Resultat einer solchen Information vorausbestimmen. Selbst wenn ein Gericht uns freispricht anläßlich einer Anklage, die nach einer Beschlagnahmung erhoben wurde — das heißt, selbst wenn die Justiz des Regimes die von der politischen Macht vollzogene Beschlagnahmung als illegal erklärt, gibt es keine Kompensation, keine Entschädigung, keine Bestrafung der Urheber solchen Machtmißbrauchs. Die Regierung weiß das, sie geht nicht das geringste Risiko ein. Erstickt sie die Pressefreiheit nicht noch mehr, als sie es tut, sind wir ihr im Grunde noch zu Dank verpflichtet. Das muß die Öffentlichkeit, das muß die ausländische Presse wissen. Was im jetzigen Augenblick vor sich geht, ist die direkte Folge der Erstickung jeder Art von freier Stimme.

Wüßte die Öffentlichkeit, wüßte die ausländische Presse und wüßte vielleicht sogar die Regierung genau und konkret, hätte sie nicht die Bequemlichkeit, die Behandlung zu ignorieren, der die Algerier seit Monaten und Jahren in Frankreich unterworfen sind, dann wäre vielleicht schon lange der Verkettung von Unterdrückung und Terror Einhalt geboten worden. Diese Verkettung fordert jeden Monat eine beträchtliche Anzahl unnützer Opfer, sowohl unter den Polizisten als unter den Algeriern, führt zu einer Lage, die nur der OAS und dem Faschismus helfen kann, und muß notwendig das Verhandeln erschweren und den Frieden verzögern: was im übrigen die Anhänger der rücksichtslosen Unterdrückung erhoffen, die gleichzeitig Gegner des Friedens und versteckte Agenten des Militärfaschismus sind ...

Wir erklären feierlich der französischen Öffentlichkeit und den Regierungsmitgliedern, die der Politik des Schlimmsten nicht verbunden sind, daß — läßt man die Dinge so weiter gehen — die Verhandlungen und der Frieden ernst verzögert und gefährdet sind, mit allen unvoraussehbaren Folgen für die politische Lage in Frankreich. Diejenigen, die von der Notwendigkeit dieses Friedens überzeugt sind, selbst wenn sie gestern an die des Krieges glaubten, selbst wenn sie damals eine stillschweigende und gegenseitige Schonung (der Gegner) im Mutterland für unmöglich hielten, müssen heute verstehen, daß die

Verfolgung der Algerier in Frankreich ein Nonsens geworden ist, eine Sabotage dessen, was amtlich die Regierungspolitik ist. Die Menschen, die in den Straßen demonstrieren, sind diejenigen, mit denen man sich zu verständigen vorgibt. Wir gehen noch weiter und sagen, daß ihre Anwesenheit in Frankreich morgen der Garant der Anwesenheit eines großen Teils der jetzigen europäischen Bevölkerung in Algerien sein wird. Für die Zukunft der beiden Länder ist es gut, daß es Franzosen gibt, die in Algerien arbeiten, und Algerier, die in Frankreich arbeiten. Manche sagen uns: Die Algerier sollen anfangen; wenn sie wollen, daß man sie anständig behandelt, sollen sie mit dem Terror aufhören.

Wir antworten: Wenn eine Menschengruppe so fürchterlich unterdrückt ist, wie es die Algerier in Frankreich sind, wenn ihre Funktionäre verhaftet, gebrochen, eingekerkert, ausgerottet werden, wenn die erste Initiative zur Verschärfung des Kampfes so offenkundig von der Polizei ergriffen wurde, dann kann man nicht erwarten, daß die unterdrückte Gruppe den Anfang zu einem Waffenstillstand macht. Wir französischen Demokraten müssen ihn von unserer Regierung verlangen."

France Observateur, 19. 10. 61.

Ein Fabrikdirektor schreibt

„Ich beschäftige seit vielen Jahren fünf oder sechs Algerier ... Seit einem Monat werden sie nacheinander verhaftet, geschlagen und nach drei oder vier Tagen freigelassen. Einige gehen zum Arzt und werden für zehn Tage bis zu einem Monat krankgeschrieben. Gestern abend wurde einer dieser Angestellten, der bei mir seit vier Jahren beschäftigt ist, im Innern einer Bar verhaftet, wo er mit seiner Frau Kaffee trank. Er glaubte, daß seine Auszeichnungen im Heeresdienst ihn vor einer Verhaftung schützten. Der Barbesitzer bestätigte mir, daß er seinen Lohnzettel, sein Soldbuch und seinen Personalausweis vorzeigte. Trotz allem wurde er im Polizeiwagen mitgenommen. Sicher werde ich ihn wie alle andern mit einem zerschlagenen Gesicht und Zeichen von Mißhandlungen auf dem ganzen Körper wiedersehen. Ich bin Franzose, so weit das Andenken meiner Familie zurückreicht. Seit hundertfünfzig Jahren sind wir, in direkter Linie, für unser Vaterland in den Krieg gezogen. Ich schäme mich."

Le Monde, 24. 10. 61.

Besuch im Bidonville

In Paris und ringsherum in den Industrievororten der Banlieu leben 200 000 Algerier. Viele von ihnen arbeiten: monatlich schicken sie einen Teil ihres Lohnes in die Heimat, um ihre Familie zu ernähren. Die Not ist beträchtlich, da die Algerier im allgemeinen ungelernte Arbeiter sind und wenig verdienen. Lebensniveau und Lebensweise unterscheiden sie deutlich von der französischen Bevölkerung. Aus diesem Grunde leben sie unter sich, in kompakten Gruppen, getrennten Stadtvierteln, schäbigen Slums. In baufälligen Häusern und Hotels sind vier, sechs oder zehn Menschen pro Zimmer zusammengepfercht. Oft schlafen sie auf dem Boden, während die Räume halbtags ihre Besitzer wechseln. Die Tuberkulose ist unter ihnen außerordentlich hoch. Andere leben in den Bidonvilles, das sind von Fabriken eingekeilte Dörfer aus Wellblech und Brettern. Diese „Ghettos" sind besonders scharfer Polizeikontrolle unterworfen. Der Terror entfaltet sich ungehindert. Nächtliche „Besuche", Verhaftungen, Drohungen sind zur Normaleinrichtung geworden. Die Angst herrscht in den Bidonvilles. Jean Cau hat eines davon besichtigt und schreibt darüber am 26. 10. 61 im L'Express:

„In Frankreich gibt es 400 000 Algerier. Bis jetzt wußten wir natürlich von eurer Existenz — wir Franzosen —, aber die Dinge waren so gut gemacht, daß wir eine Art von Farbenblindheit entwickelten: wir sahen euch, ohne euch zu sehen. Ihr wart Hypothesen von Menschen, Gruppen, einer Gemeinschaft. Wir wußten, daß fünf Minuten vom Etoile und von den Champs-Elysées Tausende der Euren zum Beispiel in Nanterre „lebten". Aber in deutlich bestimmten Zonen, in Bidonvilles, die man auf einer Karte mit einem festen roten Strich abgrenzen kann. Kurzum, ihr wart ziemlich erträglich, und wir waren bereit, euer Dasein zu ignorieren. Gewiß, wir wußten, daß ihr Händel mit unserer Polizei hattet, aber das störte uns nicht sehr. Ihr schoßt einige unserer Polizisten nieder, unsere Polizisten schossen zweifellos einige der Euren ab. Natürlich, das war bedauernswert, ganz bestürzend. Daran war der verdammte Algerienkrieg schuld, der kein Ende nimmt. Und dann sprachen wir, nachdem wir über den Tod eines Polizisten, der Familienvater war, geseufzt hatten, von etwas anderem und gingen ins Kino.

Plötzlich habt ihr dieses Spiel verdorben. Ohne es uns vorher zu sagen, habt ihr uns gestört. Zu Tausenden, zu Zehntausenden seid ihr auf unseren Straßen erschienen, und wir haben euch entdeckt. Ohne Waffen, oft in euren armen Sonntagskleidern, habt ihr Losungen in unseren schönen Stadtvierteln geschrien. Was tun? Ihr störtet die Ordnung. Wir waren gezwungen, unsere Polizei auf euch zu hetzen, die euch „behandelte", wie ihr es verdientet. Wir waren entweder bestürzt oder empört oder verängstigt, aber ihr seid artig und versteht die Lehre. Wir verlangen nichts weiter, als schnell euer Erscheinen zu vergessen. Wir werden sagen, daß es nichts war, daß wir nur ein schreckliches Gespenst gesehen haben: dasjenige des Algerienkrieges, der kein Ende nimmt. Wird er niemals aufhören?

Nun bin ich ein Franzose, und ich schreibe für Franzosen. Ich wollte sehen, wissen und hören. Heute bringe ich meine Ernte. Heute trete ich aus einer nicht zu ahnenden Welt heraus. In den letzten Tagen sah ich nur von Lächeln verlassene Gesichter, aufgeschwollene Augen, durch Gewehrkolben blaugewordene Rücken; ich habe nur Erzählungen vernommen, in denen die gleichen Worte immer wieder vorkamen: Razzien, Schläge, Folter, Verschleppungen, Morde. Ich schreibe diese Zeilen mit den Gesichtern vor meinem Blick; mit den Worten, die meinen Kopf erfüllen und die darin wie Gongschläge läuten ...

Um die Treppen heraufzusteigen, zündet der Knabe ein Streichholz an. Sie ließen mich hinsetzen. Sie boten mir Orangeade und Gebäck an. Danach mußte man wohl sprechen. Die Mutter, einundfünfzig Jahre, war im Bett und entschuldigte sich. Sie konnte sich nicht bewegen, wegen des Rückens, der ganz blau ist. Aber ich sah ihr violett-schwarzes Gesicht, mit einem Auge — das linke Auge —, das dick wie ein Ei angeschwollen war und dessen Hornhaut grellrot war.

— Der Doktor sagte, das Auge sei schlecht, und ich würde es verlieren.

Die beiden Söhne schweigen. Der Vater blickt zu seiner Frau. Sie sagt mir, sie sei auf der Kundgebung gewesen, weil man uns zuviel tötet und weil man jetzt im Haus bleiben muß wie Ratten. Sie demonstrierte mit ihrer Tochter und einem ihrer Söhne, als die Polizei angriff.

— Ein Polizist hat seinen Revolver auf meine Tochter gerichtet.

Sie ist dazwischengefahren. Ein anderer Polizist hat sie zu Boden geworfen. Sie erhielt Ohrfeigen, Hiebe mit der Faust und den Füßen und einige Keulenschläge. Man warf sie mit ihrer Tochter in den Wagen.

— Da haben mir die Polizisten den Arm ausgedreht, sieh an ... und er schrie zu mir: Schwein! Wir werden dich fertigmachen und ausleeren wie ein Kaninchen! Sage Französisches Algerien!, du Schwein! Und er sagte mir Dinge, die ich nicht wiederholen kann. Und ich schrie: Es lebe das unabhängige Algerien! Es leben meine Brüder! Und ich sagte dem Polizisten: Du kannst mich töten, wenn Du willst, aber ich werde nichts anderes sagen.

Man warf sie auf die Polizeiwache Val-de-Grâce. Sie sah mit an, während ihrer Tochter Fußtritte in den Leib versetzt wurden. Nachts warf man sie auf die Straße. Sie verlangte nach ihrer Tochter. Die Polizisten erhoben ihre Knüppel. Schwankend schleppte sie sich fort, und sie fragt sich, wie sie überhaupt nach Hause kommen konnte.

— Und Ihre Tochter?

— Sie ist nicht zurückgekommen. Schon drei Tage lang ist sie nicht zurückgekommen. Morgen werden ihre Schwestern wieder demonstrieren.

— Ich kann da nicht mitmachen, weil ich nicht gehen kann.

Die ganze Familie ist geschlagen worden: der Vater, der älteste Sohn, die beiden Vettern. Der Schwiegersohn, seit vielen Monaten im Lager Larzac, wurde jetzt in ein algerisches Lager überführt. Der jüngste Sohn ist vierzehn. Er hat riesige Augen, für immer in Erstaunen versetzt, und spricht ein akzentfreies Französisch.

— Mama hat sich über mich geworfen, als sie die Maschinenpistolen hörte, dann habe ich sie verloren.

Er ist von der Polizei mitgenommen worden. Er hat ebenfalls Anrecht gehabt auf eine Ration Knüppelschläge auf die Schulter ...

— Wir waren zwei- oder dreitausend in einem Ding, wo es Ping-Pong, Turnsachen gab ...

— Im Stadion Coubertin?

— Weiß ich nicht. Ich bin drei Tage dort geblieben. Man schlief auf Zement, es war kein Platz da. Soldaten gaben uns zu essen.

— In was?

— Am ersten Tag in nichts. Wir hatten keine Näpfe, nichts.

Er hält beide Hände muschelförmig zusammen, wie wenn man Wasser vom Brunnen schöpft.

— Sie sagten uns, die Hände so zu halten, und sie gossen rein. Die Polizisten fragten mich, warum ich gekommen bin. Ich antwortete, meine Brüder seien in die Seine geworfen worden ... Sie haben nicht zugehört und gaben mir drei Ohrfeigen.

Seine Backen sind angeschwollen, als hätte er Zahnschmerzen. Er heißt Medjid und ist vierzehn Jahre alt. Der Vater Mohammed sagt mir, daß seine ganze Familie 1947 nach Frankreich gekommen ist. In Algerien war er Beamter, ein ganz kleiner Beamter.

— 47 hätte ich fest angestellt werden sollen wie meine europäischen Kollegen. Es war das Gesetz: ich hatte das entsprechende Alter und hatte die notwendige Zeit gearbeitet. Einen Monat vor meiner Ernennung wurden ich und alle Muselmanen, die im gleichen Fall waren, vor die Tür gesetzt. Ich war arbeitslos, ohne Zeugnisse, und beschloß, mit meiner Familie nach Frankreich zu gehen. Das ist es. Und seit dieser Zeit hat sich Frankreich in Algerien verwandelt."

Wir brechen hier ab. Jean Cau hat in dem Bericht noch zahlreiche andere Fälle beschrieben, wobei die Gleichheit des Schicksals nur die Ungeheuerlichkeit der Vorgänge ausdrückt.

Die Folter als staatliches System

„Am 2. März 1955 schlug Verwaltungsgeneralinspekteur R. Wuillaume in einem Bericht an den damaligen Generalgouverneur von Algerien, Jacques Soustelle, nachdem er die in Algerien weitgehend ausgeübte Folter festgestellt hatte, die Anwendung „besonderer Methoden" vor, das heißt von Wasser und Elektrizität. Sie sollten von der Gerichtspolizei, unter der Verantwortung von Polizeikommissaren und -offizieren, vollzogen werden, um die Schäden zu begrenzen. Zur gleichen Zeit erklärte er es als unzweckmäßig, die Verantwortlichen für die in der Presse festgestellten Fälle von Mißhandlungen zu suchen, denn, sagte er, gewisse Mißhandlungen sind unannehmbar, doch gewisse Verdienste sind herrlich. Soustelle weigerte sich, die erste Schlußfolgerung anzunehmen, aber er nahm die zweite an. In Wahrheit geschah es, ohne daß eine amtliche Behörde es jemals zuzugeben wagte, als ob die Gesamtheit der Schlüsse Wuillaumes in Durchführung gekommen wäre. Vom blutigen Chaos der Schlacht um Algier bis zur Ordnung, die in den vom geheimnisvollen CCI befehligten Nachrichten- und Aktionsstellen herrschte, deren bekannteste das traurig berühmtgewordene Gehöft Améziane, eine wahre Folterfabrik, war, hat sich die Maschine nach und nach eingespielt.

Erinnern wir an einige Zahlen, die den teuflischen Fortschritt anzeigen: Zwischen Januar und September 1957 hat die Präfektur von Algier 24 000 Zwangsaufenthalte verhängt; der Generalsekretär der Polizei von Algier, Paul Teitgen, hat vom 9. Januar bis 26. September 1957 3024 Verschwundene festgestellt, unter den gleichen Bedingungen wie das Verschwinden Audins; zwischen Januar 1957 und Februar 1961 sind 108 000 Personen durch das Gehöft Améziane geschleust worden. Man denkt nicht ohne Entsetzen an die fürchterliche Komplizität, die die Männer der Folter unter sich bindet. Im Schatten der Folterkammern, und das ist ganz natürlich, wurden alle Komplotte gegen die Republik angezettelt. Die Organisatoren der Folter, die Anführer der Bombenwerfer und der OAS sind die gleichen. Einer der „Helden" der Schlacht von Algier, Yves Godard, ist einer der großen Verantwortlichen einer Organisation, die zahlreiche Attentate durchgeführt hat. In Tschombès Diensten stand Commandant Faulques, den wir bereits 1957 als einen der hauptsächlichen Folterer anklagten, was ihn nicht hinderte, von der 5. Republik zum Kommandeur der Ehrenlegion befördert zu werden!

Wenn die Komplizität, die diese Männer, welche die Maske fallen ließen, einigt, uns ängstigt, so ist diejenige, die sie mit so vielen Behörden des gegenwärtigen Frankreich einigt, erschreckend. Wie es Generalstaatsanwalt Reliquet in Rennes erklärte und wie es General Allard bestätigte, wurde die Folter direkt von folgenden Ministern ermutigt: Robert Lacoste, Max Lejeune, Maurice Bourgès-Maunoury. Nach meiner Kenntnis sind Lacoste und Lejeune noch immer Mitglieder der Sozialistischen Par-

tei; welche Fäden halten sie denn? Und die jetzige Regierung verhält sich so, als ob, in ihren Augen, der Prozeß des Mörders von Audin und derjenige der Folterer Djamila Boupachas derartige Wogen auslösen könnte, daß das Regime sie nicht überleben würde.

Nach dem Aprilputsch schrieb hier einer von uns, daß der Sieg über die Aufständischen kein wirklicher Sieg sein würde, wenn es nicht auch ein Sieg über die Folterer wäre. Wir müssen heute feststellen, daß dieser Sieg nicht davongetragen wurde. Während des Barrikadenprozesses schwiegen die Richter hinsichtlich der kriminellen Straftaten, die dieser oder jener Angeklagte begangen hatte. Lagaillarde, ein Dieb, Folterer und Mörder, konnte einem breiten Teil der Öffentlichkeit als ein sympathischer Schwärmer hingestellt werden. Colonel Argoud, der für kriegsgerichtliche Erschießungen eintrat, wird zu einem einfachen Theoretiker des revolutionären Krieges, der nur zum Tode verurteilt wird, weil er nicht die Höflichkeit besaß, dem Prozeß beizuwohnen. Von einem Ende bis zum andern des Barrikadenprozesses und des Putschprozesses hörte man nur von Vaterland und Ehre sprechen. Das Resultat ist deutlich: Die Angeklagten erschienen als Märtyrer, Opfer ihrer Gewissensqualen, die schließlich den Mut hatten, ihre Meinung zu vertreten, und die nur bestraft wurden, weil ihnen ein Komplott mißlang, das andere im Jahre 1958 besser durchführten. Im gesamten Versagen ist dasjenige der Justiz, wenn nicht das schwerwiegendste, so doch zumindest das am meisten symbolische.

Die Macht kann die Ausnahmegerichte gegen die Extremisten vervielfachen, die Verhaftungsfristen verlängern, gegen die Ultras die Präventivverhaftungen tätigen, die in Frankreich gegen die der Hilfe an die Rebellen verdächtigten Muselmanen vorgenommen wurden, — diese sowohl diktatorische als gespenstische, wirksame oder unwirsame Apparatur hat nichts mit Justiz zu tun.

Justiz kann nur ein Prozeß gegen die Folterer sein, ein öffentlicher und nach den Regeln französischen Rechts durchgeführter Prozeß. Dann wären die Verantwortlichen festgestellt, und ganz Frankreich würde sich von den Verbrechern abwenden, die als solche gerichtet und verurteilt werden müßten."

Professor Laurent Schwartz (Sorbonne) in Le Monde, 26. 10. 61.

Der Brief eines Kaufmanns

„Ich bin Kaufmann und zähle einige muselmanische Franzosen zu meinen Kunden. Der eine sollte letzten Freitag kommen, um Kleider abzuholen. Ich habe ihn soeben gesehen, als er von der Polizeiwache in Montreuil-sous-Bois kam, wohin man ihn letzten Donnerstag (in einen Polizeiwagen geworfen) um 19.50 Uhr brachte, etwa hundert Meter von der Baustelle entfernt, deren Wächter er war. Ohne jede Erklärung oder Aufforderung wurde er gezwungen — die Maschinenpistole vor dem Leib —, auf den Wagen zu steigen, wo er den ersten Hagel von Schlägen empfing. Die 400 Neuen Francs, die er bei sich hatte, wurden bei seiner Ankunft in Montreuil beschlagnahmt, desgleichen seine Armbanduhr. Personalausweis, Lohnzettel, Soldbuch (28 Monate Militärdienst als Franzose mit gleichen Rechten) waren ihm von keiner Hilfe. Fünf Tage Verhaftung fast ohne Nahrung.

Man kann nicht mehr schweigen, man kann nicht mehr passiv sein, es sei denn, wir gestänaen zynisch, daß wir Komplizen sind. Auch ich schäme mich, schäme mich bis zu Tränen."

Le Monde, 27. 10. 61.

Anklage in der Nationalversammlung

Während der parlamentarischen Debatte über die polizeilichen Ausschreitungen erhob der frühere Minister Claudius-Petit, der im übrigen der Regierungspolitik nahesteht, einen scharfen Protest. Er berichtete von Vorkommnissen am 17. und 18. Oktober, die durch Augenzeugen bewiesen sind:

„Eine Razzia in der Metro: In der Menge wird ein Algerier von der Polizei gestellt. Während er seine Papiere herauszieht, schlägt ein Polizist mit dem Stock auf seinen Kopf. Das Blut spritzt. Die Menge murrt, geht aber vorbei.

Rue de Vaugirard: Muselmanen laufen aus Leibeskräften. Ein Polizist schießt mit der Maschinenpistole, drei Flüchtende bleiben auf dem Boden liegen ...

Im Sportpalast: In Anbetracht des Zustands zahlreicher Muselmanen werden Militärärzte herbeigeholt, die mit Krankenwärtern in Gruppen arbeiten. Die Gruppen lösen ein-

ander ab. Die eine davon, die dritte, hat von Mittwoch, dem 18., um 18 Uhr, bis Donnerstag, dem 19., um 9 Uhr, 210 Gefangene untersucht, deren Liste von einem Sekretär zusammengestellt wurde. Das gibt eine Idee von der Unverantwortlichkeit der Behörde, die den Minister veranlaßte, die Gesamtzahl der Verwundeten mit 139 anzugeben! Während 104 Stunden hatte man diesen Menschen weder zu essen noch zu trinken gegeben. Diejenigen, die dort untergebracht waren, wo die sowjetrussische Ausstellung stattfand, wurden von den Ärzten zufällig entdeckt; manche von ihnen waren durch Kugeln verletzt.

Den meisten dieser Menschen war die Kopfhaut zerrissen und die Hände gebrochen worden. Einige hatten, infolge von Abstürzen in den Treppenhäusern, gebrochene Beine. Manche sind zum zweitenmal zu den Ärzten gekommen, da sie nach der ersten Pflege wieder geschlagen wurden. Außer zwei Duschen, die die Boxer nach ihrem Match benutzen, gab es kein Wasser. Am 18. wurden Krankenwagen verweigert, um die am schwersten Betroffenen in Krankenhäuser zu bringen. Die Ärzte mußten einen Divisionskommissar antelefonieren, damit er sich der Sache annahm.

Das alles ging kalt vor sich, in einer Atmosphäre der Ruhe, zeitweilig von Schmähungen unterbrochen, die sich nicht wiedergeben lassen. Angst hat sich der Stadtteile bemächtigt, in denen die Muselmanen leben ..."

Auf die Erklärungen eingehend, die der Innenminister vor kurzem der Nationalversammlung abgab, bemerkt der Redner, daß sie von der ausschließlichen Sorge um das Wohl der Polizei ausgehen, das Los der Bevölkerung jedoch außer acht lassen. Auf die vorgelegten Zahlen und die Behauptung von der strengen Disziplin möchte er lieber nicht eingehen. Er fügt hinzu:

„Die vom Polizeipräfekten gefaßten Beschlüsse haben die gesamte Polizei auf den Boden des Bruderkrieges gestellt. Jeder Polizist vermochte sich nur noch zu richten nach der Hautfarbe, nach dem Aussehen der Kleidung, nach dem Wohnbezirk. Wie glücklich sind die blonden Kabylen! Werden wir nach dem Weg des gelben Sterns denjenigen des gelben Halbmonds sehen? Wir erleben etwas, das wir nicht verstanden, als die Deutschen es nach der Machtergreifung Hitlers erlebten!

Trotz der Verhöre mit Folter haben wir ein gutes Gewissen, und wir sprechen vom Ausbau der Gemeinden und von der Lage der Feuerwehr. Es wird grundlos verhaftet, ohne Urteil deportiert, und die armen Kerle werden den Händen ihrer Peiniger ausgeliefert. Das ist das Gegenteil unserer Zivilisation.

Der Kampf zwischen einzelnen Muselmanen und einzelnen Polizisten wurde in einen Kampf zwischen der algerischen Gemeinschaft und der gesamten Polizei verwandelt. Wir wagen weder von den Dingen zu sprechen, die uns unangenehm sind, noch der wachsenden Gewalt ins Gesicht zu sehen.

Die häßliche Bestie des Rassenhasses ist losgelassen. Schließen Sie schnell die Falltür, Herr Minister!"

Le Monde, 1. 11. 61.

Aufruf der Gewerkschaften

Die Pariser Bezirksverbände der kommunistischen, christlichen und sozialistischen Gewerkschaften haben folgenden Aufruf erlassen, den auch der große Studentenverband UNEF unterzeichnete:

„Die algerischen Arbeiter des Pariser Bezirks demonstrierten friedlich am 17. Oktober, um gegen die Sondermaßnahmen Stellung zu nehmen, deren Opfer sie sind.

Die polizeiliche Unterdrückung benutzte unanehmbare Methoden, die zu Toten und Hunderten von Verletzten führten.

Die unterzeichnete Organisation erklärt hiermit, daß eine gleichartige Unterdrückung, die eine neue Etappe in der Aufrichtung eines faschistischen Regimes in Frankreich wäre, die sofortige Abwehr der gesamten Arbeiterschaft des Pariser Bezirks zur Folge hätte."

Le Monde, 1. 11. 61.

Nazismus als Vorbild

Aus einem Aufruf zahlreicher Professoren der Sorbonne:

„Welches auch die vorgeschickten Gründe sein mögen, diese Maßnahme ist rassistischen Charakters, aus Prinzip unannehmbar. Seit 1789 gibt es in Frankreich kein anderes Vorbild dafür, als die von den Nazis unter der Besetzung ergriffenen Maßnahmen.

Sie kann nur die gleichen Ausschreitungen bewirken, und wie Sie wissen, war das bereits der Fall. Nach 20 Uhr werden Algerier verfolgt, die Polizei geht auf Jagd nach der Hautfarbe, Menschen werden verhaftet, niedergeschlagen, auf den Polizeiwachen festgehalten, weil sie einer anderen ethnischen Gemeinschaft angehören. Zu Hunderten werden sie nach Algerien deportiert, wenn man sie nicht in die Seine wirft; ihre Familie bleibt in Frankreich ohne jedes Existenzmittel. Die Studenten und Professoren der USA sind an der Spitze des Kampfes gegen die Rassentrennung; die französischen Studenten und Professoren müssen hier den gleichen Kampf führen. Wenn die Franzosen die gesetzliche Einrichtung des Rassimus annehmen, werden sie in Zukunft dieselbe Verantwortung tragen wie die Deutschen, welche sich den Greueln des Nazismus nicht widersetzten."

Le Monde, 1. 11. 61.

Neuer Appell von Jean-Paul Sartre

„Die Stunde der Proteste in Worten ist vorüber. Wir werden ohne Kampf nichts erreichen. Die antifaschistische Haltung des Truppenkontingents im April, die Empörung der Jugend und der Arbeiter in dieser Woche zeigen uns, daß die Bevölkerung beginnt, sich dessen bewußt zu werden. Im jetzigen Augenblick müssen alle demokratischen Kräfte, die Arbeiterklasse und die Intellektuellen zur Bekundung ihrer Verbundenheit mit den algerischen Arbeitern und Studenten aufgerufen werden, damit sie gemeinsam eine kollektive Aktion zur Beendigung des Krieges einleiten. Heute können wir den Faschismus zerschlagen. Warten wir nicht bis morgen, um uns zu vereinen. Wir verlangen von allen Intellektuellen, daß sie diesen Aufruf unterzeichnen, sich organisieren und an jeder Kundgebung oder Aktion teilnehmen, die der Verwirklichung des Friedens und der Demokratie dient."

3. 11. 61.

Ein Brief aus Paris an „Die Tat" (Zürich)

Sehr geehrte Redaktion,

während unseres Aufenhaltes in Paris wurden wir Zeugen eines uns Schweizer befremdenden Vorfalls.

Als wir am 18. Oktober gegen 21 Uhr zum Place Saint Michel kamen, war er voll parkierter Polizeiautos. Rundherum patroullierten viele Polizisten, die teilweise mit Maschinenpistolen bewaffnet waren. Da wir durch den Radio gehört hatten, daß für die Algerier ab 20 Uhr ein Ausgehverbot herrsche, gesellten wir uns neugierig zu den wenigen Zuschauern.

Kurze Zeit darauf wurde ein Algerier, die Hände auf dem Kopf, von Polizisten zu den Autos gebracht. Wir hörten dumpfe Schreie, doch die Polizeiwagen verdeckten uns alle Sicht. So gingen wir auf die andere Seite des Platzes, mußten aber feststellen, daß auch von hier nichts zu sehen war. Vier, busähnliche Polizeiautos waren raffiniert zu einem Viereck aufgefahren worden, das im Innern einen Hof offen ließ. Wir entdeckten eine Stelle, von der man in diesen Hof blicken konnte. Etwa ein Dutzend Polizisten waren in ihm versammelt. Sobald ein Algerier hineingeführt wurde, traktierte ihn das Dutzend mit Fußtritten und Knüppelschlägen bis er zusammenbrach. (Wir waren gute 20 m vom „Richtplatz" postiert, konnten aber die Knüppelschläge gut hören.) Unter den Autos durchblickend, sahen wir dann, wie er weiter mißhandelt und schließlich in eines der Auto verfrachtet wurde.

Während wieder einmal ein Algerier seinen Spießrutenlauf machte, stieß einer von uns einen empörten Ruf aus. Sofort kamen etwa zehn Polizisten, umringten uns und tasteten unsere Kleider ab. Wir mußten unsere Ausweise zeigen und darauf den Platz verlassen. Auch die anderen Zuschauer wurden mit sanften Stößen und den Worten „circuler" vertrieben.

Dieser Brief ist keine Stellungnahme für eine der beiden Parteien, sondern die Schilderung eines Ereignisses, das wir mit eigenen Augen sahen, und das uns darum stark erregt hat. Ein Ereignis, das drastisch die Ohnmacht des Individuums gegen die Macht vor Augen geführt hat. — Nicht nur in den kommunistischen Staaten werden freiheitsfeindliche Methoden praktiziert.

Hochachtungsvoll
sig. H. S., E. S.

Die Tat, 28. 10. 61

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

„Politik für Deutschland"

Dem einstigen westdeutschen Botschafter in Jugoslawien, Karl Georg Pfleiderer, einem jener bedeutenden deutschen Politiker der Nachkriegszeit, deren „Mahnungen verhallt sind, deren Vorschläge nicht befolgt wurden", widmete eine große Zeitung einen Nachruf mit dem Hinweis auf das eben erschienene Buch „Politik für Deutschland", nachgelassene Reden und Aufsätze Karl Georg Pfleiderers, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Die Ideen Pfleiderers werden richtig dargestellt: „Sein diplomatischer Instinkt konnte nicht in Schemata und Blöcken denken; für ihn war die geographische Lage Deutschlands und die Notwendigkeit, die Beziehungen der Bundesrepublik ebenso den Bedürfnissen des Westens wie der unabweisbaren Tatsache des östlichen Vordringens anzupassen, zu einer Voraussetzung geworden, aus der sich allererst so etwas wie eine sinnvolle deutsche Politik — und damit Wiedervereinigungspolitik — entwickeln könne. Eine verantwortungsvolle Ostpolitik, diese, nach seinen Worten, „terra incognita unserer auswärtigen Politik" — das war es, was er von allem Anfang an gefordert hatte, ebenso wie eine Politik des Ausgleichs in der europäischen Mitte für unseren Teil, gesehen und bedingt durch die unverrückbare geographische Position seines Vaterlandes. Mit einer Leidenschaft ohnegleichen kämpfte Pfleiderer gegen die Weichenstellung der Jahre 1952 bis 1955, weil er nicht glauben konnte, daß einer allzu innigen Verschmelzung der Bundesrepublik mit dem Westen zum Trotz die Einheit (Deutschlands) eines Tages dennoch errungen werden könne. Die Entwicklung in der Zwischenzeit hat ihm recht gegeben!" Ihm und vielen anderen, die man heute als „ostgesteuert" diffamiert.

Nun aber kommt die Überraschung: Wie nämlich wird diese „Entwicklung" dargestellt, und welche Lehren für heute sollen wir aus Pfleiderers Nachlaß ziehen? „Wenn wir den Blick zurückwenden auf das, was einmal war, und wenn wir darüber nachdenken, was hätte eintreten können, wenn dieses und jenes nicht geschehen wäre, dann entdecken wir eines: wie unerbittlich selbst in den kürzesten Zeiträumen die Geschichte mit ihren dunklen Triebkräften die Welt und die Völker und mit ihnen das Denken verändert. Denn die Zeit hat nicht für Deutschland gearbeitet, sondern gegen Deutschland, und die geschichtliche Entwicklung hat Fronten aufgerichtet, beinahe unmerklich und leise, deren Wachsen wir zwar beobachten konnten, ohne daß wir indessen ahnten, wie ungeheuerlich sie sich türmten." Rollen wir diese Sätze vom Schluß her auf! 1.: Wer sind diese „wir"? Wer „ahnte nicht" das notwendig Kommende? Für wen geschah das alles „unmerklich"? Wir, die es nicht nur „ahnten", sondern sehr merklich kommen sahen, verbitten uns energisch, in diesen „Wir"-Topf geworfen zu werden! Und dieselben Ahnungslosen merken auch heute wieder nichts und haben nichts gelernt aus ihren falschen Wegen, sie nennen auch heute wieder ausgerechnet uns die „Illusionisten" und die ihrem „harten Kurs", ihrer angeblich jetzt notwendigen „Politik der Stärke" Abgeneigten „Erfüllungspolitiker". 2.: Gegen wen „hat die Zeit gearbeitet"? Gegen „Deutschland"? Nein, so allgemein darf das nicht gesagt werden. Sie hat gearbeitet gegen eine ganz bestimmte Gruppe in Deutschland, in Westdeutschland, die sich angemaßt hat, die einzig erfolgreiche deutsche Politik zu treiben, die alle Gegenvorschläge sehr undemokratisch ignoriert, ja diffamiert hat, die taub war für alle Warnungen und die selbst heute noch ihren verfehlten Weg fortsetzen will. Gegen eine Gruppe, die weder damals noch heute die Zeichen der Zeit, unserer Zeit verstanden hat. Und 3.: Wer hat uns in die heutige gefährliche Situation hineingeführt? Wir lesen mit Staunen: „Die Geschichte mit ihren dunklen Triebkräften", „die geschichtliche Entwicklung". Wiederum nein, nein, nein! Es waren keine unterirdischen anonymen Kräfte, sondern es waren ganz bestimmte,

„nonyme", mit Namen bekannte Männer, die das getan haben und die das zu verantworten haben! Deutschland ist nicht von „dunklen Kräften" in diese Situation getrieben, sondern von Menschen in diese Situation geführt worden. Wir kennen diese alte Ausrede derer, die im entscheidenden Augenblick blind und feig waren. Da heißt es dann immer: „Das Unglück ist über uns gekommen", „der Krieg ist ausgebrochen" usw., obwohl doch ein grundsätzlicher Unterschied ist zwischen den Naturkatastrophen, die über uns Menschen kommen, und den Menschenwerken wie einem Krieg oder der hier besprochenen „geschichtlichen Entwicklung", die stets von bestimmten Menschen verschuldet wurden und von ihnen zu verantworten sind.

Jener Nachruf fährt fort: „Es ist nicht zufällig, daß Geist und Vorstellung gerade eines Mannes wie Pfleiderer mit jener blockartigen, im ‚Frontdenken' festgefahrenen Strategie nichts gemein haben konnten, die wir allem Anschein nach heute brauchen, um unter dem Ansturm der Gegenseite nicht zusammenzubrechen." Hier begegnet uns wieder derselbe verhängnisvolle Irrtum wie bei der Kurswendung der SPD, und wir müssen wieder ebenso verblüfft fragen, welche Gründe denn heute für die — unserer Meinung nach heute genau wie damals — falsche „blockartige, im ‚Frontdenken' festgefahrene Strategie" sprechen, wie so heute diese Strategie um ein Haar besser sein soll als damals? Der einzige, scheinbar einleuchtende Grund könnte darin zu suchen sein, daß eben diese Strategie uns durch ihren Kurs, durch ihre Ablehnung aller Angebote in eine schier ausweglose Lage hineinmanövriert hat, in der eine „Politik für Deutschland" weit schwerer zu realisieren ist als damals. Und dennoch: auch heute noch führt jener Weg nur noch tiefer in die Sackgasse hinein, statt aus ihr heraus. Man fragt sich verzweifelt, wie denn die Deutschen so ganz vergessen konnten, wohin sie schon einmal diese Strategie gebracht hat, einst, als man ihnen auch schon einredete, man brauche sie, „um unter dem Ansturm der Gegenseite nicht zusammenzubrechen".

„Alles Vereinfachte und Vereinfachende war Pfleiderer zuwider, alles Dogmatische hatte nach seiner Auffassung kein Daseinsrecht auf dem heiklen Feld der Diplomatie." Von eben diesem schrecklich Vereinfachten und von eben diesen terribles simplificateurs, diesen schrecklichen Vereinfachern, aber ist doch die deutsche Politik nun schon seit fast 30 Jahren beherrscht! Der Leitsatz steht in Hitlers „Mein Kampf": „Man darf die Aufmerksamkeit eines Volkes nicht zersplittern, sondern muß sie immer auf einen einzigen Gegner konzentrieren. Jede Bestätigung der (so geschaffenen) Aufklärung (!) bestärkt den Glauben an die Richtigkeit der Behauptungen und steigert die Wut und den Haß gegen den verruchten Feind." Und so wurde systematisch seitdem jene Welle des Hasses, der Verhetzung, der hoffnungslosen politischen Ungebildetheit und Ahnungslosigkeit, der Unkenntnis der Realitäten, der Vernebelung der Gehirne durch schwarz-weiß-malende Schlagworte geschaffen, die uns in den Wahlversammlungen entgegenschlug: „Man vergesse nie, daß die Regenten des heutigen Rußland blutbefleckte, gemeine Verbrecher sind, daß es sich hier um den Abschaum der Menschheit handelt, der sich berufen glaubt, seine blutige Unterdrückung der ganzen Welt aufbürden zu müssen. Man schließt keinen Vertrag mit Subjekten, denen kein Vertrag heilig sein würde, da sie nicht als Vertreter der Ehre und Wahrhaftigkeit auf dieser Welt leben, sondern als Repräsentanten der Lüge, des Betrugs, des Raubes . . . — Tyrannen, die sich nicht nach moralischen Grundsätzen richten, ein Verbrecherregime, eine Institution zur Unterdrückung der Bevölkerung, Todfeind Nr. 1, Aggressoren, Konfliktmanager, mit Expansionsgelüsten, Räuber im Wald, die die Pistole mit dem Ruf ‚Geld oder Leben' uns unter die Nase halten, nur die Macht respektierend, sonst nichts, das Böse an sich, das man bis zum letzten Atemzug, auch mit Atombomben, ausrotten muß! / Deutschland bedarf einer missionshaften Idee, um der Verpestung unseres Volkes Einhalt zu tun, und dafür muß man dem deutschen Volk den Bolschewismus als fluchwürdiges Menschheitsverbrechen (darstellen) . . . — Dafür sind wir Soldaten, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht! / Wir müssen unverrückt unser Ziel festhalten, dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern . . . — Wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland mehr Lebensraum finden kann bei Nachbarn, die diesen Raum

nicht brauchen und ihn mit Sklavenarbeitern für ihre Kolchosen besetzt halten, unsere Gebietsforderungen gehen weit bis hinter die Oder-Neiße-Linie, wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wieder haben! / Es ist ein Jammer, die Verhandlungskomödien ansehen zu müssen; nicht dadurch werden unterdrückte Volksteile in den Schoß eines gemeinsamen Staates zusammengeführt, sondern durch ein schlagkräftiges Schwert. Dieses Schwert zu schmieden, ist die Aufgabe der innenpolitischen Leitung eines Volkes, die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen, ist die Aufgabe der außenpolitischen . . . — Die deutsche Aufrüstung wird die Russen zur Herausgabe der ‚Zone' zwingen, sie wird deren Befreiung erzwingen, Schluß mit leeren Worten, wir fordern Handlungen, Divisionen nach Berlin, Panzer an die Grenze, das Kriegsrisiko ist der einzige Schlüssel zum Tor der Freiheit; ich nenne jeden einen potentiellen Kriegsverbrecher, der unser Verteidigungspotential schwächt, das ist ein Haufen von Schädlingen, wer einen anderen Weg gehen will, ist ein Dummkopf ersten Ranges oder ein Verräter!"

Wer wurde zitiert? Jeweils im ersten Teil, vor dem Gedankenstrich, Hitlers „Mein Kampf", im zweiten Teil westdeutsche Minister, Bundestagsabgeordnete und Journalisten! Was folgte vor 24, 22 Jahren daraus? Zuerst lasen wir: „70 000 kehren heim, 77 000 Flüchtlinge, entsetzliches Los der Familien Geflüchteter" usw. (Völkischer Beobachter 1937 bis 1939), und dann begann der Feldzug für die „Selbstbestimmung" und für die „Verteidigung der Freiheit gegen den Bolschewismus!" Vestigia terrent (allerdings leider nicht die Vergeßlichen!).

Wir fahren mit der Betrachtung jenes Nachrufes fort: „Alles Vereinfachte und Vereinfachende war Pfleiderer zuwider, alles Dogmatische hatte nach seiner Auffassung kein Daseinsrecht auf dem heiklen Feld der Diplomatie. So gesehen, war er ein Kind des 19. Jahrhunderts, ungleich mehr als sein weitaus älterer Gegenspieler in Rhöndorf, dessen politischem Stil der harte, aber die Diffizilität der Probleme auch verwischende Gegensatz der Ideologien, in den Deutschland geraten war, viel eher entgegenkam." Da haben wir schon wieder dies anonyme „g e r a t e n war", das doch realistisch gesehen heißen müßte: g e t r i e b e n worden war, denn hierzulande wurde dieser Gegensatz dogmatisch versteift durch das hochgepeitschte, alle klare und realistische Sicht vernebelnde „Frontdenken", das die einzige Konzeption der bundesrepublikanischen Regierung und der Staatspartei seit ihrer Geburt ist. Dieses ideologische Frontdenken, diese Kreuzzugsideologie „verwischt" nicht nur die „Diffizilität der Probleme", sondern auch den Unterschied zwischen den geistigen Ausbreitungs- und Missionierungstendenzen, die j e d e r Idee innewohnen, nicht nur der kommunistischen, und der Wahrung machtpolitischer Interessen, in der sich das bolschewistische Rußland um kein Haar weder vom zaristischen Rußland noch von den USA unterscheidet. Die angeführten Sätze enthalten aber noch eine andere unverzeihliche Verkennung der Weltlage: Nicht Männer wie Pfleiderer sind in Wahrheit „Kinder des 19. Jahrhunderts", sondern eben jener alte Mann in Rhöndorf ist es, dieser typische, zu spät geborene Vertreter des v e r a l t e t e n, in unserem Zeitalter völlig u n b r a u c h b a r e n politischen Denkens und Handelns. Genau das Gegenteil ist richtig, Pfleider war ein Mann u n s e r e s Jahrhunderts, das von zwei Tatsachen gekennzeichnet ist: Erstens vom Zusammenwachsen der Menschengruppen zur EINEN Menschheit, in der all die verschiedenartigen Nationen, Rassen, Ideologien, Gesellschaftsordnungen zueinander in Beziehung treten müssen, und lernen, m i t e i n a n d e r i n K o e x i s t e n z z u l e b e n, w e n n s i e n i c h t g e g e n e i n a n d e r s t e r b e n w o l l e n. Denn zweitens: einstige Methoden politischer Auseinandersetzung sind nicht mehr möglich, der Krieg als politisches Machtmittel — immer schon in Wahrheit un-menschlich — ist nicht mehr brauchbar, leider nicht dank der Menschlichkeit der Menschen oder der Christlichkeit der Christen, sondern dank der Überdimensionierung der Gewaltmittel. Es liegt nicht so sehr am Geburtsdatum, ob man ein „Kind des 19. oder des 20. Jahrhunderts" ist. G a n d h i, 20 Jahre älter als der alte Mann aus Rhöndorf, erkannte sofort nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima: Dies muß der Augenblick der Umkehr werden, hier hat sich die Gewalt endlich jeder glorifizierenden Ideologie begeben, „die Atombombe ist die nackte Wahrheit der Gewalt. N i c h t w i e d a s S c h w e r t z u f ü h r e n i s t, s o n d e r n

wie wir aufhören können, es zu führen, das ist das heutige Problem der Menschheit."

Am Schluß des Nachrufes trennen sich die Wege vollends. Was bleibt dem Verfasser als Frucht der Lektüre von Pfleiderers Nachlaß? „An jenem Herbsttag" — am Sarge Pfleiderers, dem in Bonn das Herz brach — „ging eine Ära der ‚Politik für Deutschland' zu Ende, und die bittere Erinnerung an den Verlust wird nur gemildert, wenn wir die zerstörten Hoffnungen noch einmal an uns vorüberziehen lassen", die nach Meinung des Verfassers natürlich allein durch Rußland „zerstörten Hoffnungen". Ob nicht jene anderen, weniger Sentimentalen, ihn doch richtiger verstanden haben und sein Vermächtnis echter bewahren, die auch heute noch in seinem Sinne sich um eine deutsche Politik für Deutschland bemühen, die gerade in diesen Monaten offenbar sogar den USA erwünschter wäre als die verbohrte Fortsetzung des bisherigen verfehlten, von Pfleiderer „mit einer Leidenschaft ohnegleichen" bekämpften Weges? So brachte dpa am 12. 10. die Meldung, man empfinde „in amerikanischen Regierungskreisen den deutschen (sprich westdeutschen!) Beitrag als nicht sehr konstruktiv", denn Bonn bewerte die sowjetisch-amerikanischen Gespräche besonders negativ und schlage bei der Erörterung jeder Konzessionsmöglichkeit fast ausnahmslos eine harte Linie ein." (Eine westdeutsche Zeitung brachte diese Bonner Haltung auf die verblüffende Formel: „Verhandlungen ja! Konzessionen nein!") Die USA dagegen seien der Auffassung, daß beide Seiten Zugeständnisse machen müßten und daß „für den Westen eine flexible Haltung nötig sei", d. h. eben die endliche Abkehr von „jener im ‚Frontdenken' festgefahrenen Strategie" und die Hinwendung zu „einer Politik des Ausgleichs in der europäischen Mitte". Welche westdeutsche Partei nimmt nun eigentlich Pfleiderer ernster, so fragen wir zum Schluß: seine eigene Partei, die FDP, die jetzt entgegen ihren tapferen Versprechungen und gegen den Willen vieler Wähler doch eine Koalition unter Adenauers diktatorischer Führung eingeht, oder die junge, vielgeschmähte, angeblich ostgesteuerte DFU, deren Programm mit den eingangs zitierten Grundlinien einer „sinnvollen deutschen Politik" übereinstimmt?

Prof. Gerhard Gollwitzer

Französisches Colloquium über die deutsche Frage

Am 25. und 26. November fand in Paris, unter dem Vorsitz des ehemaligen stellvertretenden UN-Generalsekretärs Henri Laugier, ein dem Deutschland-Problem gewidmetes Colloquium statt. Zu den Organisatoren der Veranstaltung gehörten unter anderen die Universitätsprofessoren Hauriou, Labrousse, Castellan sowie der bekannte Rechtsanwalt René-William Thorp. Der Aufruf zu dem Gespräch fand einen außerordentlich starken Widerhall, der alle Erwartungen übertraf. So begrüßten ihn die früheren Ministerpräsidenten Edgar Faure und Paul Boncour, die ehemaligen Minister Pineau, Daniel Mayer, Depreux, Pierre Bloch. Es gab Zustimmung von Seiten hervorragender Juristen wie René Cassin, Mitglieder des obersten Verfassungsgerichts, und des berühmten Germanisten Edmond Vermeil. Vom weiten Fächer politischer Meinungen zeugen folgende Namen: Forestier, sozialistischer Generalsekretär der mächtigen Lehrergewerkschaft, Abbé Boulier, von der Katholischen Rechtsfakultät, und der protestantische Pfarrer Voge. Eine große Überraschung war schließlich die Teilnahme des Vorsitzenden der gaullistischen Parlamentsfraktion Raymond Schmittlein sowie anderer Abgeordneter der Regierungspartei.

Die Tagung wurde eröffnet durch zwei Referate. Der Historiker Georges Castellan sprach von der Entstehung des Berliner Viermächtestatuts, während der Jurist André Hauriou von der Sorbonne die rechtliche Seite des Problems untersuchte. Beide Redner waren der Ansicht, daß das alte Statut praktisch hinfällig geworden sei und durch eine neue Abmachung ersetzt werden müsse. Hauriou wies darauf hin, daß die Westmächte in Berlin keine Souveränitätsrechte außerhalb des für das übrige Deutschland geltenden Status besitzen. Die Initiative zu dessen Beseitigung sei jedesmal vom Westen ergriffen worden. Da die Westmächte auf ihre Besatzungsrechte verzichtet hätten, könnten sie deren Beibehaltung in Berlin nicht verlangen und sich Kontrollen durch DDR-Organe widersetzen. Prof. Hauriou behandelte die Hypothese: Sollten sie es doch tun und würde die Sache vor die UNO kommen, dann muß man damit rechnen, daß sich eine Mehrheit gegen sie ausspreche. „Die westlichen Akten in der Berlinfrage sind schlecht". Von den zahlreichen Rednern, die in der langen

Debatte das Wort ergriffen, seien hier nur ganz wenige erwähnt. Eindrucksvoll und juristisch solid gestützt waren die Ausführungen des einstigen Ministers Pierre Cot: Ein neues Berlin-Statut sei nicht zuletzt für den Westen notwendig, um seine fragwürdig gewordenen Rechte zu sichern. Cot stellte die Berlin-Lösung in den Rahmen einer neuen Behandlung der deutschen Frage, wobei er den Rapacki-Plan und die Übersiedlung der UN nach Berlin befürwortete. Er erklärte sich von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung überzeugt. Sie könne jedoch nur mit der Neutralisierung einhergehen. Das Vorhandensein zweier deutscher Staaten sei bedauerlich, doch müßten sie heute als Fakten behandelt werden. Mit Spannung wurde die Rede des gaullistischen Fraktionschefs Schmittlein erwartet, der erst vor wenigen Tagen an einer Bonner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier teilgenommen hatte. Für ihn ist die Berlinfrage zweitrangig, ein Ausschnitt aus der gesamdeutschen Frage. Es sei notwendig, sowohl die Anwesenheit des Westens in Berlin zu sichern, als auch die Furcht der Russen zu berücksichtigen. Die Angst vor der deutschen Gefahr sei bei ihnen reell, und die Politik des cordon sanitaire seit 1918 könne sie darin nur bestärken. Es sei notwendig, die DDR anzuerkennen, doch müsse das Bündnis mit Bonn aufrechterhalten werden. Es war erstaunlich, von einem solchen Redner diese Wahrheit zu hören: In den USA gebe es wichtige Kräfte, die zum Kriege drängten. Ein konventioneller Krieg gehöre ins Reich der Illusion, es könne nur einen Nuklearkrieg geben. Schmittlein beeindruckte durch seinen Pessimismus: die Kriegsgefahr sei akut. Von Bonner Abgeordneten sagte er nebenbei, daß sie in Privatgesprächen weit weniger die Wiedervereinigung verlangten als öffentlich, was freilich nur Nichteingeweihte überraschen konnte. Der Chefredakteur der „Libération", J. M. Hermann, erinnerte daran, daß die Potsdamer Verträge die Aufgabe hatten, ein einheitliches Deutschland zu schaffen. Das Problem müsse „ohne Haß, ohne Diktat" gelöst werden: im Rahmen einer atomwaffenfreien und entmilitarisierten Zone. Der Schriftsteller Jacques Nantet setzte die Thesen von Mendès France auseinander. In Berlin sei nur eine „kleine Lösung" möglich. Die atomwaffenfreie Zone müsse von Berlin ihren Anfang nehmen. Nantet befürwortete die UN-Übersiedlung nach Berlin, sprach von der „Absurdität" seiner Lage und berichtete von einer vor kurzem unternommenen Reise dorthin. Die absolute Ruhe der Bevölkerung in Ost-Berlin habe ihn im Gegensatz zur westlichen Nervosität beeindruckt.

Um die Abfassung der Schlußresolution wurde lange und gründlich debattiert. Wie hätte es anders sein können bei so vielen Juristen? Überhaupt herrschten Ernsthaftigkeit und Demagogielosigkeit vor. Es wurde vor allem mit Sachkenntnis und ohne unnützes Pathos gesprochen. In diesem Sinne handelte es sich um eine Begegnung, die ihre Bezeichnung würdig verdiente. Überhaupt darf man sich freuen, daß endlich sich auch jenseits des Rheins Menschen der Bedeutung und Gefahr des Deutschland-Problems bewußt werden und aktiv einzugreifen versuchen. Wir wissen persönlich, auf wie große Schwierigkeiten derartige Versuche bisher stießen: Sie wurden immer wieder von den Sorgen des Algerienkonfliktes niedergedrückt. Sollte sich das allmählich ändern, so dürfte darüber niemand mehr zufrieden sein als friedliebende Deutsche, die dann endlich in Paris nicht mehr die letzte Chance der Adenauer-Politik sähen. Der Beschluß wurde gefaßt, in Richtung eines internationalen Colloquiums tätig zu sein. Nachstehend bringen wir die angenommene Entschließung:

„Die Teilnehmer des Colloquiums, das, einberufen von den Echanges franco-allemands, am 25. und 26. November in Paris stattfand ... stellen fest, daß der Friede durch die gegenwärtige Lage in Deutschland, insbesondere in Berlin, bedroht ist, —
stellen fest, daß die Bedingungen unter denen am Ende des letzten Krieges das provisorische Statut von Berlin ausgearbeitet wurde, sich geändert haben, so daß es notwendig ist, das Statut der tatsächlichen Lage anzupassen, indem die legitimen Interessen aller Teile berücksichtigt werden und die Lösung der deutschen Frage durch Verhandlungen vorangebracht wird, —
stellen fest, und dies ohne sein endgültiges Schicksal zu beurteilen, daß Deutschland gegenwärtig sich in der Form zweier verschiedener Staaten, zweier verschiedener wirtschaftlicher, politischer und sozialer Regime, die verschiedenen Bündnissystemen angehören, verkörpert, —
stellen fest die Trennung Berlins in zwei verschiedene Gebiete und, seit 1949, die Niederlassung des Sitzes der Deutschen Demokratischen Republik in Ost-Berlin,

ohne Protest von Seiten der Besatzungsmächte, —
stellen fest, daß die drei Besetzungssektoren West-Berlins zu einer Verwaltungseinheit zukammengeschlossen wurden, die auf dem Gebiet der DDR eine Enklave bilden und damit ein schwieriges Problem der Verbindungswege nach außen stellen, das noch nicht gelöst wurde, —
sind der Auffassung, daß die somit gestellten Probleme nur auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den vier verantwortlichen Mächten und mit Befragung aller interessierten Staaten gelöst werden können.

Die Verhandlungen müssen zu einem Vertrag führen, der die rechtmäßigen Interessen aller Beteiligten berücksichtigt.

West-Berlin muß Garantien erhalten, die der Bevölkerung das Recht geben, sich nach frei gewählten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prinzipien zu verwalten, die die Freiheit der Verbindungswege, entsprechend den Vorschriften des internationalen Rechts, ebenso sichern wie seine Neutralität und das Verbot von umstürzlerischer Aktivität und Kriegspropaganda. Diese Garantien müssen durch einen Vertrag der vier Mächte, an dem die beiden deutschen Staaten und die anderen interessierten Mächte teilnähmen, festgelegt werden.

Der Status einer Freien Stadt, der die Neutralität und die Unabhängigkeit West-Berlins sowohl hinsichtlich der DDR als auch der BR sichern müßte, wird der wirklichen Kontrolle der verantwortlichen Mächte unterworfen.

Die Achtung dieser Garantien würde durch die Anwesenheit großer internationaler, von den UN abhängiger Einrichtungen, erleichtert.

Das Colloquium möchte ebenfalls unterstreichen:

1. Ein Zwiegespräch zwischen den beiden deutschen Staaten ist äußerst wünschenswert, aber ihre Wiedervereinigung, die nur aus ihrer Verständigung hervorgehen kann, ist in der Tat unvereinbar mit ihrer Wiederaufrüstung und ihrer Zugehörigkeit zu den Militärblöcken.

2. Sechzehn Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten ist der Abschluß eines Friedensvertrages notwendig, insbesondere zur Sicherung der gegenwärtigen Grenzen.

3. Im Interesse des Friedens ist es wünschenswert, daß jetzt im Mittelpunkt Europas eine Zone ausgeglichener Rüstungsbegrenzung geschaffen wird, die insbesondere beide deutsche Staaten umfassen muß und die vorrangig durch das kontrollierte Verbot der Kernwaffen gekennzeichnet sein soll, das die erste Etappe der allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung wäre.

Das Colloquium bittet eindringlich die französische Regierung, ihrerseits alle Hindernisse auf dem Wege zu Verhandlungen wegzuräumen und solche Initiativen zu ergreifen, die es Frankreich erlauben, seiner besonderen Verantwortung gerecht zu werden.

Es verlangt von allen, die die dargestellten Grundsätze billigen, die öffentliche Meinung von der wirklichen Lage in Deutschland und in Berlin zu unterrichten und die Notwendigkeit von Verhandlungen zu unterstreichen, die für die Aufrechterhaltung und die Verstärkung der Sicherheit und des Friedens in Europa und in der Welt von großer Bedeutung wären."

Heinz Abosch

Albert Luthuli

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Albert Luthuli, den Präsidenten der südafrikanischen Kongreßpartei, geschah in einem Augenblick, wo die Welt erzittert vor den Machtproben, die Ost und West einander liefern. Herausforderungen lösen Gegenaktionen aus, in einer Weise, daß Ursache und Wirkung kaum mehr nachzuvollziehen sind. Und darin liegt vielleicht die größte Bedeutung, daß der Friedensnobelpreis einem Manne gegeben wurde, dem es hinter den Kulissen dieser Auseinandersetzung von politischen Machtkämpfen, Ideologien und Wirtschaftssystemen um nichts anderes geht, als um den Menschen, sein elementarstes Lebensrecht der unbedingten menschlich-sozialen Gleichstellung mit der übrigen Menschheit, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Religion oder Kulturzugehörigkeit. Luthuli lebt das, was er erstrebt, und dies ist vielleicht das Größte an ihm.

1910 wurde die Verfassung der südafrikanischen Union geschaffen, die besagt, daß es keine Gleichberechtigung zwischen schwarz und weiß in diesem Staate gibt. Daraufhin bildete sich drei Jahre später, 1913, der African Congress. In den folgenden Jahrzehnten kamen die Führer des Congress aus der Spitzengruppe der afrikanischen Intellektuellenschicht. Sie führten den Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeu-

tung und Mißachtung der Menschenwürde, den Kampf um die menschlich-soziale Anerkennung des farbigen Menschen mit den legalen Waffen, die sie beherrschten: Petitionen, Demonstrationen, Protestaktionen, Streiks. Die Regierungspartei der weißen Bevölkerung reagierte mit einer ständigen Verschärfung der Rassengesetze, mit brutalen Gewaltmethoden und zunehmendem Haß. Das Leben der afrikanischen Massen blieb ein einziger Leidensweg, für jeden Einzelnen, von der Geburt bis zum Tode. Die intellektuelle Führerschaft des Congress verlor im Laufe der Zeit allmählich das Vertrauen der afrikanischen Bevölkerung. Das Verlangen nach einem neuen Führer der Freiheitsbewegung wuchs immer mehr. Die Wahl fiel auf Albert Luthuli. Im Gegensatz zu der bisherigen Elite des Congress war er ein einfacher, schlichter Mensch, Häuptling dem Status nach, Lehrer von Beruf. Durch seine starke Persönlichkeit und seine menschliche Größe gewann er Vertrauen und Gefolgschaft der Massen. Luthuli war bereit, ihr Elend zu teilen, bis zur letzten Konsequenz. Er verzichtete auf den Häuptlingsstatus und alle damit verbundenen Privilegien, welche die weißen Herren den Pseudoherrschern im System der sog. Indirect Rule — eine Erfindung des englischen Kolonialismus — zugestehen. Auch seinen Lehrerberuf durfte er von nun an nicht mehr ausüben. Luthuli lebte wie ein jeder aus der großen Masse, arm, verfolgt, mißhandelt, in Gefängnishaft. Sein Glaube, die Existenz von Haß und Gewalt durch ein ständiges Appellieren an die Vernunft und an das Gute im Menschen zu besiegen und ein friedliches Zusammenleben mit den Weißen zu erreichen, schien unzerstörbar.

Vor dem großen passiven Aufstand von Sharpville erhielt Luthuli von weißen Kreisen die Aufforderung, zu ihnen über die Ziele des African Congress zu sprechen. Das war eine Sensation. Die Massen hielten den Atem an; denn bis zu dieser Stunde hatte es noch niemals ein Gespräch zwischen den führenden Leuten der Weißen und Afrikaner gegeben. Noch während Luthuli in seiner beherrschten und kompromißbereiten Art über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Konsultierung sprach, um den chronischen Zustand von Angst und Haß im Lande zu beenden, bewarfen ihn die weißen „Gastgeber" mit faulen Eiern. Nicht einmal der Klang seiner Stimme veränderte sich, Luthuli sprach weiter von den Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens zwischen schwarz und weiß, solange bis sie ihn niederschrieen.

Im großen Schauprozeß, dem sog. Hochverratsprozeß, den die Regierung abrollen ließ, um die Führerschicht der Afrikaner und Inder zu beseitigen, wurde Luthuli als „Kommunist" gebrandmarkt. Wie paradox dies war, läßt sich aus der Tatsache erkennen, daß kirchliche Kreise in England, Christian Action, Anti-Slavery-Society und die Labour Party, die besten Anwälte zur Verteidigung der Angeklagten nach Johannesburg schickten. In der Zwischenzeit kam eine neue politische Gruppe in den Vordergrund, die pan-afrikanische. Sie zog aus der Enttäuschung über die unbeugsame Haltung der Regierung und ihre starre Ablehnung jeglicher Verhandlungen die Konsequenz. Unter Führung des jungen Dozenten von der Witwatersrand Universität, S o b u k w e, suchte die pan-afrikanische Gruppe Verbindung zu den anderen politischen afrikanischen Parteien außerhalb der Union, um eine gemeinsame Front gegen die Apartheid-Dogmatik zu bilden. Sie startete die großangelegte Aktion der Paßverbrennung, als Protest gegen eine der unerträglichsten Willkürmaßnahmen der Regierung, die Paßgesetzgebung. Die Weißen schossen mit Maschinengewehren in die passiv demonstrierende Menschenmenge. Auch Luthuli hatte seinen Paß verbrannt. Er wurde verhaftet. Auf einem aus dem Gefängnis herausgeschmuggelten Tonband richtete er einen ergreifenden Appell an die Weltöffentlichkeit, die afrikanischen Menschen in der Union nicht zu vergessen und mitzuhelfen, sie aus ihrem Elend zu befreien.

Wir, die jüngere Generation der Afrikaner Südafrikas, sind kaum mehr geneigt, uns an die Methoden der Gewaltlosigkeit zu halten. Wir verabscheuen Gewalt, weil wir selbst, jeder Einzelne von uns, zu oft gespürt haben, was brutale Gewalt bedeutet. Wir fürchten auch eine gewaltsame Auseinandersetzung, weil — wenn wir sie anwenden müssen als eine ultima ratio, wie unsere Brüder in Algerien und Angola, — wir materiell die Unterlegenen sind und dabei sterben werden, ohne die Stunde unserer Freiheit mehr zu erleben; aber wir haben den Glauben verloren, daß Haß und Brutalität durch die ständige Bereitschaft zur Verständigung, zu Kompromissen und durch eigenes ethisches Verhalten besiegt werden können.

In der Stunde aber, als ich die Nachricht bekam, von der Verleihung des Friedensnobelpreises an Luthuli, da habe ich mich — und sicher auch viele meiner Freunde — vor dem alten in der Verbannung lebenden Mann in dem abgeschiedenen Dorf Natals verbeugt. Trotz des bisherigen äußerlichen Versagens seiner Politik der Gewaltlosigkeit hat er uns, dem afrikanischen Volk Südafrikas, zu einem großen Sieg verholfen; er hat unsere Feinde in den Augen der Weltöffentlichkeit bezwungen. Luthuli hat dem jungen Afrika und der übrigen Welt den Beweis erbracht, daß der größte Wert nicht in der politisch-militärischen Stärke und Machtentfaltung liegt, sondern daß die eigentliche Macht in der Größe des Menschen liegt.

Victor Kadalie

Buchbesprechungen

Bücher gegen den Unverstand

Wie verteidigt man sich besser?: Indem man in der Stunde X unter den Küchentisch oder sich mit der Aktentasche über dem Kopf auf den Boden wirft und danach in den behelfsmäßigen Schutzraum rennt, den man bereits mit Watte, Rizinus, Zitronensaft und Eichhörnchen-Vorrat nebst Elektrokocher (!) vorsorglich ausgestattet hat. So empfiehlt es das 16-Millionen-Flugblatt des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz an alle Haushaltungen. In USA, so kann man dem „STERN" vom 26. November entnehmen, „gräbt man sich ein". Firmen, die früher Schwimmbäder bauten, bauen jetzt Fuchslöcher für 2 bis 5 Personen; die Diskussion bewegt sich fortschrittlicherweise bereits um die „Ethik an der Bunkertreppe", wobei es darum geht, ob der mit einer Maschinenpistole niedergemähte „von Panik besessene Aggressor", zu deutsch der Nachbar oder Mitmensch, der ins eigene Fuchsloch mit hineinschlüpfen wollte, in Notwehr und also in Übereinstimmung mit dem jedem Christen zustehenden Selbstverteidigungsrecht erschossen wurde.

Oder besser so?:

Jeder hat eine Chance, jawohl, sie besteht in der richtigen Politik für die Zukunft der Menschheit, der Rückkehr zur Vernunft und der klaren Analyse unserer Situation, vor allem ihrer wissenschaftlichen und technischen Bedingtheiten — denn gerade diese sind es, die den Weg der Menschheit bestimmen, die, außer Kontrolle geraten, in ernstester Weise zu einer komplexen Bedrohung unseres Daseins heranwachsen.

Im Würgegriff des Fortschritts

So ist eine großangelegte Untersuchung der Existenzbedingungen und Umweltgefahren des heutigen Menschen betitelt. Der Chefarzt und ärztliche Direktor an einem großen westdeutschen Krankenhaus, Dozent für Frauenheilkunde Dr. Bodo Manstein, beschäftigt sich auf fast 600 Seiten ebenso sachlich wie aggressiv mit der dunklen Kehrseite unseres Daseins. Er zielt gegen den biologischen Unverstand, der Gesundheit und Zukunft des Lebens bedroht. In erstaunlich umfassender Weise wird jedes der einzelnen Probleme analysiert, werden seine destruktiven Seiten herausgearbeitet, werden Warnungen, nur zu berechtigte Warnungen ausgesprochen, wird die Umwelt an jenen Maßstäben gemessen, die allein über Wohlbefinden und Zukunft des Menschen entscheiden: den biologischen Faktoren. Dr. Manstein entwickelt, auf Liebig, Prof. Bier und anderen großen Wissenschaftlern fußend, zuerst das Bild eines gesunden Ordnungsgefüges im Haushalt der Natur, unserer Umwelt. Der Verfasser führt uns sodann das erschreckende Bild unserer toxischen Gesamtsituation von heute vor Augen: den Kloaken-Zustand unserer Gewässer, das Fehlen eines wirksamen Wasserrechtes, die Gefahren durch Insektizide (vor allem DDT und HCH), Fungizide (quecksilberhaltige Saat-Beizmittel) und Herbizide (Wuchsstoffmittel), fordert die biologische Schädlingsbekämpfung, weist auf die Gefahren toxischer Spätwirkungen der in der Nahrungsmittelindustrie früher oder jetzt verwandten Chemikalien (buttergelb, Margarine-Emulgatoren usw.)

Bemerkungen

Julius Silverman ist Abgeordneter der Labour-Party im britischen Unterhaus für Aston-Birmingham.

Bertil Svahnström, Journalist und Schriftsteller, war zwanzig Jahre lang Auslandskorrespondent führender schwedischer Blätter, darunter sieben Jahre in Deutschland (Berlin). Er ist jetzt Chefredakteur der Monatsschrift „Freden" in Stockholm.

Infolge der Weihnachtsfeiertage wird das Januar-Heft einige Tage später als üblich zur Auslieferung gelangen.

D. V.

Grausamkeit, Haß, Gewalttätigkeit oder Ungerechtigkeit niemals ein Millenium wird heraufbringen können, weder im geistigen noch im materiellen Sinne. Der einzige Weg zum Millenium ist die verströmende schöpferische Liebe, das Vertrauen und die Brüderlichkeit, die nicht nur gepredigt, sondern pausenlos praktiziert wird."

Gerhard Gollwitzer

Dokumente zum Zeitgeschehen

Deutsche Aufrüstung und amerikanische Devisen-Bilanz

Was die Materialbeschaffung betrifft, über die Strauß zur Zeit in Washington verhandelt, so sollen in diesem und im nächsten Jahr insgesamt nicht weniger als 5,6 Milliarden DM für Rüstungskäufe in Amerika angelegt werden. Ein nicht geringer Teil davon wird für Raketenwaffen der taktischen Gattungen aufgewendet, für die „Sergeant" und die „Pershing", die an die Stelle der „Mace" treten soll, und für andere, ferner für den „Starfighter" F-104, mit dem ein Teil der deutschen Luftwaffe ausgerüstet wird. Im Hintergrund ist dabei bereits die Frage gestellt, ob nicht ein Teil der fliegenden Verbände bis zum Ende dieses Jahrzehnts durch Raketenwaffen abgelöst werden müssen, ob also eine längerfristige Planung von Flugzeugproduktion und -beschaffung noch einen Sinn habe . . .

Die Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten sind für Bonn nicht zuletzt ein Mittel, die prekäre Devisenbilanz des Hauptverbündeten im Gleichgewicht zu halten. Das Volumen dieser Käufe, verbunden mit gewissen Einsparungen und deutschen Leistungen für die Benützung amerikanischer militärischer Einrichtungen, hat es bisher gestattet, das Dollarproblem, das für Washington aus dem Unterhalt einer Armee in der Bundesrepublik entsteht, einigermaßen zu bewältigen. Wie die Bilanz aber aussehen wird, wenn noch mehr amerikanische Divisionen in Westdeutschland stationiert werden, ist im einzelnen noch nicht vorauszusehen. Vermehrte deutsche Leistungen könnten in diesem Falle unumgänglich werden, doch hat man hier noch keine Vorstellung von ihrem Umfang, noch davon, wie sie finanzpolitisch zu verkraften wären.

Neue Zürcher Zeitung v. 29. XI. 61

Bevölkerungsschutz kostet 100 Milliarden

Die Gesamtkosten für den Aufbau einer umfassenden und tatsächlich brauchbaren „inneren Sicherheit" in der Bundesrepublik werden von Regierungs- und Koalitionsexperten auf rund 100 Millarden DM geschätzt. Dabei braucht man die Hälfte dieses Gesamtbetrages für den Ausbau von technisch einwandfreien Bevölkerungsschutzanlagen zur Sicherung des Überlebens von 70 bis 95 v. H. der Bundesbürger. Die andere Hälfte benötigt man für die bombensichere Lagerung von Versorgungsvorräten für 40 bis 50 Millionen Menschen.

Die Riesensumme von rd. 100 Millarden DM zwingt nach den Überlegungen der Regierungs- und Koalitionsexperten zu raschen Entscheidungen über die Aufbringung der Gelder, wobei diese Beschlüsse vor allem von der ungeklärten Frage diktiert werden, wieviel Zeit die Bundesrepublik zum Aufbau des bsiher praktisch auf der Strecke gebliebenen Bevölkerungsschutzes habe. Im Augenblick liegen solche Fristrechnungen für zehn und fünf Jahre vor, was einen jährlichen Haushaltsanteil von 10 Milliarden oder sogar 20 Milliarden DM erfordern würde. Daneben müßte allerdings auch der Aufwand für die Bundeswehr bestehen bleiben, der für 1962 schon auf 15 Milliarden DM angehoben worden ist und noch steigen wird.

Diese Ausgaben für die äußere und innere Sicherheit, die für 1962 theoretisch mindestens 25 und maximal 35 Milliarden DM ausmachen, können nach den Berechnungen der Regierungs- und Koalitionsexperten nur unter der Voraussetzung eines weiter ansteigenden Sozialprodukts verkraftet werden. Außerdem müßte im privaten Bereich das Anwachsen des Verbrauchs „verlangsamt" werden. Dafür müßte man die Kostenbeteiligung an Luftschutzbauten und die Vorratshaltung der sog. „Überlebens-Prämie" zu den Ausgaben für die persönliche Gesundheits- und Alterssicherung hinzurechnen.

Westfälische Rundschau v. 28. XI. 61

Strauß kaufte in Oslo Rüstungsmaterial

Wie Strauß weiter bekanntgab, hat die Bundesrepublik von Norwegen auf Grund des Abkommens vom 30. April 1960 Rüstungsmaterial im Werte von 128 Millionen Mark angekauft.

Die Welt v. 20. XI. 61

Strauß kündigt Vorlage für längeren Wehrdienst an

Bundesverteidigungsminister Strauß wird in Kürze dem Bundestag Pläne für die Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht von zwölf auf achtzehn Monate vorlegen, wie er vor der Presse in der norwegischen Stadt Bergen ankündigte. Die umfassende Spezialausbildung, die heutzutage von den Soldaten verlangt werde, lasse eine Dienstzeit von einem Jahr als unzureichend erscheinen, sagte Strauß.

Der Verteidigungsminister hält sich seit Dienstag zu einem fünftägigen Besuch in Norwegen auf.

Die Welt v. 16. XI. 61

Aufträge der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat in den vergangenen sechs Jahren Aufträge von insgesamt 26,4 Mrd. DM erteilt. Nach Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums gingen allein Aufträge für 12,6 Mrd. DM ins Ausland. Rund 55 Prozent des „harten Geräts" bezieht die Bundeswehr aus fremden Ländern. Dazu werden Waffen, Munition, Flugzeuge oder Schiffe gerechnet. Zur Zeit laufen noch Lieferungsverträge von 93 Mill. D-Mark. Über weitere Lieferungen im Werte von 80 Mill. DM wird noch verhandelt.

Deutsche Zeitung v. 21./22. XI. 61

Kraftfahrzeuge werden „gemustert"

Die Kreiswehrersatzämter beginnen in diesen Wochen Unterlagen für die Bereitstellung von Kraftfahrzeugen im Verteidigungsfall zu sammeln. Wie vom Bundesverteidigungsministerium in Bonn am Freitag mitgeteilt wurde, werden die notwendigen Auskünfte und Unterlagen von den zuständigen Behörden und Organisationen angefordert. Diese Maßnahme gründe sich auf die Bestimmungen des Bundesleistungsgesetzes vom 27. September 1961.

Die Welt v. 18. XI. 61

Neue Geschwader für die Luftwaffe

Neun Luftwaffengeschwader und 12 Flugabwehrbataillone — vier von ihnen sind mit den Boden-Luft-Raketen „Hawk" und „Nike" ausgerüstet — werden gegenwärtig in der Bundeswehr neu aufgestellt. Es handelt sich dabei um ein Jagdbombergeschwader, das mit „Starfighter" F 104 G ausgerüstet wird, zwei Transportgeschwader und drei Aufklärungsgeschwader.

Kölnische Rundschau v. 8. XI. 61

Proteste gegen Strauß

Mit einem Bundeswehrflugzeug ist Verteidigungsminister Strauß gestern zu einem viertägigen Besuch nach Norwegen abgereist. Strauß folgt mit dem Besuch einer Einladung des norwegischen Verteidigungsministers. Bereits am Montag war es in Oslo zu Demonstrationen gegen den Besuch von Strauß gekommen. Gestern demonstrierten mehrere

Gewerkschaftsgruppen, die erklärten, der Besuch in Norwegen sei unerwünscht. Die Hafenarbeiter von Oslo legten für 15 Minuten ihre Arbeit nieder.

Der Mittag v. 15. XI. 61

Strauß — „Atomkriegspolitiker"

Die liberale norwegische Zeitung „Dagbladet" hat am Donnerstag scharfe Kritik an dem westdeutschen Verteidigungsminister Strauß geübt. Strauß werde in der Geschichte als der Mann bekanntwerden, „der die NATO zerbrochen hat", schreibt das Blatt. Es müsse „kristallklar" bleiben, daß „verschiedene Mitgliedstaaten" der NATO „sogar noch vor Ablauf der Kündigungsfrist" der Verteidigungsorganisation Lebewohl sagen würden, falls sich der amerikanische Präsident „den Forderungen der Neodeutschen nach ihrer vollen Ermächtigung, ‚den Atomknopf zu drücken', beugt". Die Zeitung betont: „Wir wünschen Herrn Strauß nicht in der Nähe des ‚Atomknopfes'." Strauß sei „Atomkriegspolitiker" vom Format eines „Bulldozers". Darin bestehe seine „Hauptcharakteristik".

Nach: Basler Nachrichten v. 25. XI. 61

Staatspräsident Kekkonen kritisiert die Aufrüstung der Bundesrepublik

Der finnische Staatspräsident Dr. Urho Kekkonen hat am Sonntagabend, zwei Tage nach seiner Rückkehr aus Nordamerika, zu der von der Weltöffentlichkeit mit Besorgnis aufgenommenen Sowjetnote an die finnische Regierung Stellung genommen. In einer Rundfunk- und Fernsehrede an das Volk erklärte er, der militärische Teil der Sowjetnote gebe zu ernster Besorgnis Anlaß und müsse als ein Ausdruck der bestehenden ernsten politischen Spannungen in Europa gesehen werden. Niemand könne glauben, daß die Bundesrepublik Deutschland oder die mit ihr verbündeten Staaten einen militärischen Angriff auf die Sowjetunion über finisches Gebiet planten. Kekkonen sagte aber gleichzeitig, er wisse, daß die Sowjetunion über die schnelle Aufrüstung der Bundesrepublik besorgt sei. Er selbst habe niemals seine Unruhe darüber westeuropäischen Staatsmännern verheimlicht, auch wenn er genau wisse, daß der Atlantikpakt ein Verteidigungsbündnis sei. Wenn es aber zu einem Krieg kommen sollte, so sei Finnlands Territorium geographisch gesehen immer in Gefahr, verletzt zu werden.

Stuttgarter Zeitung v. 7. XI. 61

Erklärung Westberliner Atomwaffengegner

Die gegenwärtige politische Lage gibt uns Bürgern West-Berlins Anlaß, folgende grundsätzliche Stellungnahme zu einzelnen, uns in West-Berlin besonders berührenden Punkten abzugeben, zugleich in der Hoffnung, daß viele unserer Mitbürger unsere Meinung teilen und auch den Mut haben werden, sich uns mit Rat und Hilfe anzuschließen.

I.

Das bedrohliche Problem unserer Tage ist der verstärkt in Gang gekommene Rüstungswettlauf. Wir sind der Meinung, daß es heute nicht mehr genügen kann, nur gegen Atomwaffenversuche und Atomrüstung zu protestieren, sondern wir befürworten eine konsequente Friedenspolitik, welche Verhandlungen zum einzigen Mittel der Beseitigung von Konfliktstoffen erklärt. Wir fordern die Großmächte auf, Verhandlungen über die allgemeine, totale Abrüstung, über den allgemeinen Versuchsstop und die friedliche Lösung der Deutschlandfrage nicht weiter zu verzögern.

II.

Ein weiteres ernstes Problem ist die Tatsache, daß der umstrittene heutige Status von West-Berlin Ausgangspunkt eines furchtbaren Atomweltkrieges werden kann. Nach unserer Auffassung kann diese Krise nur durch Neutralisierung West-Berlins beendet werden. Dies würde gleichzeitig eine Entspannung der politischen Gegensätze in Deutschland einleiten. Die Stabilisierung des Friedens in Europa ist nur durch eine Anerkennung der heute bestehenden Grenz- und Souveränitätsverhältnisse beider Teile Deutschlands zu gewährleisten. Dieser Zustand ist am besten durch eine militär-politische Neutralisierung beider deutscher Staaten zu erreichen.

III.

Aus diesem Grund begrüßen wir auf das wärmste den Belgrader Friedensappell der 25 blockfreien Staaten. Wir schließen uns seiner Forderung an die Großmächte an, einen dauerhaften Frieden und Sicherheit für alle Nationen zu erreichen. Drohende Konflikte müssen durch direkte Verhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene beseitigt werden.

IV.

Zur Überwindung der gegenwärtigen Weltkrise können wir Bürger West-Berlins mit unserem Eintreten für eine Ausschaltung aller Konfliktstoffe durch Verhandlungen insofern wesentlich beitragen, als sich am Beispiel West-Berlins demonstrieren läßt, wie durch eine echte Neutralisierung der Friede gerettet werden kann.

Neutralisierung heißt: Verwirklichung eines Status West-Berlins, der die Beendigung des Kalten Krieges und der damit der Unsicherheit unserer Stadt sowie die Aufnahme einer Funktion der Vermittlung, der Begegnung und der Verständigung beider Teile Deutschlands ermöglicht und die Wiedervereinigung vorbereitet.

Geben wir der Welt dieses Beispiel einer erfolgreichen Friedenspolitik! Helfen wir den Großmächten, aus ihrer gefährlichen Prestigeposition herauszukommen. Der Atomkrieg ist auf die Dauer nur durch eine konsequente Neutralitätspolitik in den Konfliktgebieten der Welt zu vermeiden. Machen wir diese Erkenntnis zum Gesetz unseres politischen Handelns, uns selber zum Vorteil und der Menschheit zum Segen!

Berliner Arbeitsausschuß „Gegen den Atomtod", Bezirksausschüsse: G. Schindler, E. Lehmann-Eckert, H. Dehn, Dipl.-Ing. J. Schäfer, B. Thiel, Kl. Ehrler M. A., Dipl.-Kfm. S. Burmester.

Der vorstehenden Erklärung haben bisher zugestimmt: Dr. med. A. Wolter, D. Hermann, cand. phys., H. Budde, H. J. Krüger, Pastor Dzubba, Fr. Noack, H. Wiessner, Pfarrer Merrem, W. Schloss, W. F. Thiel, Dr. med. A. Maikowski, E. Ladewig, Dipl.-Ing. M. Kiemle, L. Buck, I. Fallenstein, H. Scharnberg, Fr. Werder, F. Bloch, M. Hübner, M. Rennebarth, Fr. Kurtz, Prof. E. Engel, Architekt K. Borchardt, I. Borchardt, Fr. Eulenstein, R. Christiansen, Dipl.-Chem. A. Gude, G. Braband, Dr. med. D. Klawonn, A. Klawonn, Dr. rer. pol. K. Swarzenski, A. Krznitz, Fr. Vogler, R. W. Schnell, U. Schnell, Ing. F. Müller, E. Stengel, Dr. med. H. G. Menzel, I. Menzel, Strinkau, G. Fuchs, R. L. Achelis-Bezzel, H. Stenzel, Architekt F. Fassbender, Fr. Hubatsch, E. Schmiedecke, Schneeweiss, P. Blümel, I. Buchholz, Dr.-Ing. H. Wallbaum, A. Wallbaum, H. Nagel, Dr. rer. pol. E. Respondeck, Dipl. Pol. W. Menge, Kaffka, H. Krüger, R. Riemann, W. Jaeschke, Ing. Kuttner, Pieper, Frenzke, Dr. jur. R. Kohl, H. Schulze, R. Schuster, W. Marschalleck, F. von Lepel und andere.

Belgrad und der Fall Vracaric

Vor dem Konsulat der Bundesrepublik in Belgrad demonstrierten am Montag Arbeiter und Studenten mit Plakaten mit der Aufschrift: „Nieder mit dem deutschen Nazismus", „Gebt uns Laza Vracaric wieder" und „Nieder mit dem Faschismus".

Stuttgarter Zeitung v. 7. XI. 61

Empörung über den Fall Vracaric

Wie unser Korrespondent in Kopenhagen berichtet, hat die Festnahme Vracarics in Dänemark und Norwegen nicht nur in den Kreisen der Widerstandsbewegung, sondern in der ganzen Öffentlichkeit größte Empörung hervorgerufen. Es wird festgestellt, daß der hier entwickelte Diensteifer in deutlichem Kontrast steht zu der Passivität mancher deutschen Behörden bei der Rechtsverfolgung krimineller Handlungen von Angehörigen der Gestapo und des Sicherheitsdienstes. Eine Gruppe von ehemaligen dänischen Konzentrationslagergefangenen und Widerstandskämpfern hat am Montagvormittag auf der Botschaft der Bundesrepublik ein Protestschreiben mit dem Ersuchen um Weiterleitung nach Bonn überreicht. Darin heißt es unter anderem, die Bundesregierung möge die augenblickliche Freilassung des Verhafteten anordnen und dafür Sorge tragen, daß sich ähnliche Vorgänge in Zukunft nicht wiederholen könnten. Unter breiten Schlagzeilen berichtete die dänische Morgenpresse am Montag über die Verhaftung Vracarics. „Deutsche wenden Nazifahndung an", „Unglaubliche Verhaftung", „Deutsche Anklage nach 20 Jahren", „Wir

sind alle betroffen" lauten die Überschriften. „Berlingske Tidende" schreibt: „... die Widerstandskämpfer vieler Länder werden in eine Gefahrenzone kommen, wenn sie die Bundesrepublik besuchen — auch dänische Freiheitskämpfer." Der Amsterdamer „Telegraf" sah in der Verhaftung einen Beweis, daß es in Deutschland immer noch „restaurative Kräfte" gebe.

In Oslo wies die Zeitung „Dagbladet" darauf hin, daß auch Norweger in Deutschland verhaftet werden könnten. Der norwegische Justizminister Hauge erklärte laut „Dagbladet", es wäre ein schwerer Rückschlag für die deutsch-norwegischen Beziehungen, wenn etwas derartiges einem Norweger passieren sollte.

Stuttgarter Zeitung v. 7. XI. 61

Appell an Kennedy

Prominente Wissenschaftler, Geistliche, Schriftsteller und Künstler aus acht Nationen haben an Präsident Kennedy appelliert, die amerikanischen Kernwaffenversuche in der Atmosphäre nicht wiederaufzunehmen. Gleichzeitig wurden alle Atommächte in dem Appell aufgefordert, grundsätzlich auf alle neuen Kernwaffenversuche zu verzichten. Zu den Unterzeichnern gehören der deutsche Physik-Nobelpreisträger Max Born, Lord Boyd-Orr, Dr. Albert Schweitzer, Lord Bertrand Russell, François Mauriac, Martin Buber und Pablo Casals.

FAZ v. 16. XI. 61

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer: Recht zum Widerstand gegen Atomrüstung

Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer erinnerte gestern bei der Landestagung 1961 der Evangelischen Kirchlichen Bruderschaft Hessen und Nassau in Frankfurt an die Pflicht jedes Bundesbürgers, gegen ungesetzliche Anordnungen und Befehle Widerstand zu leisten. Bauer erklärte, es gebe auch in Westdeutschland Tendenzen, den Widerstandswillen zu schwächen, die Opposition zu diffamieren und die freie Meinungsäußerung einzuschränken. Der Staatsbürger habe das Recht, die Mitarbeit an der Atomrüstung zu verweigern und Befehle zur Anwendung von Atomwaffen nicht auszuführen.

Westdeutsches Tageblatt v. 6. XI. 61

„Atomversuche völkerrechtswidrig"

Atombombenversuche, bei denen Menschen fremder Völker unfreiwillig zu Objekten von Experimenten gemacht würden, seien völkerrechtswidrig, sagte Professor Gerd Burkhardt vom Institut für theoretische Physik der Technischen Hochschule Hannover auf einer Protestversammlung Hannoverscher Atomwaffengegner. Der Physiker Lothar Schulze vom strahlenbiologischen Institut der TH Hannover warnte im Namen des „Ostermarsches der Atomwaffengegner", deren Zentralkomitee er angehört, vor der Resignation. Jeder einzelne müsse versuchen, dazu beizutragen, daß die atomare Bedrohung beseitigt wird. Die atomwaffenfreie Zone müsse wieder ins Gespräch kommen.

Süddeutsche Zeitung v. 6. XI. 61

UN: Kernwaffen sollen geächtet werden

Der Politische Hauptausschuß der UN-Vollversammlung hat hauptsächlich mit den Stimmen der afrikanischen, asiatischen und der Ostblockstaaten eine Resolution angenommen, in der die Anwendung von Kernwaffen im Kriegsfall als eine Verletzung der UN-Charta und als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet wird. Die Resolution fordert den UN-Generalsekretär auf, die Einberufung einer internationalen Konferenz zu erwägen, um die Anwendung von Kernwaffen ächten zu lassen. Sechzig Nationen stimmten für die Resolution, darunter der Ostblock; 16 wandten sich dagegen, darunter die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. 25 Staaten enthielten sich der Stimme.

FAZ v. 16. XI. 61

Afrika soll atomfreie Zone werden

Mit 58 zu null Stimmen bei 41 Stimmenthaltungen hat der erste politische Ausschuß der Vollversammlung der UNO eine Resolution afrikanischer Mitgliedstaaten angenommen, in der die Anerkennung Afrikas als kernwaffenfreie Zone gefordert wird.

Der politische Hauptausschuß billigte ferner mit 60 gegen 16 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen einen Entwurf, in dem die Anwendung von Kernwaffen zu einer unmittelbaren Verletzung der Charta der Vereinten Nationen erklärt wird.
Die Welt v. 15. XI. 61

UN: Afrika soll atomwaffenfrei sein

Die UN-Vollversammlung hat gestern alle Mitgliedstaaten aufgerufen, „den afrikanischen Kontinent als kernwaffenfreie Zone zu respektieren". Die Vorlage wurde mit 55 Stimmen ohne Gegenstimmen bei 44 Stimmenthaltungen angenommen. Die drei Westmächte enthielten sich der Stimme. Der Ostblock, die skandinavischen Länder sowie Österreich und Jugoslawien billigten die Entschließung. In weiteren Zusatzanträgen verurteilte die Vollversammlung jeden Einsatz von Atomwaffen als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" und direkte Verletzung der UN-Charta.
Kölner Stadtanzeiger v. 25./26. XI. 61

Debré betont Wunsch nach Atomwaffen

Den Wunsch Frankreichs nach Atomwaffen, die das Land „groß, unabhängig und stolz" machen würden, hat Premierminister Debré während einer Rede in der Bretagne bekräftigt. „Gegenwärtig ist es unmöglich, Macht ohne eine wirkliche atomare Schlagkraft zu erreichen. Daher liegt die Zukunft der Armee in der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den früheren Armeekorps und der Atommacht."
Die Welt v. 7. XI. 61

Noël-Baker hält Abrüstung für möglich

Der britische Friedensnobelpreisträger von 1959, Philip Noël-Baker, sagte am Mittwochabend in der Heidelberger Universität, die international kontrollierte Abrüstung sei keine Utopie, sondern die einzig realistische Politik. Alle westlichen Länder seien der gleichen Meinung. Dagegen sei es eine Utopie zu glauben, daß Sicherheit mit Rüstung gewonnen werden könne. Kennedy sei kein Biertischstratege, wie sein Appell an die UN-Vollversammlung beweise, entweder gemeinsam unseren Planeten zu retten, oder gemeinsam in den Flammen zugrunde zu gehen. Noël-Baker begrüßte die Vereinbarung zwischen dem amerikanischen Abrüstungsbeauftragten Mac Cloy und dem Sowjetbotschafter Sorin über die Grundsätze, unter denen die nächsten Abrüstungsverhandlungen folgen sollen. Noël-Baker polemisierte gegen die „kindliche Torheit", mit der Bombe in Frieden leben zu wollen, oder die Abrüstung als technisch undurchführbar hinzustellen. Im Gegenteil seien die technischen Schwierigkeiten einer Abrüstung viel geringer als die einer Verteidigung einer Nation.
Stuttgarter Zeitung v. 10. XI. 61

Russell empfiehlt Neutralität

Der 89jährige britische Philosoph Bertrand Russell beschuldigte auf einer Kundgebung der von ihm geführten Atombombengegnerbewegung West und Ost der „Unaufrichtigkeit" bei den Abrüstungsvorschlägen. Er warf den Amerikanern und Deutschen vor, die Kriegsgefahr zu vergrößern. Gewisse amerikanische Kreise träten immer mehr für einen Atomkrieg ein. Die Kriegsgefahr komme jedoch auch von anderen Ländern. Adenauer und zahlreiche seiner Anhänger befürworteten eine Politik, die nicht ohne einen Weltkrieg verwirklicht werden könne. Russell meinte, Großbritannien sollte neutral werden und aus der NATO austreten.
Süddeutsche Zeitung v. 6. XI. 61

Wer überlebt, muß später verhungern

Ein Atomkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion würde — wie der Wissenschaftler Dr. Bently Glass von der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore errechnete — für 80 Prozent der amerikanischen und für 70 Prozent der sowjetischen Bevölkerung den Tod bedeuten. Glass glaubt außerdem, daß die Überlebenden verhungern müßten, da landwirtschaftliche Produkte auf Jahre hinaus für die menschliche Ernährung nicht mehr brauchbar seien.
Abendpost v. 20. XI. 61

Belgischer Senatspräsident: Oder-Neiße-Linie endgültig

Der Präsident des belgischen Senats, Paul Struye, bezeichnete am Montagabend in Brüssel die Oder-Neiße-Linie als „endgültig". Man müsse entschlossen „gewisse Realitäten" in Kauf nehmen. Dazu gehöre auch die De-facto-Anerkennung Ostdeutschlands. Wichtig sei nur die Freiheit der Berliner. Struye sprach auf einer Vortragsveranstaltung zusammen mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Faure. An der Veranstaltung nahmen auch Prinz Albert, der Bruder König Baudouins, sowie zahlreiche Angehörige des Diplomatischen Korps teil.

Frankfurter Rundschau v. 15. XI. 61

Edgar Faure für Deutschland-Verhandlungen

Der frühere französische Ministerpräsident Edgar Faure erklärte anläßlich eines Vortrags in Brüssel, daß man Verhandlungen eröffnen müsse. Warum, fragte er, sollte man nicht mit den Leuten der Deutschen Demokratischen Republik sprechen? Der ehemalige Ministerpräsident glaubt auch, daß der Vorschlag, den UN-Sitz nach Berlin zu verlegen, vielleicht eine Lösung darstelle. Auf die Wiedervereinigung Deutschlands eingehend, erklärte er, es sei offenkundig, daß die Russen ihr nicht zustimmen werden, wenn sie gewiß seien, das ganze Deutschland in dem ihnen entgegengesetzten Lager wiederzufinden. Das Problem, schloß er, kann nur durch Verhandlungen in weitgestecktem Rahmen gelöst werden. „Berlin ist kein Problem, das man isolieren könne."

Le Monde v. 15. XI. 61

„Sind wir wirklich gerecht gegenüber den Russen?"

Während der Napoleonischen Kriege stellte ein witziger Dichter die Übel seiner Zeit zusammen, einschließlich des Wetters, und lastete sie sämtlichst Frankreich an. Er schloß mit der berühmten Zeile: „Wer füllt die Metzgerläden mit großen blauen Fliegen?". Die Antwort lautete natürlich: Napoleon.

Heutzutage sind es die Russen, die im Verdacht stehen, die Metzgerläden mit großen blauen Fliegen zu füllen. Da gibt es eine Krise um Berlin, eine Krise, die zu einem Weltkrieg führen mag. Wer ist schuld? Die Russen! Sie bedrohen die Freiheit West-Berlins. Sie stellen die Rechte in Frage, die die Westmächte in den vergangenen Jahren gehabt haben. Die Luft ist wieder einmal voller radioaktiver Wolken. Wer brachte sie dorthin? Die Russen, um uns andere zu erschrecken.

Die sowjetischen Führer laden sich viele dieser Verdammungen selbst auf. Das politische System Rußlands ist eine Diktatur, die nicht viel weniger tyrannisch ist als zu Stalin's Zeiten. Das sowjetische Volk wird nicht gefragt. Ihm wird nicht die Wahrheit gesagt. Es darf über sein eigenes Schicksal nicht selbst entscheiden.

In den Satellitenländern sind die Zustände noch schlimmer. Die sowjetische Herrschaft über sie ist drückender als irgendetwas aus den Annalen des westlichen Imperialismus.

Was immer die Übelstände innerhalb Rußlands sein mögen, so ist es doch auch wahr, daß die sowjetische Außenpolitik in den letzten Monaten maßvoll und vorsichtig gewesen ist. Ihre Angebote für einen Ausgleich, nicht unsere, wurden beiseitegeschoben.

Seit Monaten werden wir jetzt von der Berlin-Frage geplagt. Es ist viele Jahre her, seit ein großes internationales Problem den Leuten in diesem Lande mit solchem Bedacht falsch dargestellt worden ist. Berlin bildet zweifellos ein großes Problem. Und Deutschland ist ein noch größeres Problem. Aber die Russen haben dieses Problem nicht allein geschaffen. Die Deutschen schufen es, indem sie Hitler bei seinem Angriffskrieg unterstützten. Die siegreichen Alliierten verewigten das Problem durch den Streit untereinander.

Deutschland ist geteilt. Wer gab dazu das Signal? Nicht die Russen. Es war das Werk von Ernest Bevin, der einmal für einen großen Mann gehalten wurde und der jetzt als der unheilvollste britische Außenminister der heutigen Zeit angesehen wird. Die Westmächte schufen ein gesondertes Westdeutschland in dem Glauben, daß sich das verbleibende Ostdeutschland als unhaltbar herausstellen würde und die Russen aus Europa herausgedrängt werden würden. Die Amerikaner haben Westdeutschland nicht nur zu einem prosperierenden Land gemacht, sondern sie haben die Deutschen wiederbewaffnet und Westdeutschland in eine gewaltige Militärmacht verwandelt.

Ist es überraschend, daß die Russen mißtrauisch und empfindlich geworden sind?

In den vergangenen Jahren wurde West-Berlin durch einen Fluß von Geld und moralischer Unterstützung gehalten. Geschah dies auf Grund einer abstrakten Liebe für Freiheit und Demokratie? West-Berlin wurde am Leben erhalten als die künftige Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands. Es war das Zentrum, von dem aus westliche Propaganda in die kommunistische Welt gepumpt werden konnte.

Wir haben fortgefahren zu glauben, der Kommunismus stünde kurz vor dem Zusammenbruch und daß wir nur darauf zu warten brauchten. Das war das Irrlicht, der Irrglaube, wie er von dem verstorbenen Mr. Dulles gepredigt wurde und wie er noch von vielen Amerikanern gesucht wird.

Natürlich wollen die Russen West-Berlin als Quelle von Provokationen und Unruhe ein Ende machen. Aber Mr. Chrustschow hat wieder und wieder jede denkbare Sicherheit für die politische Freiheit West-Berlins angeboten. Warum sind wir diesen Angeboten ausgewichen? Er stellt als Gegenleistung Forderungen, aber diese Forderungen erscheinen mir vernünftig; und es liegt in unserem Interesse, sie zu akzeptieren.

Es wird viel über die alliierten „Rechte" in Berlin geredet. Wen kümmern schon diese Rechte, wenn die Freiheit Berlins auf andere Weise gesichert werden kann? Die alliierten Truppen in Berlin sind Geiseln. Wir wären in Wirklichkeit stärker, wenn wir sie abziehen würden.

Mr. Chrustschow verlangt, wir sollten Ostdeutschland anerkennen. Was ist daran nicht in Ordnung? Ostdeutschland besteht als ein separater Staat, und zwar seit mehreren Jahren. Anerkennung bedeutet nicht (politische) Zustimmung. Wenn dem so wäre, gäbe es wenige Staaten, die wir anerkennen könnten.

Mr. Chrustschow verlangt ferner, daß wir die Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen anerkennen. Wir weigern uns. Dabei wurde diese Grenze in Wirklichkeit auf Initiative von Präsident Roosevelt und Sir Winston Churchill gezogen.

Die sowjetischen Vorschläge sind annehmbar und angemessen. Sie würden die Angst um Berlin beenden und uns eine friedlichere Welt bescheren. Im vergangenen August dachten so auch die britische und selbst die amerikanische Regierung. Sie waren drauf und dran, zuzustimmen. Dann traten sie davon zurück. Warum? Hatten sie einen verborgenen Haken entdeckt? Ganz und gar nicht. Dr. Adenauer ließ es nicht zu. So werden wir durch deutsche Ambitionen in Krisen, vielleicht sogar in den Krieg getrieben.

Diese deutschen Ambitionen, und nur sie allein, sind der Grund für die Spannungen. Vielleicht wünscht unsere Regierung, deutschen Ambitionen Rückhalt zu geben. Wenn dem so ist, sollte sie es uns offen sagen. Schließlich steht unser Leben und unsere Zukunft auf dem Spiel. Wir sind es, die sterben werden, um die Oder-Neiße-Linie zu zerstören.

Statt dessen geht die Regierung Verhandlungen aus dem Wege und versucht, sowjetischer Aggresivität die Verantwortung zuzuschieben. Ihr Verhalten hinsichtlich der sowjetischen Atombombenversuche ist noch schlimmer gewesen...

Kein vernünftiger Mensch leugnet die Übelstände des sowjetischen Regierungssystems. Kein vernünftiger Mensch bildet sich ein, daß die sowjetischen Herrscher überlaufen von friedlicher Mildherzigkeit. Die Welt von heute ist ein rauher Platz. Das ist ein Grund mehr für unsere Regierung, uns die Wahrheit zu sagen. Sie kennt sie. Sie hält sie vor uns zurück.

Sie hat uns willentlich getäuscht über die Auswirkungen der sowjetischen Tests. Sie hat uns getäuscht hinsichtlich Berlin. Sie stellt die sowjetische Politik dort als aggressiv dar, wo es die Russen sind, die auf Ausgleich aus sind und eine vernünftige Lösung anbieten.

Es war einmal die stolzeste Prahlerei britischer Regierungen, Frieden zwischen den Völkern zu predigen. Dies, und dies allein, sollte in der gegenwärtigen Zeit unsere Politik sein. Gewiß, laßt uns den Russen entgegen treten, wenn sie im Unrecht sind. Um so mehr Grund besteht dazu, Verständigungsbereitschaft und Sympathie zu beweisen, wenn sie im Recht sind.

Prof. A. J. P. Taylor in: The Sunday Express (London) v. 19. XI. 61

Bauern kennen kaum Urlaub

Rund 88 Prozent aller Bauern und rund 95 Prozent aller Bäuerinnen in der Bundesrepublik haben in ihrem Leben noch nie Urlaub gemacht, teilte der niedersächsische Landvolkverband gestern mit. Eine Untersuchung der bäuerlichen Bevölkerung in mehreren Landkreisen durch 100 Ärzte habe ergeben, daß von den Männern nur 36 Prozent und von den Frauen nur 32 Prozent einwandfrei gesund seien.

Solinger Tageblatt v. 24. XI. 61

Fast die Hälfte der Deutschen besitzt kein Buch

Im Rahmen einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Iserlohn hat der Leiter des Instituts für Markt- und Werbeinformation der Werbeagentur Dr. Hegemann über seine Analysen zum Weihnachtsgeschäft 1961 gesprochen. Dabei erwähnte er, daß nach einer Analyse aus dem Jahre 1958 fast die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung, nämlich 47 %, kein einziges Buch besitzt. Mindestens 20 Millionen Einwohner haben keinen Klassiker, kein Kinderbuch, keinen Kriminalroman, kein Lexikon, keine Liebesgeschichte, keine Biographie, keine Reisebeschreibung, kein wissenschaftliches Werk, kein Kochbuch, sondern das pure Nichts! Nicht einmal ein Gesangbuch!

34 % der Bevölkerung haben noch nie in ihrem Leben ein Buch gekauft. Das sind etwa 14 Millionen Einwohner. Sie haben, so muß man vermuten, kein einziges Mal im Leben auch nur zwei Mark für ein Buch aus ihrem Portemonnaie geholt. Waren 14 Millionen deutsche Bürger noch nie in ihrem Leben in einer Buchhandlung?

Inzwischen liegt eine neuere Untersuchung von Ende 1958 vor, die vom EMNID-Institut im Auftrage des Bertelsmann-Verlags durchgeführt wurde und deren Ergebnisse Dr. Fröhner in Buchform unter dem Titel „Das Buch in der Gegenwart" dargestellt hat. Befragt wurden 2000 Männer und Frauen ab 16 Jahren. Sie repräsentieren eine Grundgesamtheit von 40 Millionen erwachsener Bundesbürger. Von ihnen besaßen 35 % kein einziges Buch, also rd. 14 Millionen Menschen. Von den durch EMNID ermittelten 65 % Buchbesitzern besaßen 17 % nicht mehr als 10 Bücher und nur 16 % — also etwa 6,4 Millionen — stand jeweils eine eigene Bücherei von mindestens 100 Büchern zur Verfügung.

Kölner Stadtanzeiger v. 24. VIII. 61.

Sender Freies Berlin schaltet Brecht ab ...

Der Sender Freies Berlin (SFB) wird die Übertragung von Bertolt Brechts Schauspiel „Schweyk im zweiten Weltkrieg" im ersten Programm des Deutschen Fernsehens am Donnerstag, 9. November, um 20.20 Uhr, nicht übernehmen und während dieser Zeit ein eigenes Regionalprogramm ausstrahlen. Der Süddeutsche Rundfunk habe zwar die Sendung dieser Produktion damit begründet, daß es ein „antidiktatorisches Stück" sei, der SFB lehne es jedoch ab, nach dem 13. August das Werk eines „kommunistischen Autors" zu senden, heißt es in einer Stellungnahme des Senders.

Stuttgarter Zeitung v. 4. XI. 61

Washington spielt Brecht

Mit der erfolgreichen Aufführung von Bert Brechts „Kaukasischem Kreidekreis" wurde ein neues Theater in Washington eröffnet. Unter den Premierengästen dieser ersten Brecht-Aufführung in Washington waren Weltbankpräsident Black und US-Finanzminister Dillon.

Frankfurter Rundschau v. 6. XI. 61

Beethovens IX. Sinfonie in Peking erstaufgeführt

Die Neunte Sinfonie von Beethoven wurde kürzlich zum erstenmal in Peking aufgeführt. Die Ausführenden waren Chinesen.

Die Tat (Zürich) v. 25. XI. 61

Der Handel der EWG mit dem Ostblock

Nach einer Mitteilung des deutschen Industrieinstitutes vom Freitag hat sich der Handel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Ostblock in letzter Zeit erhöht. Mit einem Austauschvolumen von 1,39 Mrd. $ (Einfuhr und Ausfuhr) waren die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Satellitenstaaten in den ersten acht Monaten 1961 am gesamten Außenhandel der EWG-Länder mit 3,30 % beteiligt. Im entsprechenden Zeitraum 1960 hatte ihr Anteil 3,19 % betragen. Bei den EWG-Ländern spielte das Ostgeschäft die größte Rolle in Italien, das 5,55 % seines Außenhandels mit dem Ostblock abwickelte. Auch am Außenhandel Westdeutschland war der Sowjetblock mit 3,67 % überdurchschnittlich beteiligt, während sein Anteil am Außenhandel Frankreichs mit 2,79 %, Belgiens und Luxemburgs mit 2,13 % und der Niederlande mit 1,96 % unter dem Durchschnitt sämtlicher EWG-Länder lag.

Neue Zürcher Zeitung v. 22. XI. 61

Osthandel nimmt zu

Die Einfuhren der Bundesrepublik aus Ländern des Ostblocks erreichten im dritten Quartal 1961 nach Angaben des Deutschen Industrieinstituts 520,5 Mill. D-Mark. Sie übertrafen damit die Importe der gleichen Vorjahreszeit um 9,6 Prozent. Die Ausfuhren wurden um 8,9 Prozent auf 492,2 Mill. DM gesteigert. Die Einfuhren aus der Sowjetunion lagen mit 221 Mill. DM um 25,4 Prozent über dem dritten Vierteljahr 1960, die Exporte dorthin waren mit 163,4 Mill. DM um 19,4 Prozent größer.

Deutsche Zeitung v. 27. XI. 61

Die Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit dem Westen

Eine in Bonn vorliegende Übersicht über die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetzone zu den westlichen Ländern zeigt, daß mit den meisten Staaten Handelsvereinbarungen, Handelsabkommen oder Bankenabkommen bestehen. Von den Nato-Ländern haben nur die Vereinigten Staaten und Kanada keine festen Abkommen. Mit beiden Ländern werden aber ebenfalls Geschäfte abgewickelt. Vorwiegend werden Stahl- und Walzwerkerzeugnisse, chemische Ausrüstungen und Chemikalien an die Sowjetzone geliefert.

Der Handel zwischen Frankreich und der Sowjetzone soll nach einem Bankenabkommen im Jahre 1961 ein Gesamtvolumen von rund 80 Millionen DM erreichen. Auf der französischen Lieferliste stehen unter anderem Walzwerkerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische Erzeugnisse und Maschinen. Großbritannien betreibt seinen Handel mit der Zone auf Grund eines Abkommens zwischen der Kammer für Außenhandel und der Federation of British Industries. In diesem Jahr werden insgesamt etwa 165 Millionen DM umgesetzt. Die Zone importiert aus England Eisen- und Stahlerzeugnisse, chemische Ausrüstungen, Chemikalien, Farben und Lacke, Kautschukerzeugnisse und Rundfunk- und Fernsehausrüstungen. Ein Handelskammerabkommen ist auch die Basis für den Warenaustausch zwischen Italien und der Sowjetzone. Die für 1961 vereinbarten Warenlisten sehen ein Gesamtvolumen von 116,8 Millionen DM vor. Italien liefert unter anderem metallurgische Erzeugnisse, Schmiedestücke und Furniere, Chemikalien, Felle und Südfrüchte. Metallwaren, chemische Produkte, Textilien und Erzeugnisse der Landwirtschaft werden von den Niederlanden an die Zone geliefert. 1961 soll der Warenaustausch insgesamt 147,2 Millionen DM ausmachen. Auch hier ist ein Abkommen zwischen den Handelskammern die Grundlage.

Norwegen tauscht mit der Sowjetzone Waren im Werte von 68,9 Millionen DM. Die norwegische Lieferliste enthält Walzwerkerzeugnisse, Chemikalien, Holzveredelungsprodukte und Fischereierzeugnisse. Ein Warenaustausch im Werte von 102 Millionen DM ist zwischen der Kammer für Außenhandel und dem belgischen Office Economique vereinbart worden. Die Zone erhält von Belgien Stahl und Walzwerkerzeugnisse, Textilrohstoffe, Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Elektroindustrie und Chemikalien. Dänemark, Portugal und die Türkei liefern in erster Linie landwirtschaftliche Produkte, Holz, Tabak und Fischereierzeugnisse. Im Wert ist die Vereinbarung zwischen der Türkei und der Sowjetzone für das Jahr 1961 am höchsten. Der zwischen den Außenhandelskammern vereinbarte Warenaustausch sieht einen Gesamtumsatz von 208,8 Millionen DM vor. Portugal kommt auf insgesamt 32,8 Millionen DM, Dänemark auf 66,5 Millionen DM.

FAZ v. 17. VIII. 61.

Bemerkungen

Julius S i l v e r m a n ist Abgeordneter der Labour-Party im britischen Unterhaus für Aston-Birmingham.

Bertil S v a h n s t r ö m, Journalist und Schriftsteller, war zwanzig Jahre lang Auslandskorrespondent führender schwedischer Blätter, darunter sieben Jahre in Deutschland (Berlin). Er ist jetzt Chefredakteur der Monatsschrift „Freden" in Stockholm.

Infolge der Weihnachtsfeiertage wird das Januar-Heft einige Tage später als üblich zur Auslieferung gelangen.

D. V.

35 Hermann

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari